



# Monatsbericht des BMF

Dezember 2015



# Monatsbericht des BMF

Dezember 2015

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

## Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial.....</b>	<b>4</b>
-----------------------	----------

<b>Überblick zur aktuellen Lage.....</b>	<b>5</b>
--	----------

<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>6</b>
------------------------------------	----------

Verhandlungen zum EU-Haushalt 2016 .....	6
Bund unterstützt Kommunen auf vielfältige Weise .....	9

<b>Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....</b>	<b>21</b>
--	-----------

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	21
Steuereinnahmen im November 2015 .....	28
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2015 .....	32
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015 .....	36
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	38
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	43
Termine, Publikationen .....	45

<b>Statistiken und Dokumentationen.....</b>	<b>47</b>
---	-----------

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	49
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	80
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	87
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	101

<b>Verzeichnis der Berichte .....</b>	<b>118</b>
---------------------------------------	------------

Editorial

## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein bewegtes Jahr in der Finanzpolitik neigt sich dem Ende zu. Deutschland nutzte seine G7-Präsidentschaft, um wichtige globale Themen wie den internationalen Klimaschutz, Finanzmarktfragen und die internationale Kooperation in Steuerfragen weiter voranzubringen. Mit den im Oktober verabschiedeten Empfehlungen gegen schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten sowie gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien international tätiger Konzerne konnten erstmals gemeinsame Standards auf Ebene der G20 und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vereinbart werden.

In der Europäischen Union (EU) bestimmten die Festigung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Reformprozess in Griechenland den politischen Diskurs. Deutschland wird sich auch zukünftig für eine Politik wachstumsfördernder Reformen und regelgebundener Haushaltskonsolidierung zur Stärkung des Euroraums einsetzen.

Die aktuellen Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und die sicherheitspolitischen Herausforderungen verdeutlichen erneut, wie wichtig solide öffentliche Finanzen für die staatliche Handlungsfähigkeit sind. Deutschland hat sich mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren Spielräume erarbeitet, um auch bei unerwarteten Ereignissen uneingeschränkt handlungsfähig zu sein. Auch in der Haushaltsplanung auf europäischer Ebene hat die Bewältigung des Flüchtlingsstroms oberste



Priorität. Der EU-Haushalt 2016 legt einen deutlichen Schwerpunkt auf die Steigerung migrationsrelevanter Ausgaben sowie auf außenpolitische Initiativen. Allein in diesem und im nächsten Jahr werden hierfür aus dem EU-Haushalt insgesamt rund 10 Mrd. € mobilisiert (siehe hierzu auch den Bericht zum EU-Haushalt 2016 auf S. 6).

Deutschland wird auch in Zukunft globale Verantwortung aktiv wahrnehmen. Die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten haben auf ihrem Gipfeltreffen in Antalya am 16. November Deutschland die G20-Präsidentschaft für das Jahr 2017 übertragen. Schon während des G20-Vorsitzes von China im Jahr 2016 wird Deutschland mit seinen Partnerländern intensiv zusammenarbeiten, um zu einer robusten und nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen und ihre Krisenfestigkeit zu verbessern.

Dr. Thomas Steffen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## ► Überblick zur aktuellen Lage

# Überblick zur aktuellen Lage

## Wirtschaft

- Die solide Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft dürfte sich trotz relativ schwacher Nachfrage aus den Schwellenländern zum Jahresende fortsetzen.
- Die Industrie ist gut in das 4. Quartal gestartet. Die Stimmung der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft verbesserte sich zuletzt merklich. Insbesondere der Dienstleistungssektor entwickelt sich weiter dynamisch. Die Außenwirtschaftsindikatoren sprechen jedoch für eine weniger dynamische Exportentwicklung in den kommenden Monaten.
- Die gute Arbeitsmarktlage mit realen Einkommenszuwächsen und anhaltendem Beschäftigungsaufbau begünstigt weiterhin den privaten Konsum. Die Preisniveauentwicklung verläuft nach wie vor in ruhigen Bahnen.

## Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2015 im Vorjahresvergleich um 1,3% angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der im Jahresverlauf vergleichsweise niedrige Aufkommensanstieg ist auf eine überhöhte Vorjahresbasis bei den Steuern vom Umsatz zurückzuführen. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer konnten dagegen im direkten Vorjahresvergleich mit + 6,6 % erneut einen deutlichen Zuwachs erfahren und an die gute Entwicklung der Vormonate anknüpfen.
- Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich November 2015 auf 275,9 Mrd. € und lagen um + 2,1 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 0,8 %). Die Einnahmen bis einschließlich November lagen mit 267,2 Mrd. € um 14,8 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (+ 5,9 %).

## Europa

- In der Eurogruppe am 7. Dezember 2015 standen Fragen zur Umsetzung der Bankenunion, zu Implikationen der Rentensysteme für die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen sowie die Lage in Griechenland und Irland auf der Tagesordnung.
- Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 8. Dezember 2015 standen darüber hinaus Banken- und Steuerthemen, der Kampf gegen Terrorismusfinanzierung, das Europäische Semester, die Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Europäische Statistik und der Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs. Auf deutsche Initiative hin diskutierten sie auch die konkrete Umsetzung der Finanzierungszusagen des EU-Türkei-Gipfels.

## Analysen und Berichte

VERHANDLUNGEN ZUM EU-HAUSHALT 2016

# Verhandlungen zum EU-Haushalt 2016

Budget-ECOFIN und Vermittlungsausschuss von Rat und Europäischem Parlament am 13. und 14. November 2015 – ein Verhandlungsergebnis mit Maß und den richtigen Prioritäten in einer bewegten Nacht

- Das Gesamtvolumen der Ausgaben des EU-Haushalts 2016 beträgt rund 144 Mrd. €.
- Der EU-Haushalt wird ein zunehmend wichtiges Instrument zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Für Letztere werden in den beiden Jahren 2015 und 2016 aus dem EU-Haushalt insgesamt rund 10 Mrd. € mobilisiert. Die Mittel für Wachstum und Beschäftigung wurden um 10 % erhöht.
- Das Verhandlungsergebnis spiegelt damit die von Deutschland geforderte klare Prioritätensetzung bei der Mittelausstattung der Europäischen Union (EU) im kommenden Haushalt wider.

1	Verhandlungsverlauf .....	6
2	Das Verhandlungsergebnis: der EU-Haushalt 2016 im Überblick .....	7
3	Ausgewählte Eckpunkte und Prioritäten des EU-Haushalts 2016 .....	7
4	Ausblick .....	8

## 1 Verhandlungsverlauf

Jedes Jahr verhandeln der Ministerrat (Rat) und das Europäische Parlament (EP) den Gesamthaushaltsplan der EU für das Folgejahr. Dieses Jahr tagten der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) und der Vermittlungsausschuss von Rat und EP, dessen Aufgabe es ist, die divergierenden Vorstellungen der beiden Institutionen über den Gesamthaushaltsplan zu einem Verhandlungsergebnis zu führen, am 13. November 2015. Deutschland wurde durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Jens Spahn, vertreten. Die Verhandlungen versprachen, lange zu dauern; eine Einigung noch in derselben Nacht oder am nächsten Morgen war angestrebt, aber nicht sicher. Das EP hatte zuvor einen Standpunkt verabschiedet, der mehr als 4 Mrd. € höhere Gesamtausgaben für das Jahr 2016 vorgesehen hatte, als vom Rat in seinem eigenen Standpunkt vom 4. Septem-

ber 2015 festgelegt. Der Rat war vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise bereit, mehr Mittel für den EU-Haushalt 2016 zu bewilligen, pochte aber, vor allem auch auf Drängen Deutschlands, auf die richtigen Prioritäten und die Bewahrung ausreichender finanzieller Spielräume. Technische Fragen und der Umfang der Mehrausgaben zur Bewältigung der Migrationsherausforderungen konnten schnell ausgeräumt werden. Im Mittelpunkt der Diskussion standen am späten Abend noch die Gesamthöhe der Ausgaben für das Jahr 2016 und der finanzielle Spielraum, der unterhalb der Ausgabenobergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens verbleiben sollte. Rat und EP trennten noch circa  $\frac{1}{2}$  Mrd. €. Der harte, übliche „Verhandlungspoker“ bis in die Morgenstunden kündigte sich an. Agenturmeldungen über die Terroranschläge in Paris veränderten jedoch die Stimmungslage der verhandelnden Personen. Es war klar, dass dies keine lange Verhandlungsnacht mehr sein könnte. Die Leiter der Delegationen einigten

## Analysen und Berichte

VERHANDLUNGEN ZUM EU-HAUSHALT 2016

sich kurz nach Mitternacht einstimmig auf einen Kompromiss, der die Hauptanliegen der beiden Institutionen EP und Rat wahrte. Damit zeigte Europa Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Vor dem offiziellen Schluss der Verhandlungen versammelten sich alle Delegationen zu einer Schweigeminute.

## 2 Das Verhandlungsergebnis: der EU-Haushalt 2016 im Überblick

Das Ergebnis spiegelt die von Deutschland geforderte klare Prioritätensetzung bei der Mittelausstattung der EU im kommenden Haushalt wider. Der EU-Haushalt 2016 legt einen eindeutigen Schwerpunkt auf die Steigerung der migrationsrelevanten Ausgaben und die Außenpolitik. Auch die Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung wurden erhöht. Im EU-Haushalt konnte außerdem ein angemessener Spielraum gesichert werden, um auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren. Das zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einstimmig erzielte Ergebnis ist ein klares Zeichen der Geschlossenheit und macht deutlich, dass Europa handlungsfähig ist und die richtigen Prioritäten setzt.

Die Aufteilung der Ausgaben im Haushaltsjahr 2016 wird im Folgenden nach den

Rubriken des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) dargestellt. Im EU-Haushalt wird zwischen Mitteln für Zahlungen und Mitteln für Verpflichtungen unterschieden. Die Mittel für Zahlungen sind die für die mitgliedstaatlichen Beiträge maßgebliche Bezugsgröße. Die Mittel für Verpflichtungen erlauben das Eingehen rechtlicher Verpflichtungen, wie z. B. Förderzusagen. Deutschland hat einen Finanzierungsanteil am EU-Haushalt von circa 21 %.

## 3 Ausgewählte Eckpunkte und Prioritäten des EU-Haushalts 2016

Das Ausgabevolumen (Mittel für Zahlungen) des vereinbarten Gesamthaushalts der EU wird im Jahr 2016 voraussichtlich 144 Mrd. € betragen. Es liegt somit um 1,8 % höher als das Gesamtvolumen des Haushalts 2015 und stärkt insbesondere die von der Flüchtlingskrise in Anspruch genommenen Rubriken 3 (Sicherheit und Unionsbürgerschaft, + 57 %) und 4 (Globales Europa, + 36 %).

In dem von Rat und EP angenommenen EU-Haushalt 2016 wurden gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf vom 27. Mai 2015 zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Migrationsherausforderungen in Höhe von circa 1,6 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen

Tabelle 1: Aufteilung der Ausgaben im Haushaltsjahr 2016

Rubrik	Mittel für Zahlungen in Mio. €	Differenz zu 2015 in %	Mittel für Verpflichtungen in Mio. €	Differenz zu 2015 in %
1a. Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	17 418,3	+ 10,7	19 010,0	+ 8,3
1b. Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	48 844,3	- 4,5	50 831,2	- 15,8
2. Nachhaltiges Wachstum - Natürliche Ressourcen	55 120,8	- 1,5	62 484,2	- 2,2
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	3 022,3	+ 56,8	4 052,0	+ 60,7
4. Globales Europa	10 155,6	+ 35,8	9 167,0	+ 5,2
5. Verwaltung	8 935,1	+ 3,2	8 935,2	+ 3,2
<b>Gesamt</b>	<b>143 885,3</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>155 004,2</b>	<b>- 4,5</b>
Spielraum zur MFR-Obergrenze	799,7		2 331,4	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### VERHANDLUNGEN ZUM EU-HAUSHALT 2016

und rund 1,4 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen bereitgestellt. Diese Mittel sind u. a. für die Umsetzung der Umsiedlungsbeschlüsse des Rates vom 14. und 21. September 2015 und die Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumspolitik sowie für Humanitäre Hilfe und die Unterstützung der Mittelmeerländer im Bereich Good Governance, Armutsbekämpfung und Vertrauensbildung vorgesehen. Durch diese Aufstockungen und eine stärkere Ausrichtung von verschiedenen Programmen auf Migrationsausgaben im Haushaltsvollzug können gegenüber den ursprünglichen Planungen für das Haushaltsjahr 2016 zusätzliche Mittel für Verpflichtungen in Höhe von schätzungsweise gut 2 Mrd. € bereitgestellt werden. Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise werden in den Jahren 2015 und 2016 aus dem EU-Haushalt schätzungsweise insgesamt rund 10 Mrd. € mobilisiert. Insbesondere die Mittel für den Fonds für Asyl, Migration und Integration werden im Jahr 2016 verdreifacht. Dort werden 2016 insgesamt 1,9 Mrd. € zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, wird das Flexibilitätsinstrument, das eine begrenzte Überschreitung der Obergrenzen des mehrjährigen Finanzrahmens erlaubt, in voller Höhe mobilisiert, um die Rubrik 3 mit zusätzlichen 1,5 Mrd. € und Rubrik 4 mit 24 Mio. € über die MFR-Obergrenzen hinaus zu stärken.

Um die Wachstumskräfte in Europa weiter zu stärken, wird in der Rubrik 1a (Forschung und Innovation) im Haushalt 2016 der vorhandene Spielraum unterhalb der Obergrenze des MFR hinsichtlich der Mittel für Verpflichtungen voll ausgeschöpft. Im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont 2020 werden 10 Mrd. € bereitgestellt; das sind 11,6 % mehr als 2015. Dieses Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Laufzeit 2014-2020) ist das Hauptinstrument der EU zur Förderung von Wissenschaft, technologischer Entwicklung und Innovation und deckt ein breites thematisches Spektrum von der Grundlagenforschung bis zu marktnahen Innovationsmaßnahmen ab, u. a. mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu

stärken. 1,8 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen (30 % mehr als 2015) fließen in Erasmus+, das europäische Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Der zum 1. Juli 2015 eingerichtete Europäische Fonds für Strategische Investitionen erhält im Jahr 2016 aus dem EU-Haushalt 2 Mrd. €, die dazu beitragen werden, wichtige Investitionen in Europa voranzutreiben.

Gleichzeitig ist es gelungen, ausreichende finanzielle Spielräume für unvorhergesehene Entwicklungen im EU-Haushalt 2016 zu erhalten. Der Rat und das EP haben für Mittel für Zahlungen einen finanziellen Spielraum unterhalb der Obergrenze des MFR in Höhe von circa 800 Mio. € eingeplant, um auf unvorhersehbare Ereignisse reagieren zu können. Für Mittel für Verpflichtungen beträgt dieser Spielraum sogar 2,3 Mrd. €.

## 4 Ausblick

Die EU sieht sich großen politischen Herausforderungen gegenüber. Dies betrifft weiterhin die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung, aber auch die Lösung der mit den Flüchtlingsströmen zusammenhängenden brisanten Fragen. Bei der Lösung der Flüchtlingskrise wird die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den Anrainerstaaten Syriens eine wesentliche Rolle spielen. Daher wurde bereits bei den Abschlussverhandlungen zum EU-Haushalt, einen Tag nach dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs in La Valletta, die Grundlage dafür gelegt, 500 Mio. € aus dem EU-Haushalt in den Jahren 2016 und 2017 für eine vertiefte Zusammenarbeit der EU mit der Türkei bereitzustellen. Im EU-Haushalt 2016 ist in der Rubrik 4 bereits Vorsorge für eine Aufstockung einer Unterstützung für die Türkei in Höhe von 250 Mio. € getroffen worden.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

# Bund unterstützt Kommunen auf vielfältige Weise

## Bundespolitik und Kommunalfinanzen

- Die kommunale Finanzsituation ist weiterhin gut. Seit 2012 erzielen die Kommunen insgesamt wieder Überschüsse, die sie verstärkt für Investitionen nutzen.
- Mit der Entlastung vor allem bei den Sozialausgaben hat der Bund wesentlich zur positiven Entwicklung der Kommunalfinanzen beigetragen. Auch bei der Bewältigung der mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern verbundenen Herausforderungen steht der Bund an der Seite der Kommunen.
- Die Bundesregierung setzt ihre kommunalfreundliche Politik mit einer Reihe von Maßnahmen fort. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen.

1	Kommunale Finanzsituation .....	9
1.1	Finanzierungssalden.....	9
1.2	Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen.....	9
1.3	Investitionen.....	10
1.4	Kassenkredite .....	11
1.5	Ausblick .....	12
2	Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen .....	16
2.1	Entlastungen im Sozialbereich.....	16
2.2	Förderung kommunaler Investitionen.....	17
2.3	Unterstützung im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspolitik.....	18
2.4	Sonstiges.....	19

## 1 Kommunale Finanzsituation

### 1.1 Finanzierungssalden

Seit dem Jahr 2012 erzielen die Kommunen – jeweils bezogen auf ihre Kernhaushalte – insgesamt wieder Finanzierungsüberschüsse (vergleiche Abbildung 1). Die Städte, Kreise und Gemeinden haben von der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen, den nennenswerten und nachhaltigen Entlastungen durch den Bund bei den Ausgaben für soziale Leistungen sowie den günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert. Im Jahr 2012 erzielten die Kommunen insgesamt

einen Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. €, im Jahr 2013 belief sich der Überschuss auf 1,5 Mrd. € und im Jahr 2014 auf 0,2 Mrd. €. Für das laufende Jahr geht die Projektion des BMF für die Kommunen insgesamt trotz der Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen noch von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

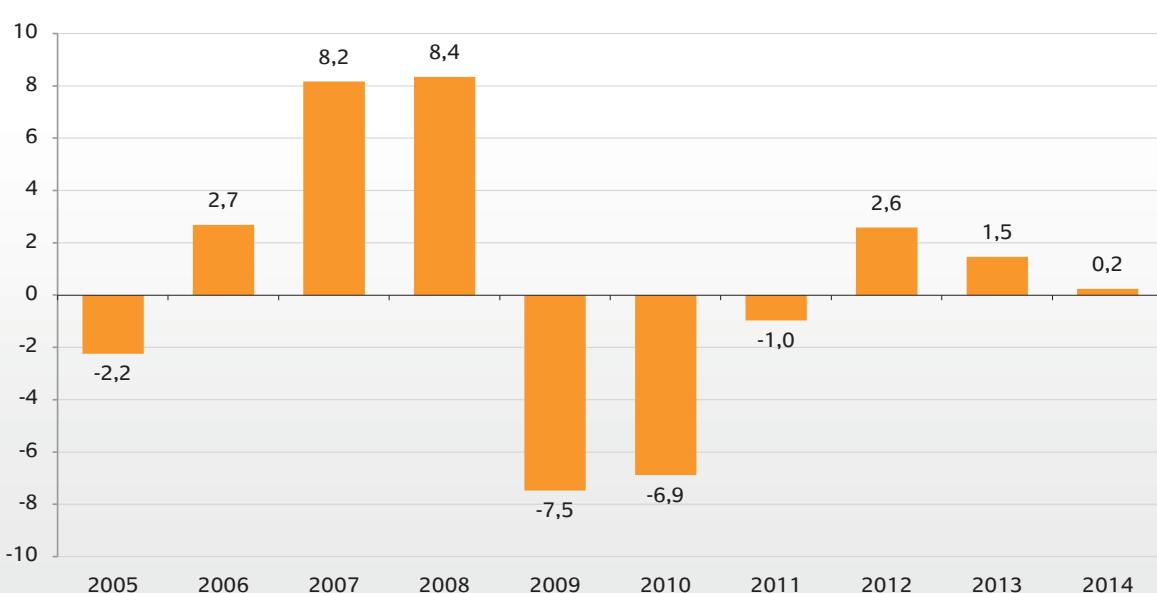
### 1.2 Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen

Von zentraler Bedeutung für die Kommunalfinanzen sind die kommunalen Steuereinnahmen. Deren Entwicklung wird vom Nettoaufkommen der Gewerbesteuer, d. h.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

**Abbildung 1:** Finanzierungssalden<sup>1</sup> der Gemeinden/Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten), in Mrd. €



<sup>1</sup>Ohne Berücksichtigung des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2014 Kassenstatistik).

nach Abzug der an den Bund und vor allem an die Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage, geprägt. Die Gewerbesteuer ist stark konjunkturabhängig. Dem Einbruch im Jahr 2009 folgten ab dem Jahr 2010 jährliche Zuwächse, insbesondere im Jahr 2011. Im Jahr 2014 wurde mit Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Höhe von 33,1 Mrd. € ein Höchststand erreicht (vergleiche Abbildung 2).

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden – infolge des stabilisierend wirkenden Anteils an Lohnsteuern – in geringerem Umfang als die Gewerbesteuer von konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst. Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde im Jahr 2014 mit 30,3 Mrd. € ein Höchststand erreicht. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Einnahmen aus Grundsteuern sind durch stetige Zuwächse gekennzeichnet. Zur durchweg positiven Entwicklung aller kommunalen Steuerarten seit 2012 vergleiche Tabelle 1.

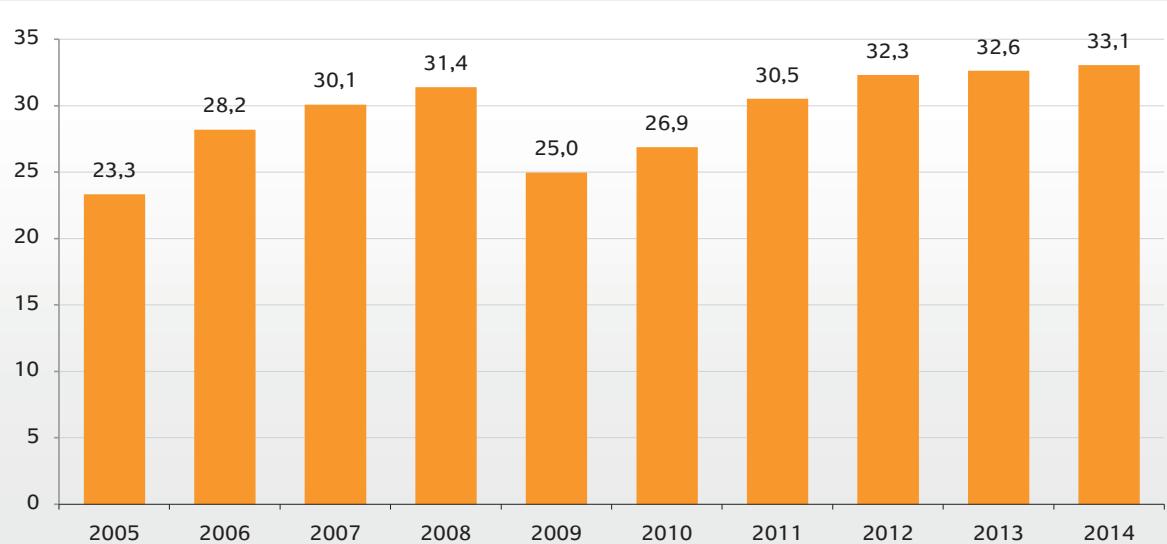
### 1.3 Investitionen

Die Entwicklung der kommunalen Sachinvestitionen 2005 bis 2014 ist in Abbildung 3 dargestellt. Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investitionsträger in Deutschland. Die kommunalen Sachinvestitionen stellen regelmäßig in etwa 60 % der öffentlichen Sachinvestitionen dar. Die nachhaltigen Entlastungen der kommunalen Ebene durch den Bund eröffnen Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen. Dies zeigt sich in den Zuwächsen der kommunalen Investitionen in den Jahren 2013 (+ 5,3 %) und 2014 (+ 7,0 %). Die zusätzlichen Investitionen dürften sich jedoch im Wesentlichen auf die finanziestarken Kommunen konzentrieren. Deshalb gewährt der Bund den Ländern zur gezielten Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen im Zeitraum von 2015 bis 2018 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. € (vergleiche Abschnitt 2.2).

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

**Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände aus der Gewerbesteuer (netto, ohne Stadtstaaten), in Mrd. €**



Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2014 Kassenstatistik).

**Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen der Jahre 2012 bis 2014<sup>1</sup>**

Steuerart	2012	2013	2014
Aufkommen in Mrd. €			
Gewerbesteuer (netto)	32,3	32,6	33,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	26,9	28,5	30,3
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3,5	3,6	3,7
Grundsteuern	10,6	11,0	11,3
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1,0	1,1	1,2
Steuern (netto) insgesamt	74,3	76,9	79,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Gewerbesteuer (netto)	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 9,2	+ 6,1	+ 6,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,7
Grundsteuern	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,7
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	+ 16,6	+ 11,1	+ 8,0
Steuern (netto) insgesamt	+ 6,6	+ 3,4	+ 3,4

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2014 Kassenstatistik).

### 1.4 Kassenkredite

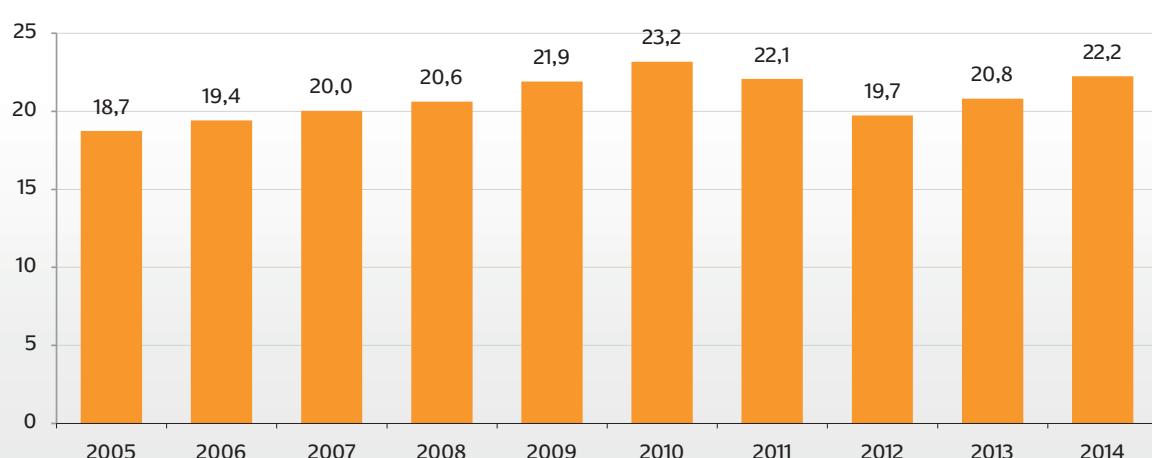
Die Höhe der Kassenkredite kann ein Indikator für Haushaltsprobleme sein: Wenn die laufenden Ausgaben (z. B. für Personal, soziale

Leistungen, Sachaufwand und Zinsen) nicht durch laufende Einnahmen (Steuern, Zuweisungen, Gebühren) zu decken sind, erfolgt die Finanzierung über Kassenkredite, da (reguläre) Verschuldung nur für Investitionen zulässig ist.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

**Abbildung 3: Sachinvestitionsausgaben<sup>1</sup> der Gemeinden/Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten), in Mrd. €**



<sup>1</sup> Sachinvestitionsausgaben: Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2014 Kassenstatistik).

Der Bestand an Kassenkrediten – die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen – ist in den Jahren 2013 und 2014 deutlich weniger gestiegen als in den Vorjahren (Anstieg gegenüber Vorjahr 2013: + 1,4 %, 2014: + 2,3 % im Vergleich zu + 17,3 %, + 17,5 %, + 9,7 % und 6,5 % in den Jahren 2009 bis 2012).

Ende 2014 beliefen sich die Kassenkredite auf 49,7 Mrd. € (vergleiche Abbildung 4). Der trotz positiver Entwicklung der Finanzierungssalden weiter leicht gestiegene Bestand an Kassenkrediten deutet auf eine andauernde Spreizung der Finanzsituation von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen innerhalb und zwischen den Ländern hin. Auch eine unterschiedliche Handhabung von Kassenkrediten in der kommunalaufsichtlichen Praxis kann hier eine Rolle spielen.

Die Kassenkredite sind kein flächendeckendes, sondern ein regional konzentriertes Problem in einigen Ländern. Mehr als die Hälfte der Kassenkredite – nämlich 26,4 Mrd. € (53 %) – wurde Ende 2014 von Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen. Neben Nordrhein-Westfalen konzentrierten sich die Kassenkredite – mit regionalen Schwerpunkten – vor allem auf Rheinland-Pfalz (14 %)

und Hessen (13 %). Die durchschnittlichen Belastungen mit Kassenkrediten je Einwohner sind im Saarland am höchsten (2 005 € je Einwohner; durchschnittliche Inanspruchnahme Deutschland insgesamt 663 €). Es folgen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen (vergleiche Tabelle 2).

Die Länder haben die Probleme im Zusammenhang mit der Kassenkreditverschuldung erkannt. Mit Konsolidierungs- und Entschuldungsprogrammen kommen die Länder ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen nach. Eine dauerhafte Lösung der Probleme der betroffenen Kommunen muss sowohl den Schuldenabbau (Tilgung der Kassenkredite) als auch den Haushaltausgleich umfassen. Es ist daher konsequent, dass die Entschuldungshilfen mit strikten Konsolidierungsauflagen verknüpft werden.

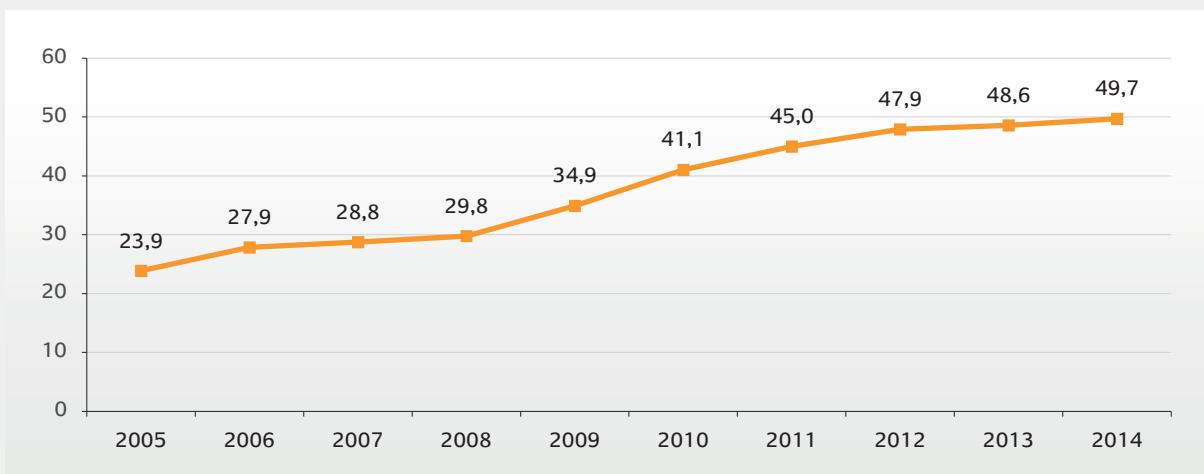
### 1.5 Ausblick

Der Zustrom von Flüchtlingen dürfte die kommunalen Haushalte weiter beeinflussen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit und in welchem Umfang sich die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flücht-

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

**Abbildung 4:** Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten), in Mrd. €



Quelle: Statistisches Bundesamt (Schuldenstatistik, Stand jeweils zum 31. Dezember).

**Tabelle 2:** Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den Jahren 2012 und 2014<sup>1</sup>

<b>Gebietseinheit</b>	2012	2014	Veränderung 2014 gegenüber 2012 (in € je Einwohner)	2012	2014
	Kassenkredite (in € je Einwohner)			Kassenkredite (in Mio. €)	
Saarland	1 898	2 026	+ 128	1 890	2 005
Rheinland-Pfalz	1 536	1 784	+ 248	6 129	7 136
Nordrhein-Westfalen	1 351	1 500	+ 149	23 708	26 395
Hessen	1 252	1 055	- 197	7 513	6 401
Sachsen-Anhalt	479	623	+ 144	1 085	1 395
Mecklenburg-Vorpommern	397	454	+ 57	637	726
Niedersachsen	589	429	- 160	4 585	3 351
Brandenburg	319	317	- 2	781	778
Schleswig-Holstein	327	279	- 48	916	787
Thüringen	77	98	+ 21	168	212
Sachsen	23	24	+ 1	94	95
Bayern	21	21	+ 0	262	270
Baden-Württemberg	17	18	+ 1	181	197
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>642</b>	<b>663</b>	<b>+21</b>	<b>47 949</b>	<b>49 748</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Schuldenstatistik, Stand jeweils zum 31. Dezember).

lingen – vor dem Hintergrund der umfassenden Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund (vergleiche Abschnitt 2.3) – in der Entwicklung der kommunalen Haushalte niederschlagen werden.

Die kommunalen Investitionsspielräume werden auch in den kommenden Jahren durch Entlastungsmaßnahmen des Bundes gestützt (vergleiche Abschnitt 2.1 und 2.2).

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

### Exkurs: Beitrag steigender Hebesätze zur Entwicklung des Realsteueraufkommens

Als Hebesätze der Realsteuern bezeichnet man die von der jeweiligen Gemeinde festgelegten Steuersätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Mit diesem Instrument können die Gemeinden in Deutschland die Höhe der ihnen zustehenden Gemeindesteuern beeinflussen. Zur Ermittlung der Steuerschuld wird der Steuermessbetrag mit dem Hebesatz multipliziert, den die Gemeinden nach Maßgabe des Gewerbesteuer- und des Grundsteuergesetzes festsetzen. Die Hebesätze werden vom Rat bestimmt und im Rahmen der Verabschiedung einer Satzung festgelegt. Im Gegensatz zur Grundsteuer B (bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude) generiert die Grundsteuer A (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) in der Summe nur ein geringes Aufkommen und wird daher bei den nachfolgenden Betrachtungen vernachlässigt. Während es beim Hebesatz der Grundsteuer B keine gesetzlich vorgegebenen Ober- oder Untergrenzen gibt, muss der Gewerbesteuerhebesatz seit 2004 mindestens bei 200 % liegen.

Im Realsteuervergleich des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 14 Reihe 10.1), der als Datengrundlage für diese Auswertung genutzt wurde, werden anstelle der Steuermessbeträge die Grundbeträge verwendet. Diese weichen von den Messbeträgen wegen periodenfremder Zahlungen ab und können daher Ungenauigkeiten enthalten. Das Basisjahr der Berechnungen ist das Jahr 1992.

Der gewogene Durchschnittshebesatz der Grundsteuer B ist zwischen 2005 und 2014 mit + 12,5 % deutlich stärker gestiegen als derjenige der Gewerbesteuer (+ 2,1 %). Gegenüber dem Vorjahr ist der gewogene Durchschnittshebesatz der Grundsteuer B in den Jahren 2008 und 2009 gleich geblieben und in allen anderen Jahren zum Teil deutlich gestiegen. Bei der Gewerbesteuer kam es hingegen während der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 sogar

zu einem leichten Rückgang des gewogenen Durchschnittshebesatzes.

Offensichtlich wird zur Haushaltskonsolidierung der Hebesatz eher bei der Grundsteuer B angehoben als bei der Gewerbesteuer, wo negative Auswirkungen auf die Standortwahl von Unternehmen befürchtet werden. Anders als bei der Gewerbesteuer beruhen die Steuermessbeträge der Grundsteuer auf alten Einheitswerten und werden somit kaum von der Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Nicht hebesatzbedingte Zuwächse beim Aufkommen der Grundsteuer B ergeben sich in erster Linie durch Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse.

Die Struktur der Aufkommensentwicklung zeigt, dass bei der Grundsteuer B ein wesentlich höherer Anteil der Aufkommensveränderung auf die Hebesätze zurückzuführen ist als bei der Gewerbesteuer. Diese Struktur ist bei der Gewerbesteuer im betrachteten Zeitraum relativ konstant geblieben, bei der Grundsteuer B hingegen ist eine Entwicklung erkennbar. Während im Jahr 2005 bei der Grundsteuer B 39,3 % der Veränderung gegenüber dem Basisjahr 1992 auf die Hebesätze zurückzuführen waren, waren es im Jahr 2014 bereits knapp 48 %. Entsprechend sank der Anteil der Veränderung, der auf die Entwicklung der Grundbeträge zurückzuführen ist. Bei der Gewerbesteuer hingegen lag der Anteil der Veränderung, der auf die Hebesätze zurückzuführen ist, im Jahr 2014 (11,4 %) sogar knapp unter dem Wert des Jahres 2005 (11,5 %). Der niedrigste Wert wurde im Jahr 2008 (7,1 %) registriert. Der Anteil der auf die Entwicklung der Grundbeträge zurückzuführenden Veränderung bewegte sich entsprechend zwischen 88,5 % (2005) und 92,9 % (2008).

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass Hebesatzänderungen bei der Grundsteuer B in wesentlich stärkerem Maße zu deren Aufkommensentwicklung beigetragen haben als Hebesatzänderungen bei der Gewerbesteuer. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen zehn Jahren verstärkt.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

**Tabelle 3: Beitrag der Hebesatzentwicklung zur Entwicklung des Aufkommens der Grundsteuer B in den Jahren 2005 bis 2014<sup>1</sup>**

Jahr	gewogener Durchschnitts-hebesatz	Aufkommen (in Mio. €)	Veränderung des Aufkommens gegenüber		Veränderung gegenüber 1992, die zurückzuführen ist auf höhere Hebesätze			
			Vorjahr (in %)	1992 (in %)	(in Mio. €) <sup>2</sup>	(Anteil in %)	(in Mio. €) <sup>3</sup>	(Anteil in %)
2005	375	8 780,7	3,3	86,6	1 601,7	39,3	2 473,8	60,7
2006	377	8 928,6	1,7	89,8	1 666,5	39,5	2 556,9	60,5
2007	379	9 099,1	1,9	93,4	1 724,7	39,3	2 669,1	60,7
2008	379	9 178,4	0,9	95,1	1 743,0	39,0	2 730,2	61,0
2009	379	9 288,2	1,2	97,4	1 771,0	38,6	2 812,0	61,4
2010	389	9 631,4	3,7	104,7	2 027,7	41,2	2 898,5	58,8
2011	398	9 980,6	3,6	112,1	2 286,6	43,3	2 988,8	56,7
2012	406	10 266,7	2,9	118,2	2 502,5	45,0	3 059,1	55,0
2013	417	10 635,1	3,6	126,0	2 813,2	47,4	3 116,6	52,6
2014	422	10 939,7	2,9	132,5	2 988,7	47,9	3 245,8	52,1

<sup>1)</sup> Ohne Stadtstaaten.

<sup>2)</sup> Aufkommen des jeweiligen Jahres abzüglich Aufkommen 1992 und abzüglich des Betrages, der auf die Erhöhung des Grundbetrages zurückzuführen ist.

<sup>3)</sup> Fiktives Aufkommen im jeweiligen Jahr (Grundbetrag im jeweiligen Jahr multipliziert mit dem gewogenen Durchschnittshebesatz 1992, dividiert durch 100) abzüglich Aufkommen 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 10.1, Realsteuervergleich - Realsteuern und kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung, 1992, 2005-2014; eigene Berechnungen.

**Tabelle 4: Beitrag der Hebesatzentwicklung zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in den Jahren 2005 bis 2014<sup>1</sup>**

Jahr	gewogener Durchschnitts-hebesatz	Aufkommen (in Mio. €)	Veränderung des Aufkommens gegenüber		Veränderung gegenüber 1992, die zurückzuführen ist auf höhere Hebesätze			
			Vorjahr (in %)	1992 (in %)	(in Mio. €) <sup>2</sup>	(Anteil in %)	(in Mio. €) <sup>3</sup>	(Anteil in %)
2005	384	29 194,1	12,0	40,7	975,7	11,5	7 472,7	88,5
2006	386	34 635,0	18,6	67,0	1 347,5	9,7	12 541,9	90,3
2007	384	36 793,5	6,2	77,4	1 276,3	8,0	14 771,5	92,0
2008	383	37 537,3	2,0	80,9	1 192,3	7,1	15 599,3	92,9
2009	383	29 578,3	-21,2	42,6	898,9	10,2	7 933,8	89,8
2010	386	32 489,9	9,8	56,6	1 248,5	10,6	10 495,7	89,4
2011	388	36 926,7	13,7	78,0	1 611,5	10,0	14 569,6	90,0
2012	389	38 978,9	5,6	87,9	1 845,7	10,1	16 387,5	89,9
2013	391	39 348,1	0,9	89,7	2 006,4	10,8	16 596,0	89,2
2014	392	39 760,5	1,0	91,7	2 168,6	11,4	16 846,3	88,6

<sup>1)</sup> Ohne Stadtstaaten.

<sup>2)</sup> Aufkommen des jeweiligen Jahres abzüglich Aufkommen 1992 und abzüglich des Betrages, der auf die Erhöhung des Grundbetrages zurückzuführen ist.

<sup>3)</sup> Fiktives Aufkommen im jeweiligen Jahr (Grundbetrag im jeweiligen Jahr multipliziert mit dem gewogenen Durchschnittshebesatz 1992, dividiert durch 100) abzüglich Aufkommen 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 10.1, Realsteuervergleich - Realsteuern und kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung, 1992, 2005-2014; eigene Berechnungen.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

## 2 Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen

Zur positiven Entwicklung der kommunalen Finanzlage hat der Bund in wesentlichem Maße beigetragen. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Möglichkeiten hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Kommunen insbesondere bei den Ausgaben für soziale Leistungen zu entlasten und die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu stärken.

### 2.1 Entlastungen im Sozialbereich

#### Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Im Bereich der Sozialausgaben stellt die vollständige Kostenübernahme des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den größten Entlastungsposten dar. Bereits seit dem Jahr 2003 und verstärkt seit 2009 beteiligte sich der Bund an diesen Ausgaben. Seit 2014 erstattet der Bund den Kommunen vollständig die in ihrer Funktion als örtliche Sozialhilfeträger entstandenen Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres. Allein im Zeitraum 2012 bis 2017 beträgt die Entlastung über 30,5 Mrd. €. Bis zum Jahr 2017 wird die jährliche Entlastung durch den Bund auf voraussichtlich knapp 7 Mrd. € anwachsen und sich damit gegenüber dem Jahr 2012 vervierfacht haben. Von der Entlastung profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen.

#### Ausbau der U3-Kinderbetreuung

Am Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige beteiligte sich der Bund aufgrund der auf dem sogenannten Krippengipfel im Jahr 2007 gemachten Zusagen bis zum Jahr 2013 mit 4 Mrd. € an der Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten. Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Fiskalvertrags hat der Bund 2012

zusätzlich 581 Mio. € für Investitionen bereitgestellt. Auch die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung wurde sukzessive erhöht und beträgt seit 2015 insgesamt 845 Mio. € jährlich. Weiterhin werden in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich 550 Mio. € für Investitionen gewährt. Auch an den Betriebskosten wird sich der Bund 2017 und 2018 mit jeweils zusätzlich 100 Mio. € beteiligen, sodass sich die Leistungen des Bundes insgesamt bis einschließlich 2017 auf rund 8,5 Mrd. € belaufen werden.

#### Kosten der Unterkunft und Heizung

Die 2005 eingeführte Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU; Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II) wurde ab dem Jahr 2011 auf hohem Niveau verstetigt und damit der langjährige Diskussionsprozess um die jährliche Anpassung der Höhe der Bundesbeteiligung beendet. Seit dem Jahr 2014 beträgt die Quote bundesdurchschnittlich 28,2 %. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund zurzeit mit einer Sonderquote von bundesdurchschnittlich 3,8 % an den Ausgaben für Bildung und Teilhabe. Nach derzeitigem Stand entlastet der Bund die Kommunen mit diesen Maßnahmen allein in den Jahren 2015 bis 2017 um etwa 13,7 Mrd. €. Die weitere Sonderentlastung der Kommunen von zusätzlich insgesamt 2 Mrd. € in den Jahren 2015 bis 2017 durch eine nochmals erhöhte Bundesbeteiligung kommt noch hinzu.

#### Sonderentlastung 2015 bis 2017

Im Vorgriff auf die Entlastung ab dem Jahr 2018 entlastet der Bund die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 um 1 Mrd. € jährlich. Die Entlastung erfolgt zu jeweils 500 Mio. € über eine erhöhte Bundesbeteiligung an den KdU und über einen erhöhten Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Während von einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer unmittelbar die Gemeindeebene profitiert,

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

kommt die erhöhte Bundesbeteiligung an den KdU den kreisfreien Städten und den Landkreisen zugute. Von der Entlastung bei den KdU profitieren zudem überproportional Kommunen mit einer – insbesondere auch wegen hoher Sozialausgaben – angespannten Finanzsituation.

### Weitere Kommunalentlastung ab dem Jahr 2018

Ab dem Jahr 2018 werden die Kommunen, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen und in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigt, im Umfang von weiteren 5 Mrd. € jährlich entlastet. Da andere Entlastungswege sinnvoller erscheinen, wurden die Kommunalentlastung und das Reformvorhaben bei der Eingliederungshilfe entkoppelt. Eine Entscheidung über den stattdessen zu realisierenden Transferweg ist noch nicht getroffen worden.

### 2.2 Förderung kommunaler Investitionen

Ein zentrales Anliegen der Bundesregierung für dieses und die kommenden Jahre ist der Ausbau und die Verstärkung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Sie bilden das Fundament für Wachstum und Beschäftigung. Die Stärkung der Investitionsdynamik steht deshalb ganz oben auf der wirtschafts- und finanzpolitischen Agenda der Bundesregierung.

Bei den kommunalen Investitionen gibt es einen erfreulichen Aufwärtstrend, der jedoch überwiegend von finanzierten Kommunen getragen wird. Demgegenüber können finanzielle schwache Kommunen erforderliche Investitionen, z. B. zur Instandhaltung, zur Sanierung und zum Umbau der örtlichen Infrastruktur, häufig nicht finanzieren. Damit ist die Gefahr einer weiteren Verfestigung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kommunen und Regionen verbunden.

### Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Mit dem am 30. Juni 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Förderung von Investitionen finanziell schwacher Kommunen<sup>1</sup> leistet der Bund einen Beitrag, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Aus einem im Jahr 2015 mit Mitteln in Höhe von 3,5 Mrd. € ausgestatteten Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ gewährt der Bund in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen an die Länder. Damit werden Investitionen finanziell schwacher Kommunen mit einem Fördersatz von bis zu 90 % bezuschusst. Der Kofinanzierungsanteil der Kommunen von mindestens 10 % kann auch von den Ländern übernommen werden.

Die Förderbereiche orientieren sich an der Gesetzgebungscompetenz des Bundes. Die Finanzhilfen werden in folgenden Bereichen gewährt: Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur (u. a. Krankenhäuser, Lärmbekämpfung, Maßnahmen mit städtebaulichem Bezug, Luftreinhaltung) und Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (u. a. frühkindliche Infrastruktur, energetische Sanierung der Schulinfrastruktur sowie von kommunalen und gemeinnützigen Weiterbildungseinrichtungen). Im Förderbereich „Städtebau“ sind auch Investitionen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen förderfähig, wenn der städtebauliche Bezug gegeben ist.

Die Fördermittel kommen finanziell schwachen Kommunen in den Flächenländern und entsprechenden Gebieten in den Stadtstaaten zugute. Die Verteilung der Finanzmittel auf die Länder bildet die unterschiedliche Verteilung finanziell schwacher Kommunen im Bundesgebiet ab. Hierzu wurde ein Schlüssel gewählt, der zu je einem Drittel die Verteilung der Einwohner, der Kassenkreditbestände und der Arbeitslo-

---

<sup>1</sup> Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG).

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

senzahlen im Dreijahresdurchschnitt berücksichtigt. Dieser Schlüssel führt dazu, dass im Vergleich zur Einwohnerzahl diejenigen Länder überproportional profitieren, in denen sich aufgrund von Strukturschwäche finanzschwache Kommunen konzentrieren. Die Festlegung der finanzschwachen Kommunen erfolgt durch die Länder. Dabei steht es jedem Land frei, die Kriterien selbst zu bestimmen, an denen sich die Finanzschwäche von Kommunen bemisst.

Gemäß § 9 KInvFG wurden die Einzelheiten zur Durchführung des Gesetzes in einer Verwaltungsvereinbarung geregelt, die am 20. August 2015 in Kraft getreten ist. Die Ausführung des KInvFG obliegt den Ländern. Die Länder entscheiden im Rahmen des Gesetzes über die Förderfähigkeit von Maßnahmen, indem sie z. B. die Förderbereiche begrenzen. Eine Beurteilung der Förderfähigkeit von einzelnen Investitionsmaßnahmen kann nur vor Ort erfolgen. Die Regelungen der dazu getroffenen Verwaltungsvereinbarung sollen ein möglichst unbürokratisches und kommunalfreundliches Verfahren bei der Umsetzung des Förderprogramms ermöglichen. Dabei muss eine sachgerechte Überprüfung der Mittelverwendung durch den Bund gewährleistet sein.

### Zusätzliche Entlastung 2017

Zudem wird der Bund den Kommunen im Jahr 2017 – über die bereits genannte jeweils 1 Mrd. € in den Jahren 2015 bis 2017 hinaus – weitere 1,5 Mrd. € zur Verfügung stellen, um ihnen so Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. Diese Entlastung erfolgt durch einen um 500 Mio. € höheren Bundesanteil an den KdU und durch einen um 1 Mrd. € höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Damit stellt der Bund im Zeitraum 2015 bis 2018 zusätzlich insgesamt 5 Mrd. € zur Stärkung der kommunalen Investitionen zur Verfügung.

### 2.3 Unterstützung im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Deutschland ist in diesen Monaten das Ziel einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen,

die Sicherheit vor Krieg, Verfolgung und Not suchen. Bund, Länder und Kommunen stehen hier in einer Verantwortungsgemeinschaft und müssen mit einer großen nationalen Gemeinschaftsaktion in kurzer Zeit die Aufnahme dieser schutzbedürftigen Menschen bewältigen. Wichtige Maßnahmen zur Entlastung der Länder und Kommunen wurden mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz von Bundestag und Bundesrat bereits beschlossen.

Danach unterstützt der Bund die Länder und Kommunen im Jahr 2015 mit 2 Mrd. € über den Länderanteil an der Umsatzsteuer. Ab 2016 beteiligt sich der Bund an den Kosten der Länder und Kommunen, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge und der durchschnittlichen Bearbeitungszeit der entsprechenden Asylverfahren entstehen. Die Länder haben mehrmals zugesagt, dass sie in den Fällen, in denen die Kommunen Kostenträger sind, die vom Bund erhaltenen Mittel an die Kommunen weitergeben. Der Bund trägt ab dem 1. Januar 2016 für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheids durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Teil der Kosten in Höhe von 670 € je Monat und Antragsteller. Für das Jahr 2016 erhalten die Länder eine Abschlagszahlung in Höhe von 2,68 Mrd. €. Für die Berechnung der Abschlagszahlung wurden durchschnittlich 800 000 Asylbewerber im Verfahren des BAMF unterstellt und eine Verfahrensdauer von fünf Monaten angenommen. Ende 2016 erfolgt eine Spitzabrechnung für 2016, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird.

Darüber hinaus werden den Ländern für diejenigen Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannt wurden, für pauschal einen Monat ebenfalls 670 € erstattet. Für die Abschlagszahlung wurde unterstellt, dass die Hälfte der Antragsteller anerkannt wird, womit sich eine Abschlagszahlung von 268 Mio. € ergibt. Auch dieser Betrag wird Ende 2016 – anhand der Zahl der nicht anerkannten Bewerber – spitzabgerechnet.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

Der Bund leistet auch einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Mio. € jährlich. Sobald die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen deutlich rückläufig ist, erfolgt eine Überprüfung der Leistung des Bundes.

Die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellt auch die Kinderbetreuung vor große Herausforderungen. Der Bund wird deshalb die finanziellen Spielräume im Bundeshaushalt, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes bis 2018 entstehen, nutzen, um Länder und Kommunen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung zusätzlich zu unterstützen. Alle diese Maßnahmen werden über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer realisiert.

Zur Unterstützung der Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen werden die den Ländern aufgrund der Abschaffung der Finanzhilfen für den Bereich „Soziale Wohnraumförderung“ bis 2019 zustehenden Kompensationsmittel für die Jahre 2016 bis 2019 um jeweils 500 Mio. € erhöht und damit in diesen Jahren fast verdoppelt. Die Länder haben zugesagt, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen.

Im Bundeshaushalt 2016 selbst werden die Ausgabenansätze aufgrund der aktuellen Flüchtlingslage um 3½ Mrd. € angehoben. Schwerpunkte bilden dabei die Geschäftsbereiche des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Hiervon profitieren mittelbar auch die Länder und Kommunen.

Ergänzend erfolgt die verstärkte Unterstützung der Länder beim Ausbau von circa 150 000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge auch durch die befristete Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards. Hier sind die Länder aufgefordert, ihrerseits entsprechende Regelungen zu schaffen.

Schließlich ist eine schnelle und verbilligte Bereitstellung weiterer Immobilien und Liegenschaften für den sozialen Wohnungsbau über Konversionsliegenschaften hinaus vorgesehen.

Als weitere flankierende Maßnahmen hat der Bund die Ermächtigung dafür geschaffen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in ihrem Eigentum stehende Immobilien den Ländern und Gemeinden zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen mietzinsfrei überlässt und darüber hinaus den Bedarfsträgern die notwendigen und angemessenen Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten (Herrichtungskosten) dieser Liegenschaften erstattet.

Zudem hat das BAMF seit 2014 in erheblichem Umfang zusätzliches Personal erhalten. Der Stellenbestand wurde mit mehr als 4 000 zusätzlichen Stellen fast verdreifacht. Hinzu kommen Möglichkeiten für die Einstellung von 1 250 befristeten Kräften. Das BMF unterstützt mit über 300 Beschäftigten der Zollverwaltung ebenfalls die Entscheidungszentren und mobilen Teams des BAMF.

Im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (3,5 Mrd. € im Zeitraum 2015 bis 2018) sind auch Investitionen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen förderfähig, wenn der städtebauliche Bezug gegeben ist (siehe Abschnitt 2.2).

### 2.4 Sonstiges

#### Verkehrsfinanzierung

Von Entflechtungsmitteln, die der Bund als Kompensation u. a. für die mit der Föderalismusreform I beschlossene Abschaffung der Finanzhilfen im Bereich „Gemeindeverkehrsfinanzierung“ an die Länder zahlt – das sind bis einschließlich 2019 mehr als 1,3 Mrd. € jährlich – profitieren die Kommunen ebenso wie vom im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) geregelten Bundesprogramm.

## Analysen und Berichte

BUND UNTERSTÜTZT KOMMUNEN AUF VIELFÄLTIGE WEISE

Beim GVFG-Bundesprogramm haben Bund und Länder vereinbart, dieses im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen über 2019 hinaus in bisheriger Höhe fortzuführen. Weiterhin profitieren die Kommunen von der Erhöhung der Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des öffentlichen und insbesondere des schienengebundenen Personennahverkehrs. Diese werden 2016 auf 8 Mrd. € erhöht und in den Folgejahren bis einschließlich 2031 jährlich mit einer Rate von 1,8 % dynamisiert.

### Interkommunale Zusammenarbeit

Der demografische Wandel und die zum Teil schwierige Haushaltslage in vielen Kommunen führen dazu, dass die Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit zur Sicherung der Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene weiter wachsen wird. Gerade im ländlichen Raum ist die Zusammenarbeit von Gemeinden untereinander unerlässlich, um die Lebensqualität für die Menschen durch den Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten oder sogar zu verbessern. Zu den wichtigsten Aufgabengebieten interkommunaler Zusammenarbeit gehören

u. a. Daseinsvorsorge, Nahversorgung und regionale Infrastruktur.

Für die Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit spielt die Lösung der Problematik der Umsatzbesteuerung kommunaler Beistandsleistungen eine zentrale Rolle. Als Reaktion auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Umsatzbesteuerung von öffentlichen Leistungen und auf Initiative der Koalitionsfraktionen wurde das Umsatzsteuergesetz geändert. Die gesetzliche Neuregelung orientiert sich an Grundsätzen des Vergaberechts und dazu ergangenen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs. Gemäß der Gesetzesänderung fällt künftig keine Umsatzsteuer auf die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit ausgetauschten Leistungen an, wenn die dort genannten Voraussetzungen kumulativ vorliegen.

Die gesetzliche Neuregelung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft und wird von einer fünfjährigen Übergangsregelung flankiert, in der die betroffenen Einrichtungen zur Anwendung des bisher geltenden Rechts optieren können. Ab dem 1. Januar 2021 ist die Neuregelung dann zwingend anzuwenden.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die solide Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft dürfte sich trotz relativ schwacher Nachfrage aus den Schwellenländern zum Jahresende fortsetzen.
- Die Industrie ist gut in das 4. Quartal gestartet. Die Stimmung der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft verbesserte sich zuletzt merklich. Insbesondere der Dienstleistungssektor entwickelt sich weiter dynamisch. Die Außenwirtschaftssindikatoren sprechen für eine weniger dynamische Exportentwicklung in den kommenden Monaten.
- Die gute Arbeitsmarktlage mit realen Einkommenszuwächsen und anhaltendem Beschäftigungsaufbau begünstigt weiter den privaten Konsum. Die Preisniveauentwicklung verläuft weiterhin in ruhigen Bahnen.

## Solide Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft zum Jahresende

Die deutsche Wirtschaft ist im 3. Quartal 2015 weiter moderat gewachsen. Das Brutto-inlandsprodukt (BIP) war in den Monaten Juli bis September um 0,3% höher als im 2. Quartal dieses Jahres (preis-, kalender- und saisonbereinigt). Positive Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich vom inländischen Konsum. Sowohl die privaten als auch die staatlichen Konsumausgaben nahmen kräftig zu (+ 0,6 % beziehungsweise + 1,3 % gegenüber dem Vorquartal). Dagegen führten geringere Investitionen insbesondere in Ausrüstungen (darunter Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), aber auch in Bauten zu einem leichten Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen (- 0,3 % gegenüber dem Vorquartal). Der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung belief sich insgesamt auf 0,7 Prozentpunkte und war damit deutlich höher als im vorangegangenen Quartal, in dem sie das Wirtschaftswachstum mit - 0,2 Prozentpunkten noch negativ beeinflusst hatte. Dagegen war vom Außenhandel im 3. Quartal ein negativer Wachstumseffekt zu beobachten (- 0,4 Prozentpunkte), nachdem dieser im 2. Quartal noch deutlich positiv gewesen war (+ 0,6 Prozentpunkte). Grund war der starke Zuwachs der Importe im 3. Vierteljahr, der den der Exporte

überstieg (Exporte: + 0,2 %, Importe: + 1,1 % gegenüber dem Vorquartal).

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin sehr gut. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im 3. Quartal 43,2 Millionen Personen erwerbstätig. Die robuste Nachfrage nach Arbeitskräften hat steigende Einkommen der Arbeitnehmer zur Folge. Die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer stiegen um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Je Arbeitnehmer betrachtet, belief sich der Zuwachs auf 2,8 %, da auch die Anzahl der Arbeitnehmer stark zugenommen hat (+ 1,1 % gegenüber dem Vorjahr). Die verfügbaren Einkommen privater Haushalte nahmen wie im Vorquartal um 2,9 % im Vergleich zum Vorjahr zu.

Der moderate Aufschwung der deutschen Wirtschaft dürfte sich auch im 4. Quartal fortgesetzt haben. Die Industrie verzeichnete – im Hinblick auf Produktion und Nachfrage – einen guten Einstieg in das Schlussquartal 2015 und die Stimmung der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft verbesserte sich zuletzt merklich. Insbesondere der Dienstleistungssektor expandiert weiter kräftig. Der private Konsum sollte angesichts der Arbeitsmarktlage und der moderaten Preisniveauentwicklung robust bleiben.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Jedoch bestehen weiterhin Risiken aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld. Die Daten zum Außenhandel zu Beginn des Schlussquartals sowie die unterdurchschnittlichen Exporterwartungen der Unternehmen sprechen für eine insgesamt wenig dynamische Entwicklung der Exporte.

Die günstige konjunkturelle Lage in Deutschland spiegelt sich wie in den Vormonaten auch in der Entwicklung des Steueraufkommens wider. Insbesondere die konjunkturreagiblen Steuerarten werden durch steigende Beschäftigung, zunehmende Löhne und expandierende Gewinne begünstigt. Abzüglich des Kindergelds und der ebenfalls aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Altersvorsorgezulage lag das Nettoaufkommen der Lohnsteuer in den Monaten Januar bis November 2015 um 6,7 % über dem Vorjahresniveau. Auch bei den Steuern vom Umsatz ist mit einem Anstieg um 3,0 % von Januar bis November 2015 insgesamt eine deutliche Zunahme des Aufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, auch wenn im November – basisbedingt – ein leichter Rückgang zu beobachten war.

### Leichter Dämpfer der Außenhandels-tätigkeit

Die nominalen saisonbereinigten Warenexporte gingen im Oktober gegenüber dem Vormonat merklich zurück. Im Zweimonatsvergleich waren die Ausfuhren leicht rückläufig (- 0,7 % gegenüber der Vorperiode). Die nominalen Warenimporte verringerten sich im Oktober im Vormonatsvergleich kräftiger als die Exporte. Aufgrund des vorangegangenen Anstiegs im September ist jedoch noch eine leichte Aufwärtsbewegung zu beobachten. Im Zeitraum Januar bis Oktober überschritten sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte nach Ursprungswerten das entsprechende Vorjahresniveau weiterhin sehr deutlich.

Nach Regionen differenziert liegen auf Basis der Ursprungsländer bisher nur Daten bis

September 2015 vor. In den Monaten Januar bis September dieses Jahres zusammengenommen wurde der Außenhandel mit den EU-Ländern außerhalb des Euroraums gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis kräftig ausgeweitet. Auch der Handel mit den Drittländern und den Ländern des Euroraums legte spürbar zu, aber etwas weniger dynamisch. Die Exporte in die Länder außerhalb des Euroraums wurden insbesondere durch die Abwertung des Euro begünstigt, die mit einer höheren preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen einhergeht. Dies dürfte zur Ausweitung der Ausfuhren in die USA (+ 20,9 %) und in das Vereinigte Königreich (+ 10,5 %) beigetragen haben. Dämpfend wirkten dagegen insbesondere aufgrund des niedrigen Rohölpreises oder politischer Krisenherde rückläufige Exporte in ölexportierende Schwellenländer wie Russland, Libyen und Brasilien. Der Importwert von Waren wurde vor allem durch die bis zuletzt rückläufigen Rohölpreise gegenüber dem Vorjahr geschränkt. So ging der Wert der Importe aus den OPEC-Staaten im betrachteten Zeitraum um 31,6 % gegenüber dem Vorjahr zurück.

Die im Vorjahresvergleich stärkere Zunahme der Exporte gegenüber den Importen bewirkte eine weitere Expansion des Handelsbilanzüberschusses. Er überschritt im Zeitraum Januar bis Oktober das entsprechende Vorjahresniveau um 31,0 Mrd. € und trug damit entscheidend zu einer Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses im gleichen Zeitraum um 30,7 Mrd. € bei.

Der Außenhandel Deutschlands gab in saisonbereinigter Betrachtung zu Beginn des Schlussquartals zwar merklich nach. Aufgrund der weiter gesunkenen Export- und Importpreise dürfte der Rückgang der Wareneinfuhren und -ausfuhren in realer Rechnung jedoch weniger nachgegeben haben. Angesichts des im bisherigen Jahresverlauf relativ schwachen Weltwirtschaftswachstums kann die deutsche Exporttätigkeit weiterhin als robust eingeschätzt werden.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15	1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespresbasis (verkettet)	106,1	+1,6	+0,3	+0,4	+0,3	+1,2	+1,6	+1,8
jeweilige Preise	2 916	+3,4	+1,1	+1,0	+0,5	+3,2	+3,7	+3,8
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	2 176	+3,8	+1,8	+0,4	+1,2	+3,5	+3,6	+4,0
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,8	+0,9	+1,2	+0,7	+3,4	+4,1	+3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	691	+3,8	+3,7	-1,3	+2,2	+3,7	+2,5	+4,2
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 710	+2,3	+0,1	+0,7	+0,9	+2,8	+2,9	+2,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 214	+3,9	+1,0	+1,4	+0,7	+3,5	+4,2	+4,0
Sparen der privaten Haushalte	168	+6,7	-2,8	+2,7	-0,8	+4,1	+4,9	+4,2
<b>Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge</b>								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr <sup>1</sup>		
			Sep 15	Okt 15	Zweimonatsdurchschnitt	Sep 15	Okt 15	Zweimonatsdurchschnitt
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	1 124	+3,3	+2,6	-1,2	-0,7	+4,3	+3,3	+3,8
Waren-Importe	910	+2,2	+3,8	-3,4	+0,3	+4,0	+3,0	+3,5
in konstanten Preisen von 2010								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>2</sup>	109,8	+1,9	-1,1	+0,7	-1,0	-0,1	+0,1	+0,0
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,7	-2,0	+0,7	-1,0	-0,3	+0,6	+0,1
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>2</sup>	108,6	+2,6	-1,3	+2,1	-0,7	+0,6	+1,9	+1,2
Inland	104,5	+1,2	-1,2	+2,8	-0,1	-0,1	+2,2	+1,1
Ausland	113,0	+4,1	-1,4	+1,6	-1,2	+1,2	+1,5	+1,4
<b>Auftragseingang (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>2</sup>	109,1	+2,9	-0,7	+1,8	-0,9	-0,7	-1,4	-1,1
Inland	103,4	+1,6	-0,4	+1,7	-0,8	+3,3	-0,5	+1,4
Ausland	113,7	+3,8	-1,1	+1,8	-1,1	-3,6	-2,2	-2,9
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,8	+7,2	.	+3,1	+9,2	.	+5,1
<b>Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)</b>								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,6	+1,3	+0,0	-0,4	-0,5	+3,5	+2,1	+2,8
Handel mit Kfz	103,9	+2,3	+0,5	.	-0,8	+6,6	.	+6,5

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 15	Okt 15	Nov 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	+1	-6	-13	-100	-83	-84
Erwerbstätige, Inland	42,70	+0,9	+51	+27	.	+381	+385	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+60	.	.	+688	.	.
Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 15	Okt 15	Nov 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15
Importpreise	103,6	-2,2	-0,7	-0,3	.	-4,0	-4,1	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,4	-0,4	.	-2,1	-2,3	.
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	-0,2	+0,0	+0,1	+0,0	+0,3	+0,4
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15
	+10,2	+10,1	+8,2	+9,1	+9,7	+10,1	+9,4	+10,9
	+17,1	+17,7	+15,7	+16,7	+18,4	+16,8	+14,2	+15,6
Geschäftserwartungen	+3,6	+2,7	+1,1	+1,7	+1,4	+3,5	+4,7	+6,3

<sup>1</sup>Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

<sup>2</sup>Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

Den Indikatoren zufolge dürfte auch in den kommenden Monaten nicht mit einer dynamischen Exportentwicklung zu rechnen sein. Dafür spricht, dass das weltwirtschaftliche Wachstum von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer Novemberprognose weniger günstig eingeschätzt wurde als noch im Juni. Das globale Wirtschaftswachstum wird spürbar durch die Schwäche in einigen Schwellenländern gedämpft, insbesondere China. Die geringere Rohstoffnachfrage und der damit einhergehende Preisverfall belasten die rohstoffexportierenden Länder wie z. B. Russland und Brasilien stark.

Dies dämpft auch die Nachfrage dieser Länder nach deutschen Gütern. Dem entgegen wirkt jedoch die zunehmende Nachfrage aus anderen Ländern, die von den niedrigen Ölpreisen profitieren. Zudem begünstigt der niedrige Wechselkurs des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher

Unternehmen bei Ausfuhren in den Nicht-Europaum. Für eine insgesamt verhaltene Entwicklung der Exporte sprechen auch die ifo Exporterwartungen, die sich zuletzt zwar verbessert haben, den langjährigen Durchschnittswert jedoch unterschreiten. Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland sind – trotz eines Anstiegs im Oktober – weiterhin deutlich abwärtsgerichtet.

### Guter Einstieg der Industrie in das Schlussquartal 2015

Die „harten“ Industrieindikatoren zeigen einen guten Start in das Schlussquartal. Die saisonbereinigte Industrieproduktion stieg im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht an. Dabei wurde die Herstellung von Investitionsgütern kräftig ausgeweitet. Die markanten Rückgänge der vorangegangenen beiden Monate konnten jedoch nicht vollständig aufgeholt werden. Dies lag insbesondere an den Ergebnissen der Hersteller von Produkten

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

des Maschinenbaus und von Kfz. Diese verbesserten sich im Oktober spürbar (jeweils saisonbereinigt +3,5 % gegenüber dem Vormonat), im Zweimonatsvergleich war die Entwicklung jedoch noch rückläufig. Im Zweimonatsdurchschnitt verzeichnete die industrielle Erzeugung insgesamt noch Produktionseinbußen gegenüber der Vorperiode.

Der Umsatz in der Industrie nahm im Oktober deutlich kräftiger zu als die Industrieproduktion. Sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft kam es zu Umsatzverbesserungen. Im Zweimonatsdurchschnitt zeigen die Inlandsumsätze nun eine Seitwärtsbewegung. Die Auslandsumsätze bleiben noch abwärtsgerichtet.

Auch der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe zog in saisonbereinigter Betrachtung im Oktober gegenüber dem Vormonat an. Hierzu trug vor allem eine spürbare Nachfragezunahme aus dem Inland nach Investitionsgütern und aus dem Ausland nach Konsumgütern bei. Im Zweimonatsvergleich flachte sich damit die Abwärtsbewegung der Auftragseingänge insgesamt etwas ab. Dabei erholt sich die Auftragslage aus dem Nicht-Euroraum leicht, da die Orders das zweite Mal in Folge ein Plus verbuchten.

Der aktuelle Anstieg der Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland ist eine gute Basis für eine weitere Ausweitung der Industrieproduktion. Zusammen mit der Stimmungsverbesserung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sprechen die Indikatoren damit dafür, dass sich die industrielle Aktivität im 4. Quartal wieder erholen dürfte, nachdem die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sich im 3. Vierteljahr leicht verringert hatte. Angesichts des schwachen globalen Wachstums sind die Risiken jedoch weiterhin hoch.

Die Bauproduktion wurde in saisonbereinigter Rechnung im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht ausgeweitet. Im Zweimonatsvergleich ist sie aufgrund des vorangegangenen Minus

noch rückläufig. Die Produktion im Hoch- und Tiefbau stieg den zweiten Monat in Folge an, während sich gleichzeitig das Produktionsergebnis im Ausbaugewerbe verringerte.

Den vorlaufenden Indikatoren zufolge zeichnet sich für das 4. Quartal eine etwas höhere Aktivität im Baugewerbe ab. Wachstumsförderer dürfte dabei der Wohnungsbau sein. So waren die Auftragseingänge im Wohnungsbau im 3. Quartal (aktuellere Daten liegen derzeit noch nicht vor) um 11,4 % gestiegen, während der Hochbau ohne Wohnungsbau und der Tiefbau spürbar rückläufig waren. Der Hochbau ohne Wohnungsbau hat sich zwar im Verlauf des 3. Quartals erholt, konnte jedoch die vorangegangenen Rückgänge der Neuaufträge nicht ausgleichen. Die Einschätzungen der aktuellen Lage durch die Bauunternehmen verbesserten sich im November laut ifo Umfrage deutlich. Dabei überwogen erstmals seit Dezember 2013 wieder die Antworten von Unternehmen, die eine Verbesserung der aktuellen Situation sehen. Die Baugenehmigungen, die einen Ausblick auf das nächste Jahr geben, zogen im 3. Quartal saisonbereinigt im Hochbau kräftig an. Hierbei dominierte der Wohnungsbau. Aber auch Baugenehmigungen für den Nichtwohnungsbau zogen merklich an, was vor allem an der Zunahme von Baugenehmigungen für öffentliche Bauherren lag.

### Beschäftigungsaufbau und Rückgang der Arbeitslosenzahl setzen sich fort

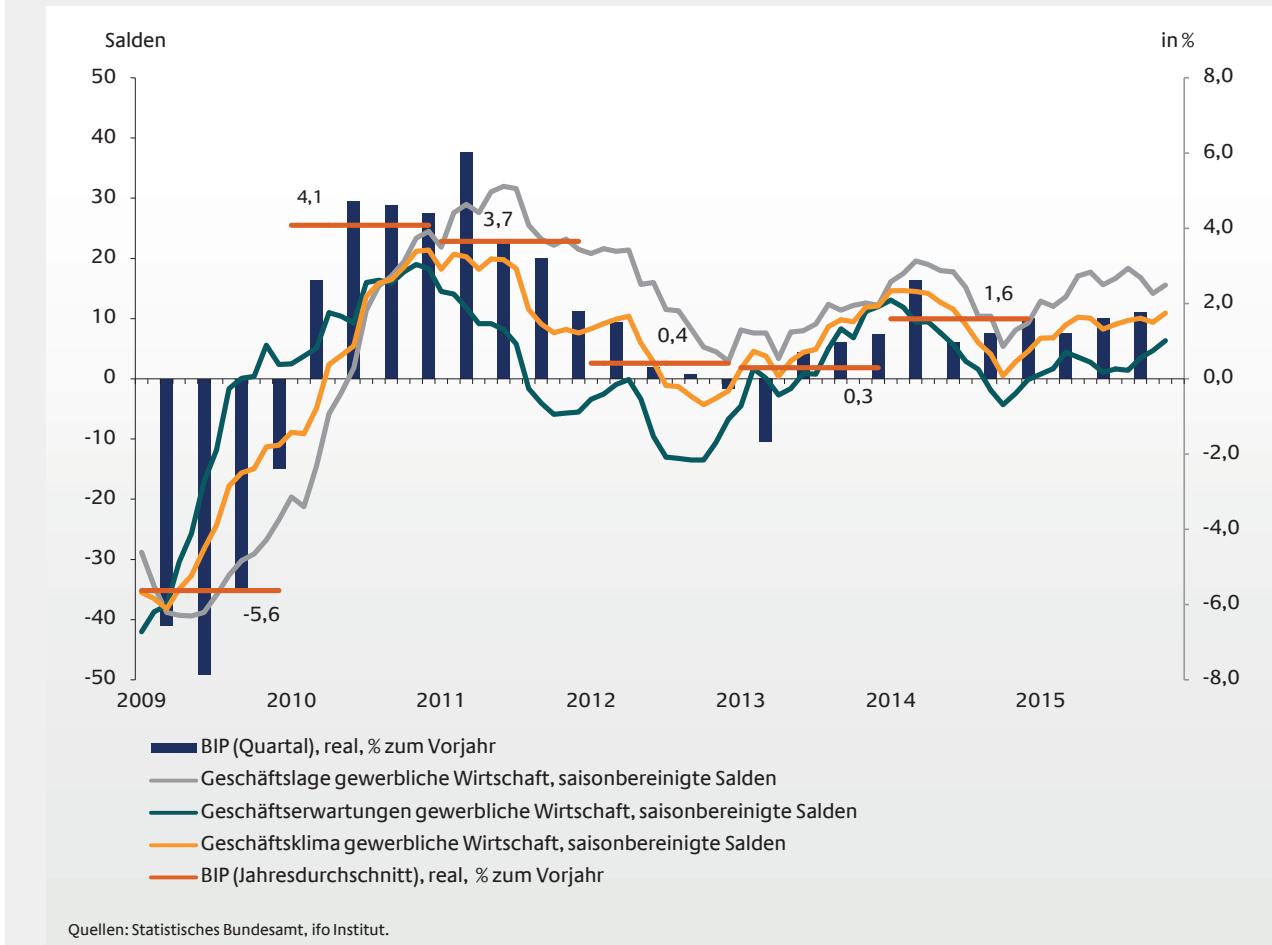
Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter sehr positiv: Der moderate Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt sich fort. Im November waren nach Ursprungswerten 2,63 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 84 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,0 % und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat ging die Arbeitslosenzahl um 13 000 Personen (saisonbereinigt) zurück.

Die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu. Die Erwerbstägenzahl lag nach Ursprungswerten

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



im September bei 43,50 Millionen Personen (+385 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 27 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs weiter kräftig und überschritt im September den Vorjahresstand um 688 000 Personen (+2,2 %). Der starke Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten glich damit den Rückgang bei geringfügig Beschäftigten und Selbständigen mehr als aus. Den stärksten Beschäftigungsauftakt gab es in den Bereichen Pflege und Soziales, Handel und bei sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Auch saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 60 000 Personen gegenüber dem Vormonat.

Neben der günstigen Konjunkturentwicklung tragen auch Einflussfaktoren wie sektoraler Wandel, eine hohe ArbeitskräfteNachfrage und Zuwanderung zum kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau bei. Die Flüchtlingsmigration dürfte aufgrund der zu erwartenden langsamen Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zunächst noch keinen signifikanten positiven Effekt auf die Erwerbstätigkeit haben. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylzuwanderungsländern ist laut Bundesagentur für Arbeit (BA) im November im Jahresvergleich um 28 000 Personen (48 %) gestiegen. Der Einfluss auf die gesamte Arbeitslosigkeit sei moderat.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Ausblick auf die kommenden Monate ist insgesamt gut. Die Arbeitskräfte nachfrage gemäß Stellenindex der BA (BA-X) sowie ifo Beschäftigungsbarometer ist klar aufwärtsgerichtet. Insbesondere im Dienstleistungsbereich werden weitere Arbeitskräfte gesucht, sowie in der Baubranche und im Handel. Im Industriesektor bleibt die Dynamik eher schwach. Die gute Arbeitsmarktentwicklung dürfte den privaten Konsum weiterhin begünstigen und eine wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung bleiben.

### Inländischer Konsum erweist sich als Wachstumsstütze

Im 3. Quartal expandierten die privaten Konsumausgaben deutlich kräftiger als im 2. Quartal und leisteten den größten Beitrag zum Anstieg des BIP. Auch die Konsumausgaben des Staates nahmen im Vergleich zum Vorquartal deutlicher zu.

Der private Konsum dürfte im weiteren Verlauf eine bedeutende Wachstumsstütze bleiben. Reale Einkommenszuwächse und die gute Beschäftigungsentwicklung stützen weiterhin die Kaufkraft der Verbraucher. Jedoch neigte der Einzelhandel zu Beginn des 4. Quartals zur Schwäche. Der Einzelhandel (ohne Kfz) ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken und auch im Zweimonatsdurchschnitt abwärtsgerichtet. Der Handel mit Kfz, für den nur Daten bis September vorliegen, zeigt nach einem leichten Anstieg im September ebenfalls einen Rückgang im Zweimonatsvergleich. Die Neuzulassungen bei Pkw waren zuletzt seitwärtsgerichtet, in den zwei Monaten zuvor jedoch deutlich abnehmend. Zudem war auch die Stimmung der Unternehmen im Einzelhandel den zweiten Monat in Folge weniger optimistisch, insbesondere bezüglich ihrer Erwartungen für die kommenden Monate. Allerdings liegt der Wert immer noch deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Auch das Verbrauchervertrauen bleibt trotz der seit

September zu beobachtenden Rückgänge auf einem hohen Niveau.

### Preisniveauentwicklung verläuft in ruhigen Bahnen

Die Verbraucherpreise sind im November 2015 marginal stärker angestiegen als in den Monaten zuvor. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland liegt um 0,4 % über dem Niveau des Vorjahres nach + 0,3 % im Oktober. Der kräftige Rückgang der Energiepreise dämpft die jährliche Inflationsrate nach wie vor. Die Energiepreisniveaus sanken erneut deutlich um 7,5 %. Dem wirkte im November jedoch ein beschleunigter Anstieg des Preisniveaus von Nahrungsmitteln entgegen. Nahrungsmittel verteuerten sich um 2,3 % und damit deutlich mehr als im Oktober (+ 1,6 %). Dienstleistungspreise erhöhten sich im November erneut merklich um + 1,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus ist in diesem Jahr von einem hohen Maß an Stabilität geprägt. Dies dürfte sich auch im nächsten Jahr fortsetzen. Der Rohölpreis lag im November immer noch deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (rund - 45 %, Sorte Brent pro Barrel in US-Dollar). Gegenüber dem Vormonat sank das Ölpreisniveau ebenfalls weiter. Dies deutet zusammen mit der Verbilligung einiger Nicht-Energierohstoffe auf eine weiterhin schwache Zunahme der weltwirtschaftlichen Aktivität hin. Damit dürfte die rückläufige Entwicklung der Import- und Erzeugerpreise noch einige Monate anhalten, wobei die dämpfende Wirkung des Rohölpreises allmählich nachlässt – vorausgesetzt, es kommt zu keinen weiteren Verbilligungen im Verlauf. Gleichzeitig wird aufgrund des Auslaufens der dämpfenden Einflüsse mit einem etwas höheren Preisniveauanstieg auf der Konsumentenstufe gerechnet als in diesem Jahr. In ihrer Herbstprojektion geht die Bundesregierung für das Jahr 2016 nach einer Zunahme um 0,3 % im laufenden Jahr von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,1 % aus.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2015

# Steuereinnahmen im November 2015

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2015 im Vorjahresvergleich um 1,3 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der im Jahresverlauf vergleichsweise niedrige Aufkommensanstieg ist auf eine überhöhte Vorjahresbasis bei den Steuern vom Umsatz zurückzuführen. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer konnten dagegen im direkten Vorjahresvergleich mit + 6,6 % erneut einen deutlichen Zuwachs erfahren und an die gute Entwicklung der Vormonate anknüpfen. Sowohl die veranlagte Einkommensteuer als auch die Körperschaftsteuer hatten zwar Rückgänge zu verzeichnen, allerdings ist bei beiden Steuerarten das Aufkommen im November traditionell gering. Das Steueraufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zeigt sich weiterhin sehr volatil und konnte im Berichtsmonat einen deutlichen Zuwachs verbuchen. Auch das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne entwickelt sich weiterhin sprunghaft und lag im November deutlich unter dem Niveau des Vorjahrs.

Geringfügig über dem Vorjahresniveau lag mit + 0,3 % das Aufkommen bei den Bundessteuern. Leichte Abschläge im Steueraufkommen verzeichneten die Energie-, Strom-, und Kraftfahrzeugsteuer. Zuwächse bei der Tabak-, Versicherung- und Kernbrennstoffsteuer konnten diese in Summe ausgleichen. Weiterhin waren positive Beiträge des Solidaritätszuschlags, der Luftverkehrsteuer sowie der kleineren Bundessteuern zu verzeichnen. Demgegenüber entwickelten sich die Ländersteuern mit einem Zuwachs von 16,3 % erneut sehr dynamisch. Ursächlich ist hier die Zunahme der Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 27,9 % gegenüber November 2014, wohingegen die Erbschaftsteuer nach Zuwachsen in den Vormonaten aktuell im Vorjahresvergleich einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatte.

## EU-Eigenmittel

Im November 2015 stiegen die Zolleinnahmen gegenüber dem Vorjahrsmonat um 9,2 %. Die Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittelabrufe aus dem Bundeshaushalt waren etwas geringer als noch im November 2014. Die Abrufe orientieren sich am jeweiligen Finanzbedarf der Europäischen Union (EU) und bewegen sich – aufs Jahr gerechnet – im geplanten Rahmen. Die EU-Eigenmittel insgesamt sanken damit im aktuellen Berichtsmonat geringfügig um 0,2 %. Kumuliert bis November 2015 liegen die an die EU abzuführenden Eigenmittel um 3,0 % über dem Vorjahresniveau.

## Gesamtüberblick kumuliert bis November 2015

Die Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf spiegelt die günstige konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wider. Von dem moderaten Wirtschaftsaufschwung profitieren besonders die konjunkturreagiblen Steuerarten. Sie werden durch steigende Beschäftigung und Löhne sowie expandierende Gewinne begünstigt.

In Summe bis November 2015 stieg das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) um 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern erhöhten sich um 4,6 %, die der Bundessteuern um 4,8 %. Allerdings ist die Wachstumsrate der Bundessteuern durch eine geringe Vorjahresbasis infolge der Rückerstattung bei der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 weiterhin überzeichnet.

## Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung der Abzugsbeträge verringerten sich im November 2015 um 6,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Während die reinen

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2015

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2015	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	13 770	+6,6	155 905	+6,7	179 100	+6,6
veranlagte Einkommensteuer	-519	X	35 263	+6,5	48 650	+6,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	653	+19,1	15 893	+3,4	17 010	-2,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	354	-31,4	7 496	+2,7	8 123	+4,0
Körperschaftsteuer	-805	X	13 570	+2,0	20 970	+4,6
Steuern vom Umsatz	18 906	-0,5	191 492	+3,0	209 400	+3,1
Gewerbesteuерumlage	210	+13,8	3 132	+3,3	4 023	+4,0
erhöhte Gewerbesteuерumlage	59	-1,8	2 614	+3,9	3 401	+3,9
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>32 629</b>	<b>+0,8</b>	<b>425 365</b>	<b>+4,6</b>	<b>490 677</b>	<b>+4,6</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 425	-0,6	31 141	-0,6	39 850	+0,2
Tabaksteuer	1 425	+5,0	12 680	+0,5	14 640	+0,2
Branntweinsteuern inklusive Alkopopsteuer	175	+2,8	1 863	+1,1	2 075	+0,7
Versicherungsteuer	849	+2,7	11 857	+2,9	12 400	+2,9
Stromsteuer	527	-8,8	5 993	-2,4	6 550	-1,3
Kraftfahrzeugsteuer	607	-8,4	8 201	+2,8	8 800	+3,5
Luftverkehrsteuer	101	+9,9	906	+3,9	1 030	+4,1
Kernbrennstoffsteuer	182	+20,3	1 371	X	1 340	+89,3
Solidaritätszuschlag	801	+1,7	13 427	+6,2	15 750	+4,7
übrige Bundessteuern	132	+3,7	1 332	+1,1	1 453	+0,6
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>8 223</b>	<b>+0,3</b>	<b>88 770</b>	<b>+4,8</b>	<b>103 888</b>	<b>+2,0</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	421	-1,1	5 610	+12,4	6 011	+10,2
Grunderwerbsteuer	979	+27,9	10 270	+20,8	11 150	+19,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	145	+15,8	1 565	+1,7	1 658	-0,9
Biersteuer	52	-6,2	626	-1,2	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	20	+5,1	374	+1,6	413	+1,6
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 617</b>	<b>+16,3</b>	<b>18 446</b>	<b>+15,1</b>	<b>19 908</b>	<b>+13,4</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	447	+9,2	4 741	+13,5	5 100	+12,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	287	-5,3	3 857	+4,1	4 140	+3,1
BNE-Eigenmittel	1 551	-1,6	19 361	+0,5	21 460	-4,3
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>2 285</b>	<b>-0,2</b>	<b>27 958</b>	<b>+3,0</b>	<b>30 700</b>	<b>-0,9</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>18 663</b>	<b>-6,2</b>	<b>241 205</b>	<b>+4,6</b>	<b>281 402</b>	<b>+3,9</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>19 513</b>	<b>+9,3</b>	<b>234 286</b>	<b>+5,4</b>	<b>267 654</b>	<b>+5,3</b>
<b>EU</b>	<b>2 285</b>	<b>-0,2</b>	<b>27 958</b>	<b>+3,0</b>	<b>30 700</b>	<b>-0,9</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 454</b>	<b>+5,6</b>	<b>33 872</b>	<b>+7,6</b>	<b>39 817</b>	<b>+7,5</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>42 915</b>	<b>+1,3</b>	<b>537 322</b>	<b>+5,0</b>	<b>619 573</b>	<b>+4,5</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2015.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2015

Bundessteuern nahezu auf Vorjahresniveau blieben, sank der Anteil des Bundes an den gemeinschaftlichen Steuern erheblich. Über eine geänderte Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im laufenden Jahr zulasten des Bundes beteiligt sich der Bund u. a. zu einem gewichtigen Anteil an den Kosten zur Bewältigung der Asylmigration. Zuwächse bei den Bundesanteilen an der Lohnsteuer sowie den nicht veranlagten Steuern von Ertrag konnten dies nicht kompensieren. Kumuliert von Januar bis November 2015 legten die Steuereinnahmen des Bundes um 4,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im November 2015 mit +9,3% gegenüber dem Vorjahr erneut dynamischer als die des Bundes. Zwei Effekte sind hierfür ursächlich: Zum einen profitieren die Länder abermals von sehr kräftig steigenden Einnahmen aus Ländersteuern. Aber zum anderen trägt auch die oben angeführte Umverteilung von Umsatzsteueraufkommen zur Bewältigung der Asylmigration zu dieser unterschiedlichen Entwicklung bei. Kumuliert bis November 2015 nahmen die Steuereinnahmen der Länder um 5,4% zu. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg im November 2015 um 5,6%, kumuliert bis November 2015 um 7,6%.

## Gemeinschaftliche Steuern

### Lohnsteuer

Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen. Im November 2015 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 5,8 % über dem Vorjahresniveau. Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld stieg um 1,8% gegenüber dem Vorjahr an, nachdem im Vormonat noch Nachzahlungen infolge der zum 1. Januar 2015 rückwirkenden Erhöhung des Kindergelds geleistet worden waren. Abzüglich des Kindergelds und der ebenfalls aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Altersvorsorgezulage lag das Nettoaufkommen der Lohnsteuer um 6,6 % über dem

Vorjahresniveau. In den Monaten Januar bis November 2015 stieg damit das Lohnsteueraufkommen kumuliert um 6,7%.

### Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer ist im aufkommensschwachen Monat November durch die Veranlagungstätigkeit geprägt. Per saldo ergaben sich im aktuellen Berichtsmonat Erstattungen in Höhe von 0,8 Mrd. €. Auszahlungen aufgrund von Körperschaftsteuerguthaben spielten – ebenso wie die Investitionszulage – aktuell keine Rolle. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis November 2015 stieg das Körperschaftsteueraufkommen um 2,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Veranlagte Einkommensteuer

Auch für die veranlagte Einkommensteuer ist der November ein aufkommensschwacher Monat, sodass starke Schwankungen bei den Veränderungsraten nicht überinterpretiert werden sollten. So verringerte sich das Bruttoaufkommen im Berichtsmonat um 24,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach Abzug von Investitionszulage und Eigenheimzulage sowie Auszahlung der Arbeitnehmererstattungen ergaben sich Nettoerstattungen von 0,5 Mrd. €. Kumuliert von Januar bis November liegt der Aufkommenszuwachs bei 6,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Der Eingang des Steueraufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist durch starke unterjährige Schwankungen gekennzeichnet. Die im Jahresvergleich differierende Terminierung von Ausschüttungszeitpunkten der Kapitalgesellschaften dürfte diese Entwicklung wesentlich bestimmen. Aktuell stieg das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern im November 2015 um 8,7% gegenüber dem Vorjahresmonat. Hiervon waren Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern in Höhe von 113 Mio. € zu leisten.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2015

Diese lagen um 43 Mio. € oder 27,9 % unter dem Vorjahresniveau. Im Ergebnis stieg das Nettoaufkommen um 19,1 % gegenüber dem November 2014. Wichtiger erscheint hier der Blick auf das Gesamtsteueraufkommen. Im Zeitraum Januar bis November 2015 erhöhten sich die kassenmäßigen Einnahmen kumuliert um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr.

#### Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Auch die Entwicklung des Aufkommens der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im Jahresverlauf durch eine hohe Volatilität geprägt. Hierfür könnte das erratische Aufkommen aus Veräußerungserträgen maßgeblich sein. Allerdings gibt es hierzu keine statistischen Erkenntnisse, da kein getrennter Nachweis über die jeweiligen Aufkommensanteile erfolgt. Im November lagen die Einnahmen aus dieser Steuerart um 31,4 % unter dem Vorjahresniveau. Kumuliert im Zeitraum Januar bis November 2015 stieg das Steueraufkommen dennoch um 2,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

#### Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im November 2015 leicht unter dem Vorjahresniveau (- 0,5 %). Sowohl das Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer (- 0,4 %) als auch die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer (- 0,8 %) waren rückläufig. Allerdings überhöht ein im November 2014 sehr kräftiges Aufkommen die Vorjahresbasis, wodurch die Wachstumsrate im aktuellen Monat nach unten verzerrt ist. Zudem ist die unterjährige Aufkommensentwicklung der Umsatzsteuer

durch hohe Schwankungen gekennzeichnet und sollte daher nicht überinterpretiert werden. Kumuliert bis November 2015 ist mit einem Zuwachs von 3,0 % weiterhin eine deutliche Zunahme des Aufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

#### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im November 2015 im Vorjahresvergleich leicht um 0,3 %. Zuwächse verzeichneten die Tabaksteuer (+ 5,0 %), die Versicherungsteuer (+ 2,7 %), die Kernbrennstoffsteuer (+ 20,3 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 1,7 %) sowie kleinere Verbrauchsteuern. Dagegen sanken die Einnahmen aus der Energiesteuer (- 0,6 %), der Stromsteuer (- 8,8 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (- 8,4 %). In den Monaten Januar bis November stieg das kumulierte Aufkommen der Bundessteuern um 4,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

#### Ländersteuern

Das Aufkommen aus den Ländersteuern stieg im November 2015 erneut kräftig um +16,3 % an. Der Zuwachs wurde stark von der Entwicklung der Grunderwerbsteuer mit einem Zuwachs von + 27,9 % getragen. Zudem stieg das Steueraufkommen aus Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 15,8 %) sowie der Feuerschutzsteuer (+ 4,2 %). Sowohl die Erbschaftsteuer (- 1,1 %) als auch die Biersteuer (- 6,2 %) konnten den Trend der vergangenen Monate nicht fortsetzen und hatten Rückgänge zu verzeichnen. Im Zeitraum Januar bis November 2015 stieg das Aufkommen aus den reinen Ländersteuern kumuliert um 15,1 %.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2015

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2015

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich November 2015 auf 275,9 Mrd. € und lagen um +2,1 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+0,8%). Dies wird vor allem von jeweils erhöhten Zuweisungen an die Länder für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II; z. B. Leistungen für Unterkunft und Heizung: +1,1 Mrd. €), Zuweisungen insbesondere an verschiedene Rentenversicherungs träger (+1,5 Mrd. €) sowie von der bereits im September erfolgten Zuweisung an den Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. € verursacht. Diese Erhöhungen liegen im Rahmen der Haushaltsansätze für 2015. Gleichzeitig profitiert

der Bund bis Ende November von um 4,5 Mrd. € niedrigeren Zinsausgaben (-17,5%).

## Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen bis einschließlich November liegen mit 267,2 Mrd. € um 14,8 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (+5,9%). Die Steuereinnahmen des Bundes bis November beliefen sich auf 240,4 Mrd. € und lagen um 10,4 Mrd. € (+4,5%) über dem Ergebnis vom November 2014. Bis einschließlich November 2015 betrug der Finanzierungssaldo -8,6 Mrd. €. Die Kassenmittel unterliegen jedoch im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> November 2015
<b>Ausgaben (Mrd. €)</b>	<b>295,5</b>	<b>301,9</b>	<b>275,9</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,8
<b>Einnahmen (Mrd. €)</b>	<b>295,1</b>	<b>306,6</b>	<b>267,2</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+5,9
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>270,8</b>	<b>280,1</b>	<b>240,4</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,5
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>-0,3</b>	<b>4,7</b>	<b>-8,6</b>
Finanzierung/Verwendung:	0,3	-4,7	8,6
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	19,9
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,2
Zuführung an Rücklagen	-	-5,0	-
<b>Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo<sup>2</sup> (Mrd. €)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-11,5</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>2</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2015

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November	Januar bis November	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>69 720</b>	<b>23,6</b>	<b>66 614</b>	<b>22,1</b>	<b>62 245</b>	<b>59 733</b>	<b>-4,0</b>
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 380	2,2	6 418	2,1	5 041	5 326	+5,7
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	29 083	29 708	+2,1
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	12 586	13 409	+6,5
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 221	1,4	3 540	3 733	+5,4
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>18 822</b>	<b>6,4</b>	<b>20 757</b>	<b>6,9</b>	<b>16 419</b>	<b>17 691</b>	<b>+7,7</b>
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	2 375	3 167	+33,4
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 147	3,7	8 361	8 773	+4,9
<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>148 783</b>	<b>50,4</b>	<b>154 301</b>	<b>51,1</b>	<b>142 365</b>	<b>146 220</b>	<b>+2,7</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,8	98 233	99 743	+1,5
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 944	11,2	29 571	31 102	+5,2
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 300	6,7	18 363	18 776	+2,3
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	5 350	1,8	3 769	4 873	+29,3
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 396	2,5	8 214	2,7	6 851	7 345	+7,2
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	2 001	1 912	-4,4
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 889</b>	<b>0,6</b>	<b>2 041</b>	<b>0,7</b>	<b>1 486</b>	<b>1 565</b>	<b>+5,3</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 010</b>	<b>0,7</b>	<b>2 194</b>	<b>0,7</b>	<b>1 684</b>	<b>1 667</b>	<b>-1,0</b>
Wohnungswesen, Wohnungsbaurämie	1 530	0,5	1 643	0,5	1 436	1 393	-3,0
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>862</b>	<b>0,3</b>	<b>972</b>	<b>0,3</b>	<b>585</b>	<b>580</b>	<b>-0,8</b>
<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 076</b>	<b>1,4</b>	<b>4 237</b>	<b>1,4</b>	<b>3 580</b>	<b>3 654</b>	<b>+2,1</b>
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	532	800	+50,5
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 530	1 452	-5,1
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>15 993</b>	<b>5,4</b>	<b>16 926</b>	<b>5,6</b>	<b>13 642</b>	<b>14 080</b>	<b>+3,2</b>
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	6 679	6 649	-0,4
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 274	1,4	4 961	1,6	3 586	4 062	+13,3
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>33 718</b>	<b>11,4</b>	<b>38 858</b>	<b>12,9</b>	<b>32 086</b>	<b>30 946</b>	<b>-3,6</b>
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 267	7,0	25 485	21 031	-17,5
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>295 486</b>	<b>100,0</b>	<b>301 900</b>	<b>100,0</b>	<b>273 755</b>	<b>275 901</b>	<b>+0,8</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2015

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November	Januar bis November	
<b>Konservative Ausgaben</b>	<b>266 210</b>	<b>90,1</b>	<b>272 338</b>	<b>90,2</b>	<b>249 320</b>	<b>251 211</b>	<b>+0,8</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>29 209</b>	<b>9,9</b>	<b>29 996</b>	<b>9,9</b>	<b>27 663</b>	<b>28 311</b>	<b>+2,3</b>
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 748	7,2	20 051	20 428	+1,9
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	7 612	7 882	+3,5
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>23 174</b>	<b>7,8</b>	<b>24 480</b>	<b>8,1</b>	<b>19 073</b>	<b>20 007</b>	<b>+4,9</b>
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	1 129	1 242	+10,0
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	6 667	6 920	+3,8
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 495	4,5	11 277	11 845	+5,0
<b>Zinsausgaben</b>	<b>25 916</b>	<b>8,8</b>	<b>21 267</b>	<b>7,0</b>	<b>25 485</b>	<b>21 031</b>	<b>-17,5</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 308</b>	<b>63,4</b>	<b>195 919</b>	<b>64,9</b>	<b>176 544</b>	<b>181 220</b>	<b>+2,6</b>
an Verwaltungen	21 108	7,1	24 666	8,2	17 757	19 463	+9,6
an andere Bereiche	166 200	56,2	171 253	56,7	158 787	161 757	+1,9
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	23 129	23 602	+2,0
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	29 270	9,7	26 120	26 922	+3,1
Sozialversicherungen	104 719	35,4	106 761	35,4	102 776	104 463	+1,6
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>604</b>	<b>0,2</b>	<b>676</b>	<b>0,2</b>	<b>555</b>	<b>643</b>	<b>+15,9</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>29 275</b>	<b>9,9</b>	<b>29 880</b>	<b>9,9</b>	<b>24 435</b>	<b>24 690</b>	<b>+1,0</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>21 411</b>	<b>7,2</b>	<b>22 018</b>	<b>7,3</b>	<b>18 004</b>	<b>18 447</b>	<b>+2,5</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	12 768	17 316	+35,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 354	0,4	835	850	+1,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 416	1,5	71	0,0	4 401	281	-93,6
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 865</b>	<b>2,7</b>	<b>7 863</b>	<b>2,6</b>	<b>6 431</b>	<b>6 243</b>	<b>-2,9</b>
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	5 615	5 300	-5,6
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 244	0,4	654	830	+26,9
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	161	114	-29,2
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>- 319</b>	<b>-0,1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>295 486</b>	<b>100,0</b>	<b>301 900</b>	<b>100,0</b>	<b>273 755</b>	<b>275 901</b>	<b>+0,8</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2015

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November	Januar bis November	
<b>I. Steuern</b>	<b>270 774</b>	<b>91,7</b>	<b>280 068</b>	<b>91,3</b>	<b>229 995</b>	<b>240 363</b>	<b>+4,5</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	229 735	74,9	191 973	198 099	+3,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	119 593	39,0	92 112	97 595	+6,0
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	24,7	60 503	64 589	+6,8
veranlagte Einkommensteuer	19 385	6,6	20 634	6,7	14 068	14 986	+6,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	8 200	2,7	7 679	7 937	+3,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	3 212	3 298	+2,7
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,4	6 650	6 785	+2,0
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	108 475	35,4	98 604	99 221	+0,6
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,5	1 257	1 283	+2,1
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,2	31 338	31 141	-0,6
Tabaksteuer	14 612	5,0	14 190	4,6	12 619	12 680	+0,5
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,1	12 644	13 427	+6,2
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	11 522	11 857	+2,9
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	6 140	5 993	-2,4
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	7 981	8 201	+2,8
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-1 611	1 371	-185,1
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	1 844	1 865	+1,1
Kaffeesteuer	1 016	0,3	1 020	0,3	921	937	+1,7
Luftverkehrsteuer	990	0,3	1 010	0,3	872	906	+3,9
Ergänzungzuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-7 988	-7 606	-4,8
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,5	-19 267	-19 361	+0,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 015	-1,4	-4 310	-1,4	-3 705	-3 857	+4,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-6 691	-6 691	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-2,9	-8 992	-8 992	+0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>24 373</b>	<b>8,3</b>	<b>26 553</b>	<b>8,7</b>	<b>22 405</b>	<b>26 873</b>	<b>+19,9</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 994	2,3	6 088	6 168	+1,3
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	183	210	+14,8
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 381	0,8	2 632	2 547	-3,2
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>295 147</b>	<b>100,0</b>	<b>306 620</b>	<b>100,0</b>	<b>252 401</b>	<b>267 237</b>	<b>+5,9</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

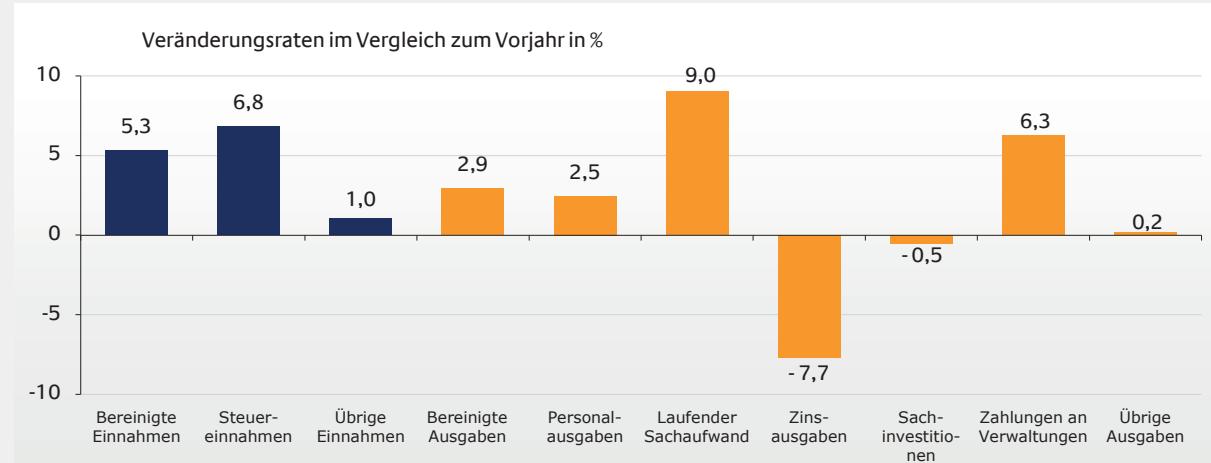
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2015

# Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015

Die Einnahmen der Länder erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,3%, während die Ausgaben um 2,9% zunahmen. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,8 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug bis Ende

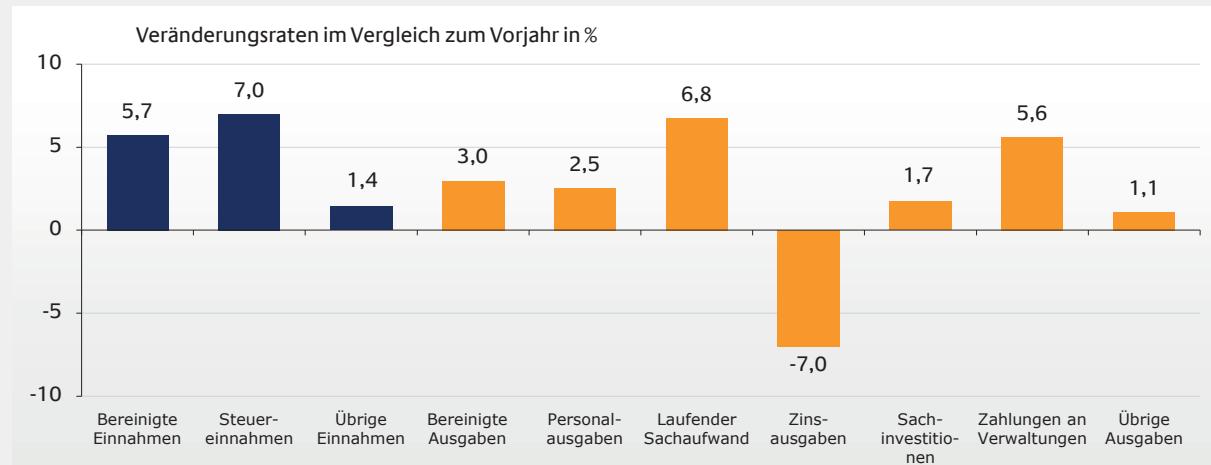
Oktober rund - 1,4 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verbesserung um 5,9 Mrd. €. Zurzeit sehen die Planungen der Länder für das Jahr 2015 ein Gesamtdefizit von insgesamt - 7,4 Mrd. € vor.

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015, Flächenländer (West)

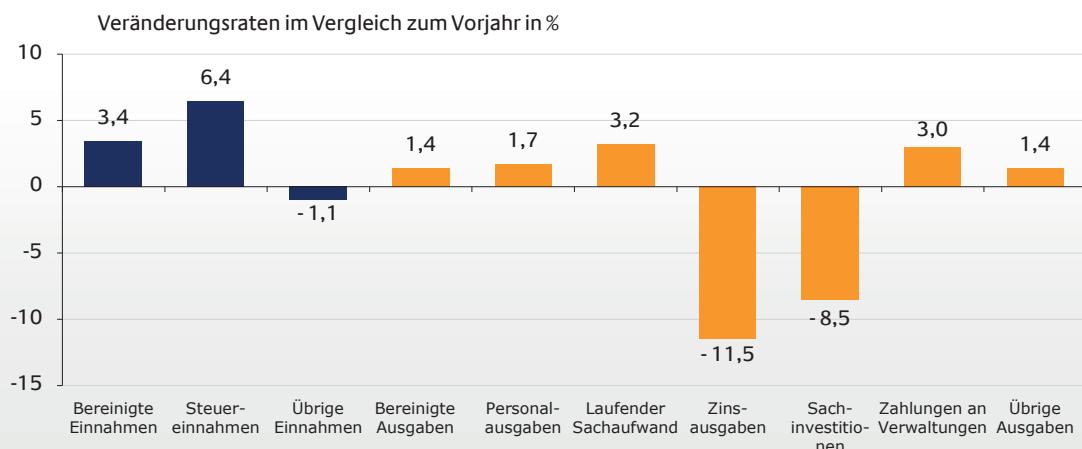


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

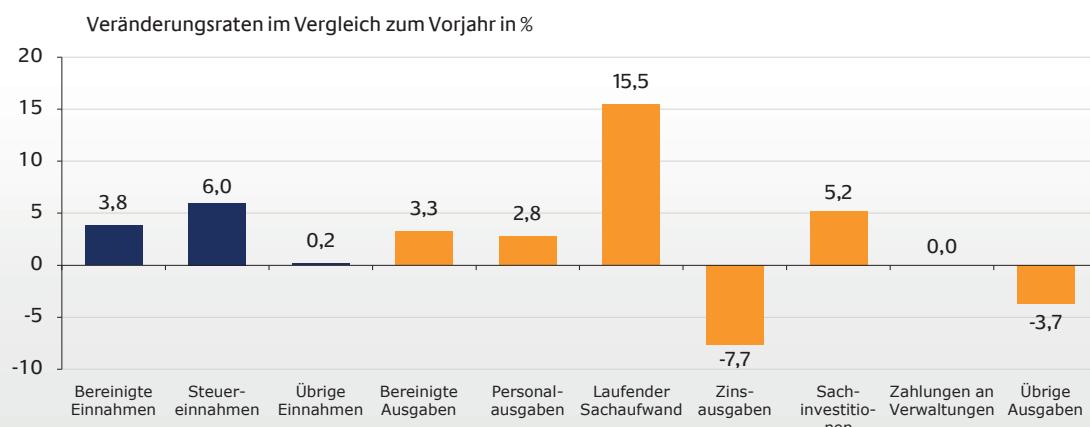
### ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2015

#### Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 1,12% (1,14% im Oktober).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 0,47% (0,52% Ende Oktober).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende November auf 0,114% (- 0,068% Ende Oktober).

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 3. Dezember 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05% und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30% zu belassen sowie den Zinssatz für die Einlagefazilität mit Wirkung vom 9. Dezember 2015 um 10 Basispunkte auf - 0,30% zu senken.

Der deutsche Aktienindex betrug 11 382 Punkte am 30. November (10 850 Punkte am 30. Oktober). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 418 Punkten am 30. Oktober auf 3 506 Punkte am 30. November.

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag bei 5,3% im Oktober nach 4,9% im September und 4,9% im August. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von August bis Oktober bei 5,1%, verglichen mit 5,0% in der Zeit von Juli bis September.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum

belief sich im Oktober auf 0,9% (0,7% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,70% im Oktober gegenüber 2,71% im September.

## Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Von Januar bis November 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen insgesamt 173,3 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 162,2 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 11,1 Mrd. € emittiert. Darin enthalten sind die Bundeswertpapiere in Höhe von 0,4 Mrd. €, die am Sekundärmarkt zurückgekauft wurden.

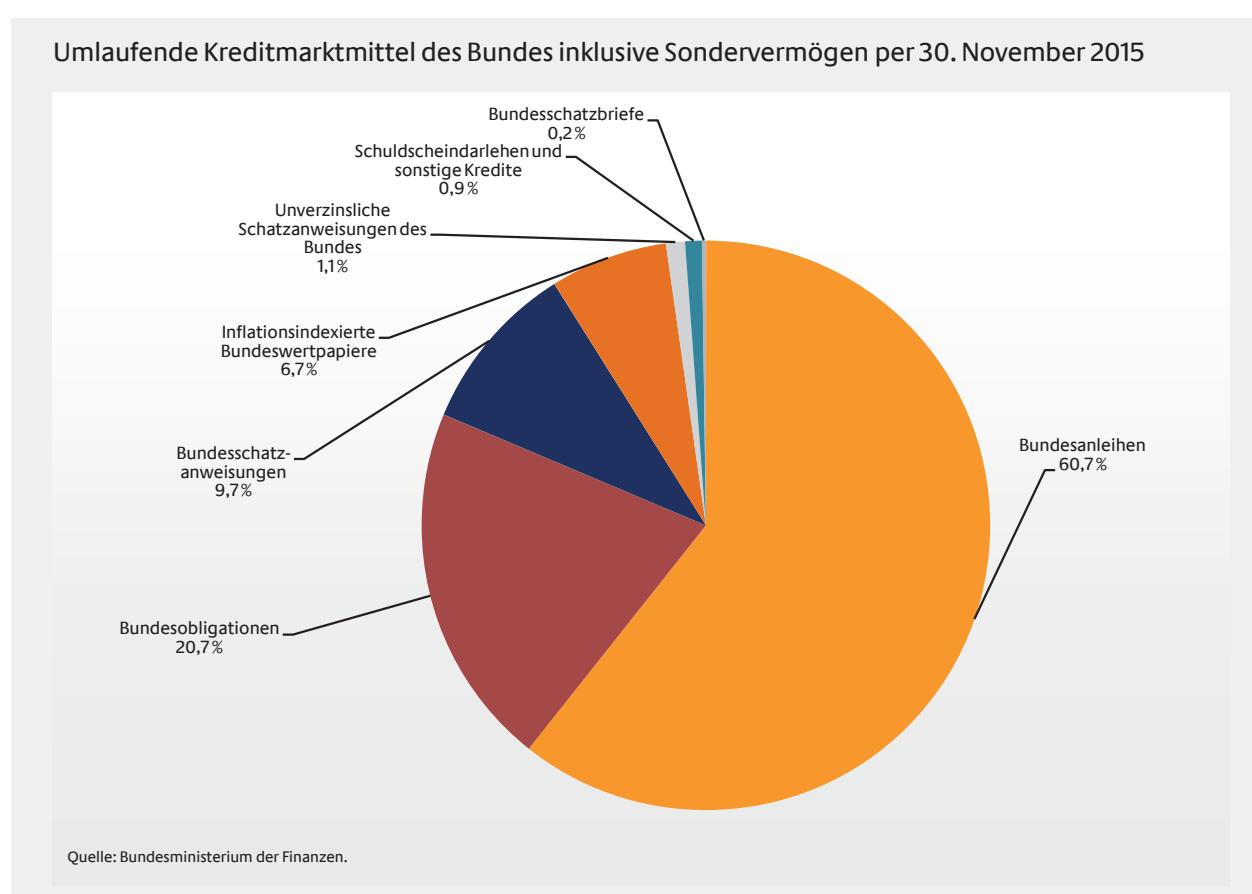
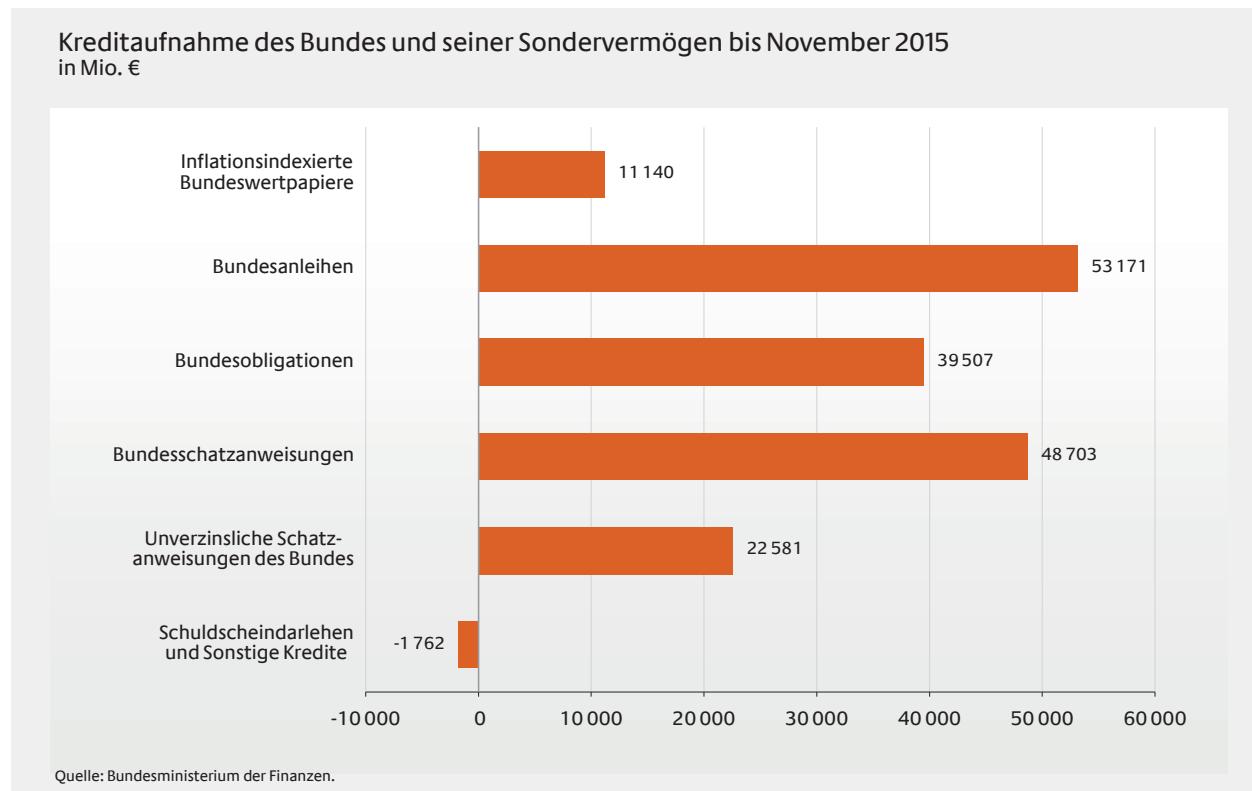
Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 203,2 Mrd. € (davon 181,2 Mrd. € Tilgungen und 22,0 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 29,9 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 171,0 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 2,1 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 0,3 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tiligungsfonds eingesetzt.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES



 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	.	.	-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	21,0	-	-	-	.	.	44,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-	-	-	-	16,0	.	.	52,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	.	.	45,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	.	38,0
Bundesschatzbriefe und Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,1	0,0	0,1	.	0,9
Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,6	0,1	0,0	0,3	0,0	.	1,3
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen</b>	<b>27,0</b>	<b>21,0</b>	<b>19,0</b>	<b>23,1</b>	<b>2,1</b>	<b>17,2</b>	<b>25,9</b>	<b>4,1</b>	<b>19,1</b>	<b>20,3</b>	<b>2,1</b>	.	<b>181,2</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3	10,1	0,7	0,5	0,4	-0,2	.	22,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvorschau/aktueller Emissionskalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	7. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	14. Oktober 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN 110461	Aufstockung	21. Oktober 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	28. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	11. November 2015	5 Jahre /fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN 110462	Neuemission	18. November 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	25. November 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN 110462	Aufstockung	9. Dezember 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
<b>4. Quartal 2015 insgesamt</b>				<b>28 Mrd. €</b>	

<sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119543 WKN 111954	Neuemission	12. Oktober 2015	6 Monate/fällig 13. April 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
<b>4. Quartal 2015 insgesamt</b>				<b>2 Mrd. €</b>	<b>2 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/ Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvorschau)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
<b>davon im 4. Quartal</b>					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030575 WKN 103057	Aufstockung	6. Oktober 2015	30 Jahre/fällig 15. April 2046 Zinslaufbeginn 15. April 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	500 Mio. €	500 Mio. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	10. November 2015	15 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1Mrd. €

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 7. und 8. Dezember 2015 in Brüssel

In der Eurogruppe am 7. Dezember 2015 standen die Bankenunion, Implikationen der Rentensysteme für die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen sowie die Lage in Griechenland und Irland auf der Tagesordnung.

Die Vorsitzende des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM), Danièle Nouy, unterrichtete die Minister im Rahmen der Rechenschaftspflichten des SSM sowie anlässlich der nunmehr einjährigen operativen Tätigkeit über die bisherigen Arbeiten und aktuelle Schwerpunkte. Die Eurogruppe wurde auch über Fragen im Zusammenhang mit der Prüftätigkeit des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) in Bezug auf den SSM informiert.

Zu Griechenland informierten die Europäische Kommission und Griechenland die Minister über den Umsetzungsstand der aktuellen Meilensteine als Voraussetzung für die Auszahlung der noch verbleibenden Subtranche von 1 Mrd. € aus der ersten Tranche des Hilfsprogramms. Zudem fand ein Austausch zum Stand der Rekapitalisierung der Banken in Griechenland statt.

Zu Irland berichteten die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Stabilitätsmechanismus mündlich über die Ergebnisse der vierten Überprüfung im Rahmen der Nachprogrammüberwachung. Sie bestätigten die hohe Wahrscheinlichkeit, dass Irland seine Zahlungsverpflichtungen aus dem Programm werde erfüllen können.

Im Rahmen ihrer horizontalen thematischen Diskussionen befasste sich die Eurogruppe mit den Rentensystemen und ihrer Rolle für

die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Belgien, Finnland und Spanien berichteten über ihre jeweiligen Reformerfahrungen. Die Europäische Kommission und die Eurogruppen-Arbeitsgruppe wurden beauftragt, sich mit Blick auf das Europäische Semester mit möglichen Benchmarks für tragfähige Rentensysteme zu befassen.

Im ECOFIN standen Banken- und Steuerthemen, der Kampf gegen Terrorismusfinanzierung, das Europäische Semester, die Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Statistik und der Jahresbericht des EuRH auf der Tagesordnung.

Beim informellen ECOFIN-Frühstück tauschten sich die Minister über die Wirtschaftslage aus. Im Anschluss diskutierten die Minister auf deutsche Initiative hin die konkrete Umsetzung der Finanzierungszusagen des EU-Türkei-Gipfels.

Weiter billigten die Minister bei einem informellen Treffen die Regelungen für die Brückenfinanzierung beim Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) aus nationalen, nicht vergemeinschafteten Kreditlinien, die nur nach vorheriger Zustimmung des jeweiligen Mitgliedstaats gezogen werden können. Dazu nahmen sie auch eine vom Wirtschafts- und Finanzausschuss vorbereitete entsprechende Erklärung an.

Die Minister der Mitgliedstaaten, die an der Verstärkten Zusammenarbeit (VZ) zur Einführung der Finanztransaktionsteuer (FTT) teilnehmen, informierten den ECOFIN über den aktuellen Sachstand der Beratungen zur FTT. Darüber hinaus kamen zehn an der VZ beteiligte Mitgliedstaaten überein, eine

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

gemeinsame politische Erklärung zu einzelnen Kernbestandteilen einer zukünftigen Steuer abzugeben.

Der ECOFIN diskutierte den Stand der Verhandlungen zur Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) und nahm Schlussfolgerungen zur Zukunft des Code of Conduct zur Unternehmensbesteuerung sowie zum Thema Gewinnkürzung und -verlagerung (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) an.

Die Europäische Kommission stellte ihren am 24. November 2015 vorgelegten Vorschlag zur Schaffung einer Einheitlichen Einlagen-sicherung (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) vor. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble äußerte sich ablehnend zum Vorschlag der Europäischen Kommission: Die Arbeiten auf europäischer Ebene dürften aktuell nicht auf die Teilung von Risiken im Bankensektor gerichtet sein. Stattdessen müsse der Abbau von Risiken Priorität haben. Zudem sei die für den Vorschlag gewählte Rechtsgrundlage nicht tragfähig.

Zur Umsetzung der Bankenunion unterrichtete die Europäische Kommission den ECOFIN über den Stand der Umsetzung in den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Banken-restrukturierungs- und -abwicklungsrichtlinie (BRRD), der Einlagensicherungsrichtlinie sowie der Ratifizierung der intergouvernementalen Vereinbarung (IGA) zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund – SRF). Das IGA wurde kurzfristig von einer hinreichenden Anzahl von Mitgliedstaaten bis zum 30. November 2015 ratifiziert und wird wie geplant zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Damit werden auch alle Vorschriften der SRM-Verordnung zum 1. Januar 2016 anwendbar und der SRM voll funktionsfähig sein.

Auf Bitten Frankreichs wurde zudem über weitere Schritte im Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung diskutiert. Die Minister unterstützten die Europäische Kommission in ihrer Ankündigung, in diesem Bereich aufbauend auf den Anregungen

Frankreichs konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Diese betreffen beispielsweise die verbesserte Kontrolle von nicht banken-basierten, anonymen Zahlungsmethoden (elektronisches Geld in Form von Prepaid Cards beziehungsweise Bargeld) oder die Eindämmung des illegalen Handels mit Antiquitäten.

Die Europäische Kommission stellte unter der Überschrift Europäisches Semester folgende Dokumente vor: den Jahreswachstumsbericht 2016, den Frühwarnbericht im Makroökonomischen Ungleichgewichte-verfahren sowie den Entwurf der wirtschafts- und finanzpolitischen Empfehlung für die Mitgliedstaaten des Euroraums. Sie betonte, in diesem Jahr einen stärkeren Fokus auf die Betrachtung des Euroraums im Aggregat gelegt zu haben. Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble unterstrich, dass Deutschland zwar offen sei, einen zusätzlichen Schwerpunkt auf den Euroraum als Ganzes zu legen und makroökonomische Aspekte in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Das Europäische Semester könne jedoch nicht mit der Betrachtung des Euroraums als Ganzes vermischt werden. Es sei immer noch stark auf die nationale Überwachung fokussiert sowie auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen zu schaffen.

Der ECOFIN billigte zudem die im Wirtschafts- und Finanzausschuss erarbeitete gemeinsame Position zwischen der Europäischen Kommission und dem Rat zur Anwendung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt und nahm einstimmig Schlussfolgerungen zum Bereich Statistik an.

Der Europäische Rechnungshof stellte seinen Jahresbericht zum EU-Haushalt für das Jahr 2014 vor. Der Präsident des EuRH, Vitor Manuel da Silva Caldeira, sprach sich dafür aus, die anstehende Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens für einen neuen Ansatz zur effektiven Mittelverwendung zu nutzen. Der ECOFIN wird sich Anfang 2016 erneut mit dem Thema befassen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

17./18. Dezember 2015	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. Januar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
11./12. Februar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
18./19. Februar 2016	Europäischer Rat in Brüssel
26./27. Februar 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Shanghai
7./8. März 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. März 2016	Europäischer Rat in Brüssel
15. - 17. April 2016	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
17./18. April 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
22./23. April 2016	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam

### Terminübersicht für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8. bis 11. September 2015	1. Lesung Bundestag
25. September 2015	1. Beratung Bundesrat
3. bis 5. November 2015	Steuerschätzung in Nürnberg
24. bis 27. November 2015	2./3. Lesung Bundestag
18. Dezember 2015	2. Beratung Bunderat

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Veröffentlichungskalender<sup>1</sup> der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2016	Dezember 2015	29. Januar 2016
Februar 2016	Januar 2016	19. Februar 2016
März 2016	Februar 2016	21. März 2016
April 2016	März 2016	21. April 2016
Mai 2016	April 2016	20. Mai 2016
Juni 2016	Mai 2016	20. Juni 2016
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

<sup>1</sup> Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
 Wilhelmstraße 97  
 10117 Berlin  
 broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721  
 Telefax: 03018 10 272 2721

#### Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
<http://www.bmf.bund.de>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 49

1	Kreditmarktmittel .....	49
2	Gewährleistungen .....	50
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	51
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	53
5	Bundeshaushalt 2014 bis 2019.....	55
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016.....	56
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016 .....	58
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016.....	62
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts .....	64
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	66
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	68
12	Entwicklung der Staatsquote .....	69
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte.....	70
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik .....	72
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	73
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	74
16	Staatschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	75
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	76
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	77
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	78
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015 .....	79

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte..... 80

Abb. 1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015 .....	80
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015 .....	80
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2015 .....	81
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2015 .....	83

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### **Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes..... 87**

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten .....	88
2	Produktionspotenzial und -lücken .....	89
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum .....	90
4	Bruttoinlandsprodukt .....	91
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt .....	93
6	Kapitalstock und Investitionen .....	97
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität .....	98
8	Preise und Löhne .....	99

#### **Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 101**

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	101
2	Preisentwicklung .....	102
3	Außenwirtschaft .....	103
4	Einkommensverteilung .....	104
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	105
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	106
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	107
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	108
9	Übersicht Weltfinanzmärkte .....	109
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote .....	110
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo .....	114

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
in Mio. €

	Stand: 31. Oktober 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. November 2015
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	76 000	1 000	-	77 000
Bundesanleihen	696 405	3 000	-	699 405
Bundesobligationen	235 000	3 000	-	238 000
Bundesschatzanweisungen	107 000	5 000	-	112 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	18 536	-4 005	-2 003	12 528
Bundesschatzbriefe und Tagsanleihen des Bundes	2 734	-	- 101	2 633
Schuldschendarlehen und sonstige Kredite	10 825	-	- 15	10 810
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 146 500</b>			<b>1 152 376</b>
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>				
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	189 880			183 803
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	349 135			354 118
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	607 485			614 455
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 146 500</b>			<b>1 152 376</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. September 2015 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2014
Ausfuhren	160,0	132,2	140,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,8	44,3
FZ-Vorhaben	22,2	12,6	9,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	105,0	107,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2015</b> Dezember	-	-	-	-	-	-
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
<b>2014</b> Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
<b>2013</b> Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2012</b> Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
<b>2011</b> Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Debt guaranteed				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
<b>2015</b> Dezember	-	-	-	-	-	-			
November	183 803	354 118	614 455	1 152 376		-			
Oktober	189 880	349 135	607 485	1 146 500		-			
September	194 126	345 223	612 985	1 152 333	471				
August	200 206	354 984	602 004	1 157 194		-			
Juli	202 205	350 125	594 004	1 146 334		-			
Juni	199 834	346 331	607 064	1 153 229	469				
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694		-			
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291		-			
März	182 714	366 563	595 628	1 144 905	464				
Februar	186 389	374 708	589 632	1 150 729		-			
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171		-			
<b>2014</b> Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	464				
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776		-			
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934		-			
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459				
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758		-			
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003		-			
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452				
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109		-			
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216		-			
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449				
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425		-			
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659		-			
<b>2013</b> Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443				
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432		-			
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592		-			
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470				
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273		-			
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882		-			
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474				
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512		-			
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651		-			
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472				
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897		-			
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078		-			

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen <sup>1</sup>				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
<b>2012</b> Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334		470			
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620		-			
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734		-			
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449		508			
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499		-			
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841		-			
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000		459			
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356		-			
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004		-			
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084		454			
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475		-			
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545		-			
<b>2011</b> Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570		378			
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028		-			
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125		-			
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211		376			
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286		-			
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277		-			
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355		361			
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385		-			
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409		-			
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457		348			
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437		-			
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606		-			

<sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

█ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Bundeshaushalt 2014-2019**  
**Gesamtübersicht**

Gegenstand der Nachweisung	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Ist	Soll	RegEntw	Finanzplanung		
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>295,5</b>	<b>301,9</b>	<b>316,9</b>	<b>318,8</b>	<b>326,3</b>	<b>333,1</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 4,0	+ 2,2	+ 5,0	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,1
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>295,1</b>	<b>306,6</b>	<b>310,5</b>	<b>318,5</b>	<b>326,0</b>	<b>332,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,4	+ 3,9	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1
darunter:						
Steuereinnahmen	270,8	280,1	288,1	299,1	312,2	323,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,2	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,8	+ 4,4	+ 3,7
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-0,3</b>	<b>4,7</b>	<b>-6,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
in % der Ausgaben	0,1	X	2,0	0,1	0,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (-)</b>	<b>201,8</b>	<b>176,3</b>	<b>210,1</b>	<b>185,8</b>	<b>193,0</b>	<b>182,9</b>
<b>5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>-1,5</b>	<b>-12,3</b>	<b>13,9</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,9</b>	<b>-2,3</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>200,3</b>	<b>188,6</b>	<b>196,2</b>	<b>185,2</b>	<b>193,9</b>	<b>185,2</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,3	29,9	31,5	31,2	31,8	30,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 12,6	+ 2,2	+ 5,4	- 0,9	+ 1,8	- 4,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016**

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>							
<b>Personalausgaben</b>	<b>27 856</b>	<b>28 046</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>29 996</b>	<b>30 989</b>	
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20 938	21 280	21 748	22 562	
ziviler Bereich	9 274	9 289	9 599	9 997	11 242	11 594	
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506	10 968	
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248	8 427	
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 832	2 831	
militärischer Bereich	4 682	4 889	5 018	5 229	5 417	5 596	
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>21 946</b>	<b>23 703</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>24 480</b>	<b>26 202</b>	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417	1 493	
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 137	10 287	8 550	8 814	9 568	10 186	
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 495	14 523	
<b>Zinsausgaben</b>	<b>32 800</b>	<b>30 487</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>21 267</b>	<b>23 772</b>	
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 267	23 772	
Sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 267	23 772	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 225	23 730	
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0	
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 554</b>	<b>187 734</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>195 919</b>	<b>204 322</b>	
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24 666	24 285	
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16 480	17 137	
Gemeinden	12	8	8	5	6	6	
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 969	8 180	7 143	
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0	
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	171 253	180 036	
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	26 980	28 296	
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 718	26 307	27 055	28 029	29 270	29 609	
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104 719	106 761	111 824	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	2 035	2 575	
an Ausland	3 958	5 017	6 075	6 043	6 206	7 730	
an Sonstige	2	2	5	5	2	2	
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>270 156</b>	<b>269 971</b>	<b>273 811</b>	<b>265 607</b>	<b>271 662</b>	<b>285 285</b>	

<sup>1</sup> Stand: 2./3. Lesung vom 27. November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>							
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 175</b>	<b>7 760</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>7 863</b>	<b>9 264</b>	
Baumaßnahmen	5 814	6 147	6 264	6 419	6 132	7 137	
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1 244	1 491	
Grunderwerb	492	629	611	463	486	636	
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>15 284</b>	<b>16 005</b>	<b>15 327</b>	<b>16 575</b>	<b>21 269</b>	<b>20 639</b>	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 589	15 524	14 772	15 971	20 593	19 919	
an Verwaltungen	5 243	5 789	4 924	4 854	8 481	6 128	
Länder	5 178	5 152	4 873	4 786	4 895	5 790	
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	86	107	
Sondervermögen	-	581	-	0	3 501	231	
an andere Bereiche	9 346	9 735	9 848	11 118	12 112	13 792	
Sonstige – Inland	6 060	6 234	6 393	5 886	7 035	8 114	
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077	5 678	
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	676	719	
an andere Bereiche	695	480	555	604	676	719	
Unternehmen – Inland	260	4	7	5	30	30	
Sonstige – Inland	123	129	141	135	136	132	
Ausland	311	348	406	464	510	557	
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>3 613</b>	<b>13 040</b>	<b>10 810</b>	<b>5 439</b>	<b>1 424</b>	<b>2 301</b>	
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	1 354	1 848	
an Verwaltungen	1	1	0	0	1	1	
Länder	1	1	0	0	1	1	
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	1 353	1 847	
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	956	1 597	
Ausland	1 710	1 666	1 435	230	397	250	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10 304	8 778	4 416	71	453	
Inland	0	0	91	72	71	113	
Ausland	788	10 304	8 687	4 343	0	340	
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>26 072</b>	<b>36 804</b>	<b>34 032</b>	<b>29 879</b>	<b>30 556</b>	<b>32 203</b>	
darunter: Investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	29 880	31 484	
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	-	-	-	-	-319	-588	
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>296 228</b>	<b>306 775</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>306 900</b>	<b>316 900</b>	

<sup>1</sup> Stand: 2./3. Lesung vom 27. November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>71 572</b>	<b>64 884</b>	<b>27 369</b>	<b>20 458</b>	<b>0</b>	<b>17 057</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 172	14 682	4 157	1 938	0	8 588
02	auswärtige Angelegenheiten	12 348	7 126	573	267	0	6 285
03	Verteidigung	33 966	33 740	16 564	15 878	0	1 298
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 126	4 586	2 764	1 480	0	342
05	Rechtsschutz	515	498	308	122	0	67
06	Finanzverwaltung	4 445	4 253	3 003	773	0	476
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>21 961</b>	<b>18 265</b>	<b>549</b>	<b>1 221</b>	<b>0</b>	<b>16 494</b>
13	Hochschulen	5 401	4 384	12	10	0	4 362
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 648	3 634	0	182	0	3 452
15	sonstiges Bildungswesen	365	271	12	75	0	184
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 689	9 352	524	941	0	7 887
19	übrige Bereiche aus 1	858	623	1	13	0	609
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>161 485</b>	<b>160 492</b>	<b>395</b>	<b>488</b>	<b>0</b>	<b>159 609</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 888	106 888	39	0	0	106 849
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	8 374	8 374	0	0	0	8 374
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 139	1 577	0	4	0	1 572
25	Arbeitsmarktpolitik	34 676	34 563	1	82	0	34 479
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	424	421	0	28	0	393
29	übrige Bereiche aus 2	8 985	8 671	355	374	0	7 942
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 312</b>	<b>1 413</b>	<b>389</b>	<b>651</b>	<b>0</b>	<b>374</b>
31	Gesundheitswesen	620	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	210	154	0	22	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	877	488	100	313	0	76
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	190	67	62	0	62
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 502</b>	<b>546</b>	<b>0</b>	<b>20</b>	<b>0</b>	<b>527</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 809	535	0	9	0	527
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 066</b>	<b>573</b>	<b>15</b>	<b>242</b>	<b>0</b>	<b>317</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 041	549	0	234	0	314
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	103	0	26
529	übrige Bereiche aus 52	912	420	0	131	0	289
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 394</b>	<b>4 703</b>	<b>590</b>	<b>6 688</b>	<b>6 669</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	396	95	0	490	490
02	auswärtige Angelegenheiten	151	4 481	590	5 222	5 221
03	Verteidigung	181	44	0	226	208
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	458	83	0	541	541
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	192	0	0	192	192
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>117</b>	<b>3 580</b>	<b>0</b>	<b>3 696</b>	<b>3 696</b>
13	Hochschulen	1	1 015	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 223	0	2 337	2 337
19	übrige Bereiche aus 1	1	235	0	235	235
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>75</b>	<b>910</b>	<b>7</b>	<b>992</b>	<b>322</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	560	1	562	5
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SCB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	74	234	7	314	314
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>442</b>	<b>456</b>	<b>0</b>	<b>898</b>	<b>898</b>
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	10	0	414	414
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>0</b>	<b>1 951</b>	<b>4</b>	<b>1 955</b>	<b>1 955</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 269	4	1 273	1 273
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1</b>	<b>492</b>	<b>1</b>	<b>493</b>	<b>493</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	491	1	492	492
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	491	1	492	492
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 870</b>	<b>2 779</b>	<b>101</b>	<b>457</b>	<b>0</b>	<b>2 222</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 707	1 666	0	0	0	1 666
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	603	493	0	56	0	437
65	Handel und Tourismus	369	369	0	304	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 513	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 389	28	0	27	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	124	121	101	20	0	0
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>18 881</b>	<b>4 530</b>	<b>1 106</b>	<b>2 267</b>	<b>0</b>	<b>1 156</b>
72	Straßen	8 786	1 181	0	1 008	0	173
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 587	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 349	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	517	231	69	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 642	2 476	936	846	0	694
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>31 252</b>	<b>31 802</b>	<b>1 065</b>	<b>398</b>	<b>23 772</b>	<b>6 566</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 853	5 853	0	0	0	5 853
82	Steuern und Finanzzuweisungen	751	713	0	0	0	713
83	Schulden	23 780	23 780	0	8	23 772	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	565	565	565	0	0	0
88	Globalposten	- 88	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	391	391	0	390	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>316 900</b>	<b>285 285</b>	<b>30 989</b>	<b>26 202</b>	<b>23 772</b>	<b>204 322</b>

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3</b>	<b>1 673</b>	<b>1 415</b>	<b>3 091</b>	<b>3 061</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	41	0	41	41
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	111	0	111	111
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 415	1 420	1 420
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1 361	1 361
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 232</b>	<b>6 835</b>	<b>284</b>	<b>14 351</b>	<b>14 351</b>
72	Straßen	6 165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 026	1	0	1 027	1 027
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 267	0	5 267	5 267
75	Luftfahrt	1	0	284	285	285
799	übrige Bereiche aus 7	41	125	0	166	166
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>9 264</b>	<b>20 639</b>	<b>2 301</b>	<b>32 203</b>	<b>31 484</b>

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
<b>Steuereinnahmen<sup>4</sup></b>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>5</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>6</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>5</sup>	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2016  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		Ist-Ergebnisse						Soll <sup>1</sup>	RegEntw <sup>2</sup>
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	301,9	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+2,2	+5,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	306,6	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+3,9	+1,3
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	-0,3	-6,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	30,0	31,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,7	+3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,9	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,4	12,8
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,3	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-17,9	+11,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	44,0	49,2
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,9	31,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+2,1	+5,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,0
<b>Steuereinnahmen<sup>4</sup></b>	Mrd. €	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,1	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,4	+2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,8	90,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	91,3	92,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>5</sup>	%	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,7	42,9
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>6</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>5</sup>	Mrd. €	1 642,3	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 049,2	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 032,6	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,7	-	-

<sup>1</sup> Einschließlich des zweiten Nachtrags zum Bundeshaushalt 2015.

<sup>2</sup> Stand: 2./3. Lesung vom 27. November 2015.

<sup>3</sup> Stand: November 2015; 2015/2016 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

<sup>4</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>5</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>6</sup> Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkrediten. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkrediten; Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 7. September 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,1
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	50,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	0,4
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	3,9
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	4,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 <sup>2</sup>	671,7	353,7	317,9	52,7	47,3
2016 <sup>2</sup>	686,2	357,9	328,3	52,2	47,8
2017 <sup>2</sup>	717,6	381,0	336,6	53,1	46,9
2018 <sup>2</sup>	744,6	400,0	344,6	53,7	46,3
2019 <sup>2</sup>	769,5	416,7	352,8	54,1	45,9
2020 <sup>2</sup>	795,6	434,3	361,3	54,6	45,4

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>**  
 (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
 2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.

<sup>3</sup> Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2014: teilweise Kassenergebnisse.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		Sozialversicherung <sup>3</sup>
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7		11,2
1965	37,1	25,4		11,6
1970	38,5	26,1		12,4
1975	48,8	31,2		17,7
1980	46,9	29,6		17,3
1985	45,2	27,8		17,4
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,4	28,8		17,5
1992	47,2	28,5		18,7
1993	48,0	28,6		19,4
1994	47,9	28,4		19,5
1995 <sup>4</sup>	48,2	28,2		20,0
1995	54,7	34,6		20,0
1996	48,9	28,1		20,9
1997	48,1	27,4		20,7
1998	47,7	27,2		20,5
1999	47,7	27,1		20,6
2000 <sup>5</sup>	44,7	24,2		20,5
2000	45,1	23,9		21,2
2001	46,9	26,3		20,6
2002	47,3	26,3		21,0
2003	47,8	26,5		21,3
2004	46,3	25,8		20,6
2005	46,2	26,0		20,2
2006	44,7	25,4		19,3
2007	42,8	24,4		18,4
2008	43,6	25,2		18,4
2009	47,6	27,2		20,3
2010	47,3	27,6		19,6
2011	44,7	25,9		18,8
2012	44,4	25,7		18,7
2013	44,5	25,6		18,9
2014	44,3	25,3		19,0

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 749</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 364</b>	<b>1 552 371</b>	<b>1 577 881</b>	<b>1 694 368</b>
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 397 938	1 469 117	1 540 311	1 588 545	1 598 062	1 666 170	1 783 669
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	63,0	64,7	66,9	66,4	63,6	65,0	72,5
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner 30. Juni	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte**  
Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mio. €				
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2</sup></b>	<b>2 011 677</b>	<b>2 025 438</b>	<b>2 068 289</b>	<b>2 043 344</b>	<b>2 049 014</b>
in Relation zum BIP in %	<b>78,0</b>	<b>74,9</b>	<b>75,1</b>	<b>72,4</b>	<b>70,3</b>
<b>Bund</b> (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 542
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 607
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	19 936
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 592
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	196 951
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2856
<b>Länder</b> (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	619 477
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311
<b>Gemeinden</b> (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 405
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 518
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 918
<b>Gesetzliche Sozialversicherung</b> (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	559
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	559
Kassenkredite	0	58	4	6	0
Kernhaushalte	506	735	627	598	539
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33	20
<b>Schulden insgesamt (€)</b>					
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 320
<b>Maastricht-Schuldenstand</b>	<b>2 090 037</b>	<b>2 118 535</b>	<b>2 195 819</b>	<b>2 181 924</b>	<b>2 184 302</b>
in Relation zum BIP in %	81,0	78,4	79,7	77,4	74,9
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916
Einwohner 30. Juni	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031

<sup>1</sup>Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.<sup>2</sup>Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.<sup>3</sup>Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.<sup>4</sup>Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>**

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
		in Mrd. €			in Relation zum BIP in %	in Relation zum BIP in %		
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995 <sup>4</sup>	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-55,9	-2,9
1995	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-	-
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,4	-20,7	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,1	-8,5	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,9	5,6	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.<sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 und 2014: Kassenergebnisse.<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>-9,4</b>	<b>0,9</b>	<b>-3,4</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,3	-0,1	0,7	0,2	0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4
Griechenland	-	-	-	-11,2	-8,8	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,3	-8,0	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,8	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,0	-1,1
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,2	0,7	1,4	0,0	0,5
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-3,6	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-3,9	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-2,2	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,7	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-4,1	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,4	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,9	-0,7	0,1
Euroraum	-	-	-	-6,2	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,6	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,6	-1,3	1,5	-3,3	-2,5
Kroatien	-	-	-3,7	-5,9	-5,3	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-3,7	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,9	-3,2	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,3	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,3	-2,8
EU	-	-	-	-6,4	-4,3	-3,3	-3,0	-2,4	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-8,8	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>54,9</b>	<b>58,9</b>	<b>66,9</b>	<b>81,0</b>	<b>79,7</b>	<b>77,4</b>	<b>74,9</b>	<b>71,4</b>	<b>68,5</b>
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,6	104,1	105,1	106,7	106,7	107,1
Estland	-	5,1	4,5	6,6	9,5	9,9	10,4	10,0	9,6
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,6	59,3	62,5	64,5
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,6	96,5	97,1
Griechenland	-	-	-	146,1	159,4	177,0	178,6	194,8	199,7
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,2	120,0	107,5	99,8	95,4
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,2	128,8	132,3	133,0	132,2
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	41,4	39,1	40,6	38,3	41,1
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	39,8	38,8	40,7	42,9	40,8
Luxemburg	7,7	7,6	6,3	19,6	22,1	23,4	23,0	22,3	23,9
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,6	69,6	68,3	65,9	63,2
Niederlande	73,2	51,4	48,9	59,0	66,4	67,9	68,2	68,6	67,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,6	80,8	84,2	86,6	85,7
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	126,2	129,0	130,2	128,2	124,7
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	51,9	54,6	53,5	52,7	52,6
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,8	80,8	84,2	80,9
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	85,4	93,7	99,3	100,8	101,3
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	79,3	102,5	108,2	106,7	98,7
Euroraum	-	-	-	84,0	91,3	93,4	94,5	94,0	92,9
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,6	18,0	27,0	31,8	32,8
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,1	40,2	39,3
Kroatien	-		40,7	57,0	69,2	80,8	85,1	89,2	91,7
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	54,0	55,9	50,4	51,4	52,4
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,4	38,0	39,9	39,4	40,9
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	37,2	39,8	44,9	44,7	44,0
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,7	45,2	42,7	41,0	41,0
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	78,3	76,8	76,2	75,8	74,5
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	85,3	86,2	88,2	88,3	88,0
EU	-	-	-	78,6	85,2	87,3	88,6	87,8	87,1
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,4	104,1	105,2	105,3	104,4
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	236,6	242,6	246,4	247,4	247,4

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>23,1</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,1</b>	<b>22,1</b>	<b>22,5</b>	<b>22,2</b>	<b>21,9</b>	<b>22,5</b>	<b>22,6</b>	<b>22,1</b>
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	11,1
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	11,1
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	11,1
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,6</b>	<b>34,3</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>36,3</b>	<b>34,9</b>	<b>35,3</b>	<b>36,1</b>	<b>35,0</b>	<b>35,7</b>	<b>36,5</b>	<b>36,7</b>
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>54,7</b>	<b>44,7</b>	<b>46,2</b>	<b>42,8</b>	<b>43,6</b>	<b>47,6</b>	<b>47,3</b>	<b>44,7</b>	<b>44,4</b>	<b>44,5</b>	<b>44,3</b>	<b>43,5</b>	<b>43,8</b>	<b>44,0</b>
Belgien	52,4	49,1	51,4	48,2	50,3	54,1	53,3	54,4	55,8	55,6	55,1	54,3	53,9	53,6
Estland	41,0	36,4	34,0	34,1	39,7	46,1	40,5	37,4	39,1	38,3	38,0	39,9	39,7	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,6	58,3	58,1	58,1	57,9
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,5	57,2	56,8	56,4
Griechenland	—	—	—	47,1	50,8	54,1	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	51,6	51,0	49,3
Irland	40,8	30,9	33,4	35,9	41,9	47,2	65,7	45,5	41,8	39,7	38,2	36,2	34,3	33,7
Italien	51,8	45,5	47,1	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	51,0	51,2	50,8	49,6	48,9
Lettland	35,6	37,3	34,2	33,9	37,2	43,6	44,7	39,0	36,9	36,8	37,1	36,4	35,7	35,6
Litauen	34,6	39,4	34,1	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,6	34,8	35,7	35,8	34,4
Luxemburg	38,4	36,3	42,6	37,3	39,3	44,9	43,8	43,3	44,6	43,3	42,4	43,6	43,4	43,1
Malta	39,1	40,2	42,3	41,2	42,6	41,9	41,1	40,9	42,5	42,6	44,0	44,0	41,6	41,3
Niederlande	53,7	41,8	42,3	42,5	43,6	48,2	48,2	47,0	47,1	46,4	46,2	44,7	43,3	42,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	49,1	49,8	54,1	52,7	50,8	51,1	50,9	52,7	52,1	51,2	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	49,9	51,7	47,9	47,1	46,6
Slowakei	48,2	52,0	39,6	36,1	36,7	43,9	42,0	40,5	40,1	41,0	41,6	42,7	39,8	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	42,2	43,9	48,2	49,3	50,0	48,6	60,3	49,8	47,7	45,8	44,4
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,6	48,0	45,1	44,5	43,4	42,3	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	37,7	38,6	42,3	42,2	42,5	41,9	41,4	49,3	40,3	39,0	38,6
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	37,4	36,9	39,5	36,6	34,1	34,7	37,6	42,1	39,5	38,9	39,0
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	56,9	55,8	54,1	53,1
Kroatien	—	—	45,2	44,9	44,7	47,3	47,2	48,8	47,1	47,8	48,2	48,0	47,9	47,5
Polen	47,7	42,0	44,4	43,1	44,4	45,2	45,6	43,6	42,6	42,4	42,1	41,9	41,6	41,6
Rumänien	34,1	38,4	33,4	38,2	38,8	40,6	39,6	39,1	36,5	35,2	34,9	36,6	34,1	33,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	49,7	50,3	53,1	51,2	50,5	51,7	52,4	51,8	51,4	51,3	51,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,9	44,5	42,6	42,6	42,9	41,8	41,5
Ungarn	55,4	47,2	49,6	50,1	48,8	50,7	49,6	49,7	48,6	49,5	49,9	49,4	46,3	45,6
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	42,8	46,6	49,5	48,8	46,9	46,8	44,9	43,9	42,8	41,6	40,6
Euroraum	—	—	—	45,3	46,6	50,7	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	48,6	48,0	47,6
EU-28	—	—	—	44,9	46,5	50,3	50,0	48,6	49,0	48,6	48,2	47,4	46,6	46,2
USA	37,2	33,7	36,4	36,9	39,4	43,0	42,9	41,8	40,0	38,7	38,0	37,5	37,4	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	35,8	36,9	41,9	40,7	41,8	41,8	42,3	42,7	42,3	41,8	41,9

<sup>1</sup>1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>142 690,3</b>	<b>100,0</b>	<b>139 034,2</b>	<b>100,0</b>	<b>162 273,3</b>	<b>100,0</b>	<b>141 280,4</b>	<b>100,0</b>

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
<b>Rubrik</b>				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>13,7</b>	<b>1,6</b>	<b>19 583,0</b>	<b>2 246,2</b>

 Statistiken und Dokumentationen

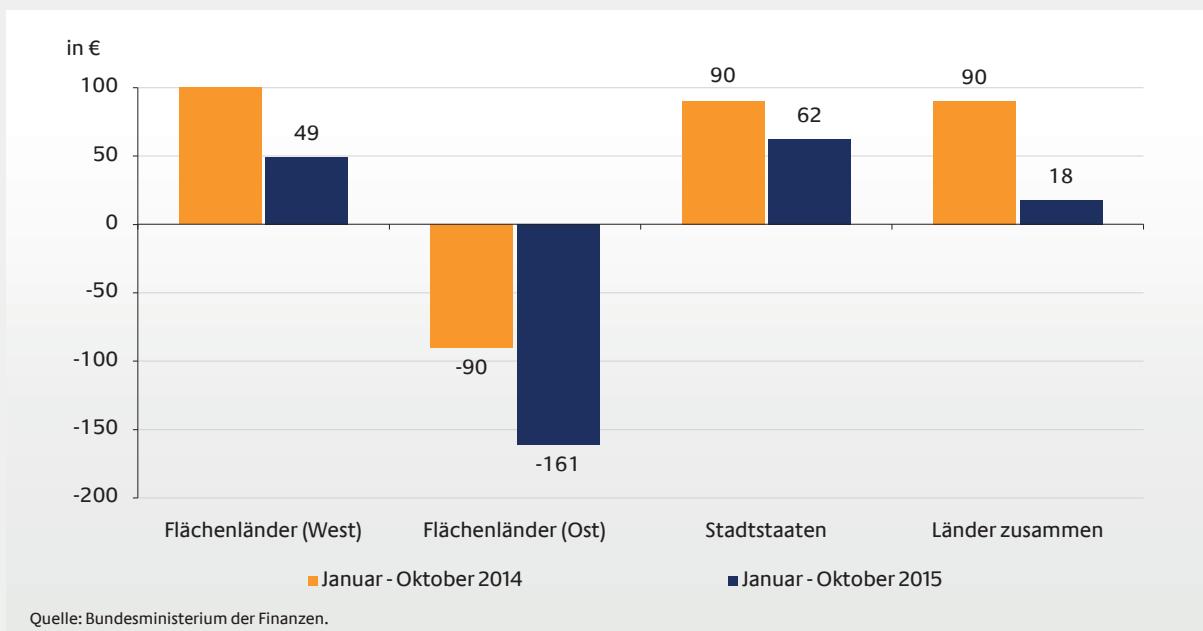
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>234 827</b>	<b>192 981</b>	<b>54 264</b>	<b>44 933</b>	<b>40 148</b>	<b>33 525</b>	<b>322 021</b>	<b>265 698</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	184 834	151 053	32 742	27 489	25 296	21 343	242 872	199 884
übrige Einnahmen	49 993	41 929	21 522	17 445	14 852	12 182	79 149	65 814
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>240 836</b>	<b>196 071</b>	<b>55 144</b>	<b>42 919</b>	<b>40 674</b>	<b>33 893</b>	<b>329 435</b>	<b>267 142</b>
darunter:								
Personalausgaben	92 657	76 618	13 696	11 035	13 046	10 744	119 400	98 396
laufender Sachaufwand	16 467	12 707	4 170	3 160	9 353	8 044	29 990	23 910
Zinsausgaben	11 238	8 992	2 077	1 605	3 530	2 561	16 845	13 157
Sachinvestitionen	4 520	2 706	1 677	1 001	641	507	6 837	4 213
Zahlungen an Verwaltungen	75 770	60 796	20 048	16 044	1 648	1 123	90 248	72 222
übrige Ausgaben	40 185	34 254	13 476	10 076	12 456	10 915	66 116	55 244
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-6 008</b>	<b>-3 090</b>	<b>-879</b>	<b>2 014</b>	<b>-526</b>	<b>-368</b>	<b>-7 413</b>	<b>-1 444</b>

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015



 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2015**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Oktober 2014			September 2015			Oktober 2015			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	229 707	252 267	464 550	226 166	244 387	453 107	247 873	265 698	494 082	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	226 762	242 775	469 537	222 305	236 925	459 230	244 045	256 794	500 838	
111	Steuereinnahmen	208 649	187 128	395 777	202 457	183 915	386 372	222 033	199 884	421 917	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 280	46 472	48 752	2 065	45 235	47 301	2 291	48 000	50 292	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 552	2 552	-	2 691	2 691	-	2 838	2 838	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 945	9 492	12 437	3 862	7 462	11 324	3 829	8 904	12 733	
121	Veräußerungserlöse	1 158	811	1 969	1 704	173	1 877	1 753	189	1 942	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	930	676	1 607	827	62	889	864	63	927	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	381	5 256	5 637	373	4 142	4 515	378	4 993	5 371	
2	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	251 113	259 562	493 251	228 888	241 739	453 180	252 058	267 142	499 711	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	228 459	237 351	465 810	208 908	221 851	430 759	229 256	244 760	474 017	
211	Personalausgaben	24 943	96 029	120 972	23 087	88 791	111 878	25 989	98 396	124 386	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 480	29 535	37 015	7 004	28 179	35 183	7 702	31 233	38 935	
212	laufender Sachaufwand	16 147	21 930	38 077	14 689	21 267	35 956	16 650	23 910	40 560	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 692	14 772	24 464	9 103	14 041	23 144	10 115	15 859	25 974	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	24 816	14 256	39 072	20 262	12 029	32 291	20 308	13 157	33 465	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	16 641	60 500	77 141	16 690	59 189	75 879	18 231	64 172	82 404	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	170	170	-	205	205	-	325	325	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	56 109	56 114	18	54 962	54 980	18	59 519	59 537	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	22 654	22 212	44 866	19 980	19 888	39 868	22 802	22 382	45 184	
221	Sachinvestitionen	5 620	4 236	9 855	4 470	3 634	8 104	5 332	4 213	9 545	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 712	7 463	11 174	6 789	7 258	14 047	7 550	8 049	15 599	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	22 128	21 672	43 800	19 401	19 415	38 816	22 212	21 884	44 096	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Oktober 2014			September 2015			Oktober 2015			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-21 363</b>	<b>-7 295</b>	<b>-28 658</b>	<b>-2 686</b> <sup>2</sup>	<b>2 649</b>	<b>- 37</b>	<b>-4 144</b> <sup>2</sup>	<b>-1 444</b>	<b>-5 588</b>	
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	173 313	62 366	235 679	139 842	48 417	188 259	151 226	56 667	207 893	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	181 070	72 147	253 216	151 396	71 663	223 059	171 048	79 056	250 105	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-7 756	-9 781	-17 537	-11 555	-23 246	-34 800	-19 822	-22 389	-42 212	
	Zum Ende des Monats bestehende										
	<b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-3 167	8 140	4 974	-16 307	10 468	-5 839	-10 476	11 957	1 482	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 876	15 876	-	15 765	15 765	-	15 876	15 876	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	3 172	-5 872	-2 700	16 554	-2 623	13 931	10 478	-6 329	4 149	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2015

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>34 465</b>	<b>42 077 <sup>a)</sup></b>	<b>8 634</b>	<b>19 652</b>	<b>6 188</b>	<b>23 360</b>	<b>51 112</b>	<b>12 285</b>	<b>3 101</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	33 739	40 861 <sup>a)</sup>	8 183	19 186	5 768	22 703	49 447	11 854	3 051
111	Steuereinnahmen	26 250	33 643	5 381	15 817	3 603	17 828 <sup>4)</sup>	40 017	8 775	2 231
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 911	4 017	2 299	2 293	1 821	3 237	7 028	2 357	707
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	174	-	148	175	361	127	57
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	395	-	403	356	674	270	129
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	726	1 216	451	466	420	657	1 665	431	50
121	Veräußerungserlöse	3	0	13	12	4	4	13	61	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	-	-	-	2	-	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	582	958	180	336	156	541	807	191	35
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>35 324</b>	<b>41 526 <sup>b)</sup></b>	<b>8 435</b>	<b>19 937</b>	<b>5 755</b>	<b>23 654</b>	<b>52 333</b>	<b>13 135</b>	<b>3 327</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	32 396	37 566 <sup>b)</sup>	7 606	18 714	5 030	22 471	48 338	12 035	3 104
211	Personalausgaben	13 991	17 245	2 116	7 244	1 529	9 082 <sup>2)</sup>	19 253 <sup>2)</sup>	5 140	1 317
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 036	5 314	237	2 550	128	3 189	7 150	1 798	552
212	laufender Sachaufwand	1 644	3 143 <sup>c)</sup>	529	1 556	389	1 554	3 184	986	153
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 486	2 519 <sup>c)</sup>	444	1 258	330	1 218	2 363	753	133
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 378	733 <sup>d)</sup>	315	1 106	217	1 282	2 835	718	388
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 189	12 757	3 225	5 807	2 006	6 729	14 665	3 445	548
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 605	4 414	-	1 626	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 497	8 209	2 778	4 001	1 696	6 571	13 784	3 395	538
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 928	3 959	829	1 224	726	1 184	3 996	1 100	222
221	Sachinvestitionen	562	1 182	47	373	200	168	249	63	29
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 189	1 445	269	507	304	322	1 634	316	36
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 893	3 823	828	1 197	726	1 184	3 819	1 053	209

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	<b>Mehreinnahmen (+), MehrAusgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	- 859	551 <sup>e)</sup>	199	- 285	434	- 294	-1 222	- 849	- 226
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	6 165	1 020	2 405	3 367	765	5 318	13 491	4 481	797
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	12 324	3 331 <sup>f)</sup>	4 211	5 093	1 113	7 025	16 143	5 241	1 257
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 159	-2 311 <sup>g)</sup>	-1 806	-1 726	-348	-1 707	-2 652	-760	-460
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	864	150	3 503	302	-	-	183	107
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 187	390	264	1 473	646	3 035	3 174	3	566
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 6	0	- 760	- 539	915	349	793	- 181	- 120

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Ohne November-Bezüge.

<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3,5 Mio. €, b) 294,3 Mio. €, c) 1,0 Mio. €, d) 293,3 Mio. €,  
e) -290,8 Mio. €, f) 1248,0 Mio. €, g) -1248,0 Mio. €.

<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 9,1 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>13 867</b>	<b>8 583</b>	<b>8 509</b>	<b>7 661</b>	<b>19 753</b>	<b>3 816</b>	<b>10 161</b>	<b>265 698</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	13 144	7 883	8 293	7 373	19 030	3 732	10 072	256 794
111	Steuereinnahmen	8 756	4 902	6 492	4 847	11 008	2 059	8 275	199 884
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 837	2 579	1 322	2 140	6 248	1 339	867	48 000
1121	darunter: Allgemeine BEZ	335	191	87	178	850	156	-	2 838
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	902	518	150	477	2 706	546	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	723	700	216	288	722	85	89	8 904
121	Veräußerungserlöse	1	1	3	6	57	0	7	189
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	1	9	-	-	63
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	222	301	147	197	234	73	32	4 993
2	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>13 104</b>	<b>8 237</b>	<b>8 415</b>	<b>7 388</b>	<b>19 853</b>	<b>4 077</b>	<b>10 168</b>	<b>267 142</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 321	7 453	8 057	6 611	18 276	3 801	9 508	244 760
211	Personalausgaben	3 340	2 019	3 345	2 031	6 413	1 273	3 058	98 396
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	243	204	1 264	177	1 740	455	1 198	31 233
212	laufender Sachaufwand	903	842	487	496	4 970	693	2 380	23 910
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	670	252	412	318	2 077	315	1 311	15 859
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	184	473	552	416	1 512	507	542	13 157
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 160	2 489	2 645	2 387	274	145	229	64 172
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	206	325
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 477	1 985	2 548	2 025	3	13	1	59 519
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 783	785	358	777	1 577	276	660	22 382
221	Sachinvestitionen	462	143	79	148	249	45	214	4 213
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	581	353	142	271	600	81	0	8 049
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 784	785	355	777	1 522	270	660	21 884

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2015

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>763</b>	<b>346</b>	<b>94</b>	<b>273</b>	<b>- 101</b>	<b>- 261</b>	<b>- 7</b>	<b>-1 444</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldenentlastung</b>								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	4 139	2 582	1 623	5 617	2 004	2 892	56 667
41	Schuldenentlastung am Kreditmarkt aktueller	874	4 132	3 735	1 730	8 036	1 796	3 018	79 056
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-874	8	-1 153	-107	-2 418	208	-126	-22 389
	Zum Ende des Monats bestehende								
	<b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	144	3 240	-	-	1 045	1 551	868	11 957
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 810	83	-	330	1 101	640	176	15 876
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 361	-1 050	228	-1 031	-1 434	-132	-6 329

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup>Ohne November-Bezüge.

<sup>3</sup>BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3,5 Mio. €, b) 294,3 Mio. €, c) 1,0 Mio. €, d) 293,3 Mio. €,  
e) -290,8 Mio. €, f) 1248,0 Mio. €, g) -1248,0 Mio. €.

<sup>4</sup>NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 9,1 Mio. €.

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

## Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

**Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015**

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetsemelastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>1</sup> sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission<sup>2</sup>.
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktions-

potenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante I-WI), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2015 der Bundesregierung.
5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

<sup>1</sup> Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>2</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the Budget Balance for the Business Cycle: The EU Methodology“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

## Statistiken und Dokumentationen

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der

Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetseimielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel “Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel” zu finden ([http://www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_123210/DE/BMF\\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\\_des\\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_123210/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true) ).

**Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetseimielastizität und Konjunkturkomponenten**

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup> in Mrd. € (nominal)
2016	3 134,7	3 135,9	1,2	0,205	0,3
2017	3 240,0	3 238,8	-1,2	0,205	-0,2
2018	3 340,5	3 339,5	-0,9	0,205	-0,2
2019	3 442,5	3 443,4	0,9	0,205	0,2
2020	3 550,5	3 550,5	0,0	0,205	0,0

<sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,7	.	860,3	.	34,2	2,3	19,6	2,3
1981	1 540,8	+2,3	917,1	+6,6	7,3	0,5	4,4	0,5
1982	1 573,8	+2,1	979,6	+6,8	-31,8	-2,0	-19,8	-2,0
1983	1 607,1	+2,1	1 028,5	+5,0	-40,8	-2,5	-26,1	-2,5
1984	1 640,8	+2,1	1 070,9	+4,1	-30,4	-1,9	-19,8	-1,9
1985	1 675,2	+2,1	1 116,6	+4,3	-27,3	-1,6	-18,2	-1,6
1986	1 712,6	+2,2	1 175,8	+5,3	-27,0	-1,6	-18,5	-1,6
1987	1 751,7	+2,3	1 218,0	+3,6	-42,4	-2,4	-29,5	-2,4
1988	1 794,0	+2,4	1 268,5	+4,1	-21,3	-1,2	-15,1	-1,2
1989	1 842,4	+2,7	1 340,2	+5,7	-0,7	0,0	-0,5	0,0
1990	1 895,8	+2,9	1 425,9	+6,4	42,7	2,3	32,1	2,3
1991	1 951,3	+2,9	1 512,2	+6,1	87,2	4,5	67,6	4,5
1992	2 008,5	+2,9	1 638,8	+8,4	69,3	3,4	56,5	3,4
1993	2 061,1	+2,6	1 751,3	+6,9	-3,2	-0,2	-2,7	-0,2
1994	2 104,8	+2,1	1 827,1	+4,3	3,7	0,2	3,2	0,2
1995	2 143,3	+1,8	1 897,4	+3,8	1,7	0,1	1,5	0,1
1996	2 179,6	+1,7	1 941,5	+2,3	-17,0	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 214,4	+1,6	1 977,7	+1,9	-11,8	-0,5	-10,6	-0,5
1998	2 249,0	+1,6	2 020,7	+2,2	-2,8	-0,1	-2,5	-0,1
1999	2 285,9	+1,6	2 060,4	+2,0	5,0	0,2	4,5	0,2
2000	2 324,2	+1,7	2 085,5	+1,2	34,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 362,3	+1,6	2 146,8	+2,9	36,4	1,5	33,1	1,5
2002	2 398,3	+1,5	2 209,0	+2,9	0,4	0,0	0,3	0,0
2003	2 431,2	+1,4	2 266,2	+2,6	-49,5	-2,0	-46,2	-2,0
2004	2 463,4	+1,3	2 321,4	+2,4	-53,9	-2,2	-50,8	-2,2
2005	2 495,3	+1,3	2 366,1	+1,9	-68,8	-2,8	-65,2	-2,8
2006	2 527,6	+1,3	2 403,9	+1,6	-11,2	-0,4	-10,7	-0,4
2007	2 558,2	+1,2	2 474,4	+2,9	40,2	1,6	38,9	1,6
2008	2 584,4	+1,0	2 520,7	+1,9	42,1	1,6	41,0	1,6
2009	2 601,8	+0,7	2 582,2	+2,4	-122,9	-4,7	-122,0	-4,7
2010	2 621,0	+0,7	2 621,0	+1,5	-41,0	-1,6	-41,0	-1,6
2011	2 646,1	+1,0	2 674,4	+2,0	28,4	1,1	28,7	1,1
2012	2 676,0	+1,1	2 745,3	+2,7	9,3	0,3	9,5	0,3
2013	2 708,8	+1,2	2 837,0	+3,3	-15,4	-0,6	-16,2	-0,6
2014	2 745,5	+1,4	2 925,4	+3,1	-9,1	-0,3	-9,7	-0,3
2015	2 785,6	+1,5	3 035,4	+3,8	-2,3	-0,1	-2,5	-0,1
2016	2 831,2	+1,6	3 134,7	+3,3	1,1	0,0	1,2	0,0
2017	2 877,0	+1,6	3 240,0	+3,4	-1,1	0,0	-1,2	0,0
2018	2 922,2	+1,6	3 340,5	+3,1	-0,8	0,0	-0,9	0,0
2019	2 966,8	+1,5	3 442,5	+3,1	0,8	0,0	0,9	0,0
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1	0,0	0,0	0,0	0,0

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 3:** Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr		Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	-0,1	0,8
1988	+2,4	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,0	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+2,9	1,9	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,0	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2000	+1,7	1,1	-0,2	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,4	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,0	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,2	0,4
2010	+0,7	0,5	-0,1	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,1	0,5	0,2	0,4
2013	+1,2	0,5	0,3	0,4
2014	+1,4	0,6	0,4	0,4
2015	+1,5	0,6	0,4	0,4
2016	+1,6	0,7	0,5	0,4
2017	+1,6	0,7	0,4	0,4
2018	+1,6	0,8	0,3	0,4
2019	+1,5	0,8	0,2	0,5
2020	+1,6	0,9	0,3	0,5

<sup>1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt**

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 783,3	+1,7	3 032,9	+4,0
2016	2 832,3	+1,8	3 135,9	+3,4
2017	2 875,9	+1,5	3 238,8	+3,3
2018	2 921,4	+1,6	3 339,5	+3,1
2019	2 967,6	+1,6	3 443,4	+3,1
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1

<sup>1</sup> Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 512	.	.	61,3	32 340	.
1961	53 521	+0,0	.	61,8	32 791	+1,4
1962	53 655	+0,2	.	61,8	32 905	+0,3
1963	53 882	+0,4	.	61,8	32 983	+0,2
1964	54 062	+0,3	.	61,6	33 011	+0,1
1965	54 336	+0,5	61,2	61,6	33 199	+0,6
1966	54 623	+0,5	60,8	61,1	33 097	-0,3
1967	54 675	+0,1	60,4	60,0	32 019	-3,3
1968	54 779	+0,2	60,1	59,5	32 046	+0,1
1969	55 196	+0,8	59,9	59,5	32 545	+1,6
1970	55 400	+0,4	59,9	59,9	32 993	+1,4
1971	55 540	+0,3	59,9	60,1	33 143	+0,5
1972	55 929	+0,7	59,9	60,1	33 325	+0,6
1973	56 313	+0,7	59,8	60,5	33 727	+1,2
1974	56 565	+0,4	59,7	60,1	33 408	-0,9
1975	56 603	+0,1	59,5	59,4	32 570	-2,5
1976	56 658	+0,1	59,4	59,2	32 434	-0,4
1977	56 840	+0,3	59,3	59,0	32 508	+0,2
1978	57 125	+0,5	59,4	59,2	32 829	+1,0
1979	57 507	+0,7	59,7	59,6	33 463	+1,9
1980	57 956	+0,8	60,2	60,1	34 024	+1,7
1981	58 346	+0,7	60,8	60,7	34 065	+0,1
1982	58 569	+0,4	61,5	61,5	33 802	-0,8
1983	58 675	+0,2	62,3	62,5	33 494	-0,9
1984	58 700	+0,0	63,1	63,2	33 783	+0,9
1985	58 723	+0,0	63,9	64,1	34 257	+1,4
1986	58 836	+0,2	64,6	64,6	34 915	+1,9
1987	58 932	+0,2	65,3	65,2	35 402	+1,4
1988	59 036	+0,2	65,9	65,9	35 906	+1,4
1989	59 298	+0,4	66,5	66,3	36 580	+1,9
1990	59 677	+0,6	66,8	67,3	37 733	+3,2
1991	60 160	+0,8	67,0	68,1	38 790	+2,8
1992	60 807	+1,1	67,0	67,2	38 283	-1,3
1993	61 406	+1,0	67,0	66,5	37 786	-1,3
1994	61 742	+0,5	66,9	66,6	37 798	+0,0
1995	61 927	+0,3	66,9	66,5	37 958	+0,4
1996	62 054	+0,2	67,1	66,8	37 969	+0,0
1997	62 095	+0,1	67,4	67,2	37 947	-0,1
1998	62 094	-0,0	67,7	67,8	38 407	+1,2
1999	62 142	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 225	+0,1	68,4	69,2	39 917	+2,3
2001	62 351	+0,2	68,7	68,8	39 809	-0,3
2002	62 523	+0,3	68,9	68,8	39 630	-0,4
2003	62 643	+0,2	69,1	68,7	39 200	-1,1
2004	62 698	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 731	+0,1	69,5	69,9	39 326	-0,0
2006	62 728	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 683	-0,1	70,0	69,9	40 325	+1,7
2008	62 583	-0,2	70,2	70,1	40 856	+1,3
2009	62 357	-0,4	70,5	70,5	40 892	+0,1
2010	62 094	-0,4	70,8	70,6	41 020	+0,3
2011	61 934	-0,3	71,1	71,0	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,1	71,5	71,6	42 060	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 882	+0,0	72,2	72,4	42 703	+0,9
2015	62 056	+0,3	72,6	72,5	42 987	+0,7
2016	62 305	+0,4	72,9	72,9	43 258	+0,6
2017	62 463	+0,3	73,2	73,4	43 518	+0,6
2018	62 531	+0,1	73,5	73,6	43 585	+0,2
2019	62 526	-0,0	73,8	73,8	43 652	+0,2
2020	62 578	+0,1	74,1	74,0	43 720	+0,2
2021	62 584	+0,0	74,3	74,3	.	.
2022	62 437	-0,2	74,6	74,6	.	.
2023	62 236	-0,3	74,8	74,8	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert			in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbs- personen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.			
1960	.	.	2 167	.	25 152	.	1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,6
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,8
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	0,9
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,1
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,3
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,5
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,7
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,9
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,3
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,6
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	3,0
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,3
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,8
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,6
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,1
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,5
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	5,8
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,2
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,4
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	6,7
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	6,9
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,1
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,2
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,4
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,5
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,6
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,7
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,8
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,9
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,0
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,0
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,0
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	7,9
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	7,8
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	7,7
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,5
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,3
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,0
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,8
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,2
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,8
2013	1 372	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,5
2014	1 369	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	5,2
2015	1 368	-0,1	1 368	+0,1	38 684	+1,0	4,4	5,2
2016	1 367	-0,0	1 370	+0,1	39 033	+0,9	4,7	5,2
2017	1 367	-0,0	1 369	-0,0	39 355	+0,8	5,1	5,2
2018	1 367	-0,0	1 368	-0,1	39 430	+0,2	5,2	5,2
2019	1 367	-0,0	1 367	-0,1	39 505	+0,2	5,4	5,2
2020	1 366	-0,0	1 366	-0,1	39 580	+0,2	5,6	5,2
2021	1 366	-0,0	1 366	-0,1	.	.	.	.
2022	1 365	-0,0	1 365	-0,0	.	.	.	.
2023	1 365	-0,0	1 364	-0,0	.	.	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.<sup>2</sup>Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9	
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7	
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3	
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5	
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5	
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5	
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6	
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7	
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8	
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8	
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7	
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8	
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0	
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0	
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1	
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3	
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3	
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3	
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1	
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4	
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5	
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4	
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4	
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5	
2015	15 383,8	+1,1	561,0	+2,7	2,5	
2016	15 561,5	+1,2	577,3	+2,9	2,6	
2017	15 750,3	+1,2	595,5	+3,2	2,6	
2018	15 951,9	+1,3	608,0	+2,1	2,6	
2019	16 163,8	+1,3	620,7	+2,1	2,6	
2020	16 383,2	+1,4	633,7	+2,1	2,6	

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität log
	log	
1980	-7,4164	-7,4272
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4072
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3409
1988	-7,3329	-7,3242
1989	-7,3059	-7,3062
1990	-7,2745	-7,2875
1991	-7,2438	-7,2690
1992	-7,2311	-7,2519
1993	-7,2330	-7,2369
1994	-7,2169	-7,2236
1995	-7,2079	-7,2120
1996	-7,2014	-7,2013
1997	-7,1864	-7,1911
1998	-7,1802	-7,1811
1999	-7,1729	-7,1709
2000	-7,1548	-7,1604
2001	-7,1394	-7,1502
2002	-7,1380	-7,1409
2003	-7,1407	-7,1328
2004	-7,1352	-7,1254
2005	-7,1277	-7,1186
2006	-7,1074	-7,1121
2007	-7,0916	-7,1062
2008	-7,0918	-7,1011
2009	-7,1333	-7,0971
2010	-7,1071	-7,0923
2011	-7,0853	-7,0875
2012	-7,0847	-7,0826
2013	-7,0833	-7,0775
2014	-7,0792	-7,0720
2015	-7,0713	-7,0658
2016	-7,0628	-7,0589
2017	-7,0553	-7,0515
2018	-7,0446	-7,0436
2019	-7,0341	-7,0353
2020	-7,0238	-7,0267

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	109,0	+2,3	106,6	+0,6	1 540,6	+3,9
2016	110,7	+1,6	107,9	+1,2	1 592,4	+3,4
2017	112,6	+1,7	109,7	+1,6	1 647,7	+3,5
2018	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2019	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2020	116,0	+1,5	113,0	+1,5	1 747,3	+3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tägigen- stunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	53,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	54,3	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,8	+0,9	53,9	2,5	5,6	+2,0	+1,1	+1,2	19,8

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,8
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,5	+1,4	-0,5	+1,6	+1,6	-1,5	+1,1

<sup>1</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2009/04	+2,9	+3,2	133,2	132,9	39,8	34,3	5,5	5,5
2014/09	+7,5	+7,1	153,5	178,2	43,7	38,0	5,6	6,5

<sup>1</sup>In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,0	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,7	+3,6	67,6	68,8	+2,7	+1,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	Jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>1,7</b>	<b>3,1</b>	<b>0,7</b>	<b>4,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	0,0	1,3	1,3	1,3
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	5,2	1,6	2,9	1,9	2,6
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,1	-0,4	0,3	0,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	0,2	1,1	1,4
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-7,3	-3,2	0,7	-1,4	-1,3
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	0,2	1,4	5,2	6,0	4,5
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,9	1,5
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,0	3,0	2,8	2,4	3,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,5	3,0	1,7	2,9
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,8	4,3	4,1	3,1	3,2
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,6	3,5	4,3	3,6
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,1	-0,5	1,0	2,0	2,1
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,8	0,3	0,4	0,6	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,1	0,9	1,7	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,5	1,4	2,5	3,2	2,9
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,7	-1,1	3,0	2,6	1,9
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,6	-1,7	1,4	3,1	2,7
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,9	-2,5	1,2	1,4
Euroraum	-	3,8	1,7	1,9	-0,9	-0,3	0,9	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,2	1,3	1,5	1,7	1,5
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,6	2,0
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	1,1	1,4
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	1,3	3,3	3,5	3,5
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,5	2,8	3,5	4,1
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,2	2,3	3,0	2,8
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	-0,5	2,0	4,3	2,2
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,7	1,9	3,7	2,9	2,2
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,2	2,2	2,9	2,5	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,2	1,4	1,9	2,0
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	1,5	2,4	2,6	2,8
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,7	1,6	-0,1	0,7	1,1

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat; für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>+2,5</b>	<b>+2,1</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,8</b>	<b>+0,2</b>	<b>+1,0</b>
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,8
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,4
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>11,2</b>	<b>7,0</b>	<b>5,4</b>	<b>5,2</b>	<b>5,0</b>	<b>4,7</b>	<b>4,9</b>
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,6	8,4
Estland	9,7	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,5	6,5
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,6	9,5
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,4
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,7	25,8
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,5	8,7
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,2	11,8
Lettland	19,2	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,1	9,5
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,4	8,6
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,0	5,9	5,8
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,8	5,7
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	6,9	6,6
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	6,1	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	12,6	11,7
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	11,6	10,5
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,3	20,5
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	15,6	14,6
Euroraum		8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,6
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,1	9,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,1	5,8
Kroatien		15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	16,2	15,6
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	7,6	7,2
Rumänien	7,0	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,7	6,6
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,7
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,2	5,0
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,1	6,7
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,4
EU		8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,5	9,2
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,3	4,7
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,3	3,3

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	+2,2	+1,0	-2,7	+0,5	+6,4	+8,1	+15,9	+8,9	0,7	2,2	2,4	2,5
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-0,6	+6,8	+7,8	+15,8	+8,6	1,6	3,2	5,0	5,4
Ukraine	-0,0	-6,8	-9,0	+2,0	-0,3	+12,1	+50,0	+14,2	-9,2	-4,7	-1,7	-1,7
<b>Asien</b>	+7,0	+6,8	+6,5	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,2	0,7	1,4	2,0	1,8
darunter												
China	+7,7	+7,3	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,5	+1,8	1,6	2,1	3,1	2,8
Indien	+6,9	+7,3	+7,3	+7,5	+10,0	+5,9	+5,4	+5,5	-1,7	-1,3	-1,4	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+4,7	+5,1	+6,4	+6,4	+6,8	+5,4	-3,2	-3,0	-2,2	-2,1
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,7	+4,5	+2,1	+3,1	+2,4	+3,8	3,5	4,3	2,2	2,1
Thailand	+2,8	+0,9	+2,5	+3,2	+2,2	+1,9	-0,9	+1,5	-0,9	3,3	6,2	5,4
<b>Lateinamerika</b>	+2,9	+1,3	-0,3	+0,8	+6,7	+7,9	+11,2	+10,7	-2,9	-3,0	-3,3	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	+0,4	-0,7	+10,6	.	+16,8	+25,6	-0,8	-1,0	-1,8	-1,6
Brasilien	+2,7	+0,1	-3,0	-1,0	+6,2	+6,3	+8,9	+6,3	-3,8	-4,4	-4,0	-3,8
Chile	+4,3	+1,9	+2,3	+2,5	+1,9	+4,4	+4,4	+3,7	-3,7	-1,2	-0,7	-1,6
Mexiko	+1,4	+2,1	+2,3	+2,8	+3,8	+4,0	+2,8	+3,0	-2,4	-1,9	-2,4	-2,0
<b>Sonstige</b>												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,7
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,5

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10. Dezember 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 575	17 823	-1,39	15 373	18 312
Euro Stoxx 50	3 270	3 146	3,94	2 875	3 829
DAX	10 599	9 806	8,09	8 572	12 375
CAC 40	4 635	4 273	8,47	3 919	5 269
Nikkei	19 047	17 451	9,14	13 910	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	10. Dezember 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,24	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,57	0,54	-1,67	0,08	1,96
Japan	0,31	0,33	-1,93	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,87	1,76	-0,37	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10. Dezember 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dollar/Euro	1,09	1,21	-9,56	1,06	1,40
Yen/Dollar	121,58	119,68	1,59	100,97	125,61
Yen/Euro	132,97	145,23	-8,44	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,72	0,78	-7,24	0,70	0,84

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	BIP (real)				Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	+0,3	+1,6	+1,7	+1,9	+1,6	+0,8	+0,2	+1,0	5,2	5,0	4,7	4,9
OECD	+0,4	+1,6	+1,5	+1,8	+1,6	+0,8	+0,1	+1,0	5,2	5,0	4,6	4,6
IWF	+0,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+0,8	+0,2	+1,2	5,2	5,0	4,7	4,7
<b>USA</b>												
EU-KOM	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1	7,4	6,2	5,3	4,8
OECD	+1,5	+2,4	+2,4	+2,5	+1,5	+1,6	+0,0	+1,0	7,4	6,2	5,3	4,7
IWF	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,1	+1,1	7,4	6,2	5,3	4,9
<b>Japan</b>												
EU-KOM	+1,6	-0,1	+0,7	+1,1	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,3
OECD	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,2
IWF	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,7	+0,4	4,0	3,6	3,5	3,5
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	+0,7	+0,2	+1,1	+1,4	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9	10,3	10,3	10,4	10,4
OECD	+0,8	+0,2	+1,1	+1,3	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	9,9	9,9	10,0	10,0
IWF	+0,7	+0,2	+1,2	+1,5	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	10,3	10,3	10,2	9,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-1,7	-0,4	+0,9	+1,5	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0	12,1	12,7	12,2	11,8
OECD	-1,8	-0,4	+0,8	+1,4	+1,3	+0,2	+0,2	+0,8	12,2	12,7	12,3	11,7
IWF	-1,7	-0,4	+0,8	+1,3	+1,3	+0,2	+0,2	+0,7	12,2	12,7	12,2	11,9
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	+2,2	+2,9	+2,5	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,1	5,4	5,4
OECD	+2,2	+2,9	+2,4	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,7
IWF	+1,7	+3,0	+2,5	+2,2	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,5
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	+2,0	+2,4	+1,2	+2,0	+1,0	+1,9	+1,2	+2,0	7,1	6,9	6,9	6,8
IWF	+2,0	+2,4	+1,0	+1,7	+1,0	+1,9	+1,0	+1,6	7,1	6,9	6,8	6,8
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-0,3	+0,9	+1,6	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,6
OECD	-0,3	+0,9	+1,5	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+0,9	11,9	11,5	10,9	10,4
IWF	-0,3	+0,9	+1,5	+1,6	+1,3	+0,4	+0,2	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,5
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1	10,9	10,2	9,5	9,2
IWF	+0,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,5	+0,5	+0,1	+1,1	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7	8,4	8,5	8,6	8,4
OECD	+0,0	+1,4	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,6	+1,3	8,4	8,5	8,7	8,6
IWF	+0,3	+1,1	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,7	+1,1	8,4	8,5	8,5	8,3
<b>Estland</b>												
EU-KOM	+1,6	+2,9	+1,9	+2,6	+3,2	+0,5	+0,1	+1,8	8,6	7,4	6,5	6,5
OECD	+1,7	+2,9	+1,8	+2,5	+3,2	+0,5	+0,1	+1,4	8,6	7,4	6,4	6,0
IWF	+1,6	+2,9	+2,0	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,6	8,6	7,4	6,8	6,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-1,1	-0,4	+0,3	+0,7	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6	8,2	8,7	9,6	9,5
OECD	-1,1	-0,4	-0,1	+1,1	+2,2	+1,2	-0,2	+0,4	8,2	8,7	9,4	9,7
IWF	-1,1	-0,4	+0,4	+0,9	+2,2	+1,2	+0,0	+1,3	8,1	8,7	9,5	9,5
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,2	+0,7	-1,4	-1,3	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0	27,5	26,5	25,7	25,8
OECD	-4,0	+0,7	-1,4	-1,2	-0,9	-1,4	-0,9	+0,7	27,5	26,5	25,3	24,8
IWF	-3,9	+0,8	-2,3	-1,3	-1,2	-1,5	-0,4	+0,0	27,5	26,5	26,8	27,1
<b>Irland</b>												
EU-KOM	+1,4	+5,2	+6,0	+4,5	+0,5	+0,3	+0,3	+1,5	13,1	11,3	9,5	8,7
OECD	+1,4	+5,2	+5,6	+4,1	+0,5	+0,3	+0,1	+1,6	13,1	11,3	9,4	8,3
IWF	+1,4	+5,2	+4,8	+3,8	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,6	8,5
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	+3,0	+2,8	+2,4	+3,0	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4	11,9	10,8	10,1	9,5
OECD	+3,5	+3,0	+1,8	+2,9	+0,0	+0,7	+0,6	+1,7	11,8	10,8	9,8	9,6
IWF	+4,2	+2,4	+2,2	+3,3	+0,0	+0,7	+0,4	+1,8	11,9	10,8	10,4	10,2
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	+3,5	+3,0	+1,7	+2,9	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6	11,8	10,7	9,4	8,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+1,8	+2,6	+1,2	+0,2	-0,4	+1,6	11,8	10,7	10,6	10,0
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	+4,3	+4,1	+3,1	+3,2	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7	5,9	6,0	5,9	5,8
OECD	+4,4	+4,1	+3,0	+3,0	+1,7	+0,7	+0,1	+1,0	6,9	7,1	6,9	6,8
IWF	+4,4	+5,6	+4,4	+3,4	+1,7	+0,7	+0,3	+1,6	6,9	7,2	6,9	6,8
<b>Malta</b>												
EU-KOM	+2,6	+3,5	+4,3	+3,6	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8	6,4	5,9	5,8	5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,4	+3,5	+3,4	+3,5	+1,0	+0,8	+1,0	+1,4	6,4	5,9	5,7	5,5
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-0,5	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
OECD	-0,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,6	+0,3	+0,3	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
IWF	-0,5	+1,0	+1,8	+1,9	+2,6	+0,3	+1,0	+1,3	7,3	7,4	7,2	7,0

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+0,6	+1,5	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8	5,4	5,6	6,1	6,1
OECD	+0,3	+0,5	+0,8	+1,3	+2,1	+1,5	+0,9	+1,5	5,4	5,7	6,0	6,1
IWF	+0,3	+0,4	+0,8	+1,6	+2,1	+1,5	+1,0	+1,7	5,3	5,6	5,8	5,6
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-1,1	+0,9	+1,7	+1,7	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1	16,4	14,1	12,6	11,7
OECD	-1,1	+0,9	+1,7	+1,6	+0,4	-0,2	+0,5	+0,7	16,2	13,9	12,3	11,3
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	12,3	11,3
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	+1,4	+2,5	+3,2	+2,9	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,6	10,5
OECD	+1,4	+2,5	+3,2	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,5	10,7
IWF	+1,4	+2,4	+3,2	+3,6	+1,5	-0,1	-0,1	+1,4	14,3	13,2	11,9	11,1
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-1,1	+3,0	+2,6	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8	10,1	9,7	9,4	9,2
OECD	-1,1	+3,1	+2,5	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,5	10,1	9,7	9,3	9,1
IWF	-1,1	+3,0	+2,3	+1,8	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,7	8,7	8,1
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-1,7	+1,4	+3,1	+2,7	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7	26,1	24,5	22,3	20,5
OECD	-1,7	+1,4	+3,2	+2,7	+1,5	-0,2	-0,6	+0,3	26,1	24,4	22,1	19,8
IWF	-1,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,4	-0,2	-0,3	+0,9	26,1	24,5	21,8	19,9
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-5,9	-2,5	+1,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6	15,9	16,1	15,6	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-2,3	+0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,1	16,0	15,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,5	+1,7	+1,5	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7	13,0	11,4	10,1	9,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,7	+1,9	+0,4	-1,6	-0,8	+0,6	13,0	11,5	10,3	9,7
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	7,0	6,6	6,1	5,8
OECD	-0,5	+1,1	+1,8	+1,8	+0,8	+0,6	+0,5	+0,9	7,0	6,5	6,3	6,2
IWF	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,5	+1,8	7,0	6,5	6,2	6,0
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+1,1	+1,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9	17,3	17,3	16,2	15,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,4	+0,8	+1,0	+2,2	-0,2	-0,4	+1,1	17,0	17,1	16,6	16,1
<b>Polen</b>												
EU-KOM	+1,3	+3,3	+3,5	+3,5	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4	10,3	9,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+3,3	+3,5	+3,4	+1,0	+0,1	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,6	7,3
IWF	+1,7	+3,4	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,5	7,2
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	+3,5	+2,8	+3,5	+4,1	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3	7,1	6,8	6,7	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,8	+3,4	+3,9	+4,0	+1,1	-0,4	-0,2	7,1	6,8	6,9	6,8
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	+1,2	+2,3	+3,0	+2,8	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,7	7,7
OECD	+1,2	+2,4	+2,9	+3,1	-0,0	-0,2	+0,1	+1,4	8,0	7,9	7,7	7,3
IWF	+1,3	+2,3	+2,8	+3,0	+0,4	+0,2	+0,5	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-0,5	+2,0	+4,3	+2,2	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0	7,0	6,1	5,2	5,0
OECD	-0,5	+2,0	+4,4	+2,3	+1,4	+0,4	+0,4	+1,3	6,9	6,1	5,2	5,0
IWF	-0,5	+2,0	+3,9	+2,6	+1,4	+0,4	+0,4	+1,5	7,0	6,1	5,2	4,9
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	+1,9	+3,7	+2,9	+2,2	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9	10,2	7,7	7,1	6,7
OECD	+1,9	+3,7	+3,0	+2,4	+1,7	-0,2	+0,1	+2,2	10,2	7,7	7,0	6,3
IWF	+1,5	+3,6	+3,0	+2,5	+1,7	-0,2	+0,3	+2,3	10,2	7,8	7,3	7,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-0,1	0,3	0,9	0,5	77,4	74,9	71,4	68,5	6,7	7,8	8,7	8,6
OECD	-0,1	0,3	0,9	0,6	77,2	74,8	71,2	67,7	6,5	7,5	8,3	8,0
IWF	0,1	0,3	0,5	0,3	77,0	74,6	70,7	68,2	6,4	7,4	8,5	8,0
<b>USA</b>												
EU-KOM	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	104,1	105,2	105,3	104,4	-2,4	-2,3	-2,3	-2,4
OECD	-5,5	-5,1	-4,5	-4,2	111,4	111,6	110,6	111,4	-2,3	-2,2	-2,5	-2,8
IWF	-4,7	-4,1	-3,8	-3,6	104,8	104,8	104,9	106,0	-2,3	-2,2	-2,6	-3,0
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7	242,6	246,4	247,4	247,4	0,7	0,5	2,3	2,8
OECD	-8,5	-7,7	-6,7	-5,7	220,3	226,1	229,2	232,4	0,8	0,5	3,3	2,9
IWF	-8,5	-7,3	-5,9	-4,5	242,6	246,2	245,9	247,8	0,8	0,5	3,0	3,0
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,3	95,6	96,5	97,1	-2,6	-2,3	-1,3	-1,6
OECD	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,2	95,5	96,5	97,7	-0,8	-0,9	0,2	0,2
IWF	-4,1	-4,0	-3,8	-3,4	92,3	95,6	97,1	98,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,4
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3	128,8	132,3	133,0	132,2	0,9	2,0	2,2	1,9
OECD	-2,9	-3,0	-2,6	-2,2	128,8	132,3	134,3	133,5	0,9	1,9	1,5	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-2,0	128,5	132,1	133,1	132,3	0,9	1,9	2,0	2,3
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,4	-3,0	86,2	88,2	88,3	88,0	-4,5	-5,1	-4,3	-3,9
OECD	-5,7	-5,7	-3,9	-2,6	86,2	88,2	87,8	86,9	-4,5	-5,1	-4,0	-3,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,2	-2,8	87,3	89,4	88,9	88,0	-4,5	-5,9	-4,7	-4,3
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-1,6	-1,9	-1,5	92,3	94,6	94,8	94,8	-3,0	-2,1	-3,3	-2,4
IWF	-2,7	-1,6	-1,7	-1,3	87,7	87,9	90,4	89,4	-3,0	-2,1	-2,9	-2,3
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8	93,4	94,5	94,0	92,9	2,5	3,0	3,7	3,6
OECD	-3,0	-2,6	-1,9	-1,7	93,7	94,7	94,1	93,2	2,8	3,3	3,8	3,7
IWF	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,1	94,2	93,7	92,8	1,8	2,0	3,2	3,0
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	-3,3	-3,0	-2,5	-2,0	87,3	88,6	87,8	87,1	1,5	1,6	2,2	2,2
IWF	-3,1	-2,9	-2,5	-2,0	86,9	88,1	87,7	86,9	1,7	1,7	2,2	2,1

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	Öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6	105,1	106,7	106,7	107,1	1,0	0,8	1,8	2,0
OECD	-2,9	-3,1	-2,6	-2,0	105,1	106,7	107,6	106,9	-0,2	0,1	0,1	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,8	-2,3	104,4	106,6	106,7	106,2	-0,2	1,6	2,1	2,1
<b>Estland</b>												
EU-KOM	-0,1	0,7	0,2	0,2	9,9	10,4	10,0	9,6	0,4	1,3	1,6	1,2
OECD	-0,1	0,7	0,2	0,4	9,9	10,4	9,4	8,6	-0,1	1,0	3,3	2,3
IWF	-0,5	0,6	-0,7	-0,5	9,9	10,4	10,8	10,8	-1,1	0,1	0,6	0,3
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7	55,6	59,3	62,5	64,5	-1,8	-2,2	-1,1	-1,0
OECD	-2,5	-3,3	-3,3	-2,7	55,6	59,3	60,6	62,7	-1,7	-0,9	-1,0	-0,7
IWF	-2,5	-3,2	-3,2	-2,8	55,6	59,0	61,9	64,0	-1,8	-1,9	-1,1	-0,8
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6	177,0	178,6	194,8	199,7	-2,1	-2,9	-1,0	-0,3
OECD	-12,3	-3,6	-4,3	-7,7	175,1	177,5	183,4	190,2	-2,0	-2,1	-0,3	1,2
IWF	-2,9	-3,9	-4,2	-3,6	175,0	177,1	197,0	206,6	0,6	0,9	0,7	1,5
<b>Irland</b>												
EU-KOM	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5	120,0	107,5	99,8	95,4	3,1	3,6	5,9	5,7
OECD	-5,7	-3,9	-2,1	-1,1	120,1	107,5	101,0	98,3	3,1	3,6	3,6	3,4
IWF	-5,6	-4,0	-2,0	-1,3	120,0	107,6	100,6	95,9	3,1	3,6	3,2	3,0
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2	39,1	40,6	38,3	41,1	-2,1	-2,0	-1,8	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,6	-1,7	-1,4	-1,1	35,2	37,8	37,8	37,0	-2,3	-3,1	-1,7	-2,7
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,1	-1,3	38,8	40,7	42,9	40,8	1,4	3,9	-0,8	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,2	-1,4	38,8	40,9	38,8	38,5	1,6	0,1	-2,2	-2,4
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	0,7	1,4	0,0	0,5	23,4	23,0	22,3	23,9	5,7	5,5	4,3	4,0
OECD	0,7	1,4	0,9	1,0	23,4	23,0	24,9	25,7	5,7	5,5	3,6	5,1
IWF	0,8	0,6	0,1	0,5	23,0	22,1	22,8	23,2	4,7	5,1	5,6	5,6
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2	69,6	68,3	65,9	63,2	3,2	3,3	2,0	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-2,1	-1,7	-1,4	69,8	68,5	67,2	66,9	3,2	3,3	1,5	1,3
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5	67,9	68,2	68,6	67,9	11,0	10,6	10,5	10,4
OECD	-2,4	-2,4	-2,0	-1,3	67,9	68,2	68,1	67,8	11,0	10,6	11,0	10,7
IWF	-2,2	-2,3	-2,1	-1,8	67,6	67,9	67,6	65,6	10,8	10,2	9,6	9,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6	80,8	84,2	86,6	85,7	2,1	2,1	2,6	2,6
OECD	-1,3	-2,7	-1,8	-1,9	80,8	84,2	84,7	85,0	2,0	2,0	2,3	2,0
IWF	-1,3	-2,4	-2,0	-1,7	80,8	84,5	86,7	85,6	1,0	0,7	1,6	1,7
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9	129,0	130,2	128,2	124,7	0,7	0,3	0,5	0,5
OECD	-4,8	-7,2	-3,0	-2,8	129,0	130,2	128,2	127,9	1,4	0,6	0,6	0,5
IWF	-4,8	-4,5	-3,1	-2,7	129,7	130,2	127,8	125,0	1,4	0,6	0,7	1,6
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4	54,6	53,5	52,7	52,6	0,7	-0,8	0,0	-1,2
OECD	-2,6	-2,8	-2,7	-1,9	54,6	53,5	52,9	52,4	1,5	0,1	-0,4	-0,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,5	-2,6	54,6	53,6	53,3	53,6	1,5	0,1	0,1	0,1
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	70,8	80,8	84,2	80,9	3,9	6,5	7,0	7,5
OECD	-15,0	-5,0	-2,9	-2,3	70,8	80,8	83,2	85,0	5,6	7,0	7,5	8,5
IWF	-13,9	-5,8	-3,7	-5,3	70,5	80,8	81,8	82,7	5,6	7,0	6,7	6,2
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6	93,7	99,3	100,8	101,3	1,5	1,0	1,4	1,3
OECD	-6,9	-5,9	-4,2	-2,9	93,7	99,3	100,5	100,3	1,5	1,0	1,5	1,3
IWF	-6,8	-5,8	-4,4	-3,2	92,1	97,7	98,6	98,8	1,4	0,8	0,9	1,1
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-4,9	-8,9	-0,7	0,1	102,5	108,2	106,7	98,7	-3,8	-3,8	-3,5	-3,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,4	-0,2	-1,3	0,1	102,2	107,5	106,4	98,4	-1,6	-4,5	-4,2	-3,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7	18,0	27,0	31,8	32,8	-0,5	0,7	1,4	1,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-3,7	-2,0	-1,6	17,6	26,9	28,6	29,6	2,3	0,0	1,0	0,2
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	-1,3	1,5	-3,3	-2,5	45,0	45,1	40,2	39,3	7,2	6,3	7,0	6,9
OECD	-1,3	1,5	-2,7	-2,8	45,0	45,1	41,6	40,9	7,2	6,3	7,0	7,2
IWF	-1,1	1,8	-2,7	-2,8	45,0	45,2	47,0	48,0	7,2	6,3	7,0	7,2
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7	80,8	85,1	89,2	91,7	0,1	0,6	4,4	2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-5,7	-5,1	-4,4	80,8	85,1	89,3	91,8	0,8	0,7	1,7	1,5
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,4	52,4	-0,9	-1,1	-0,5	-0,9
OECD	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,5	51,5	-1,3	-2,0	-0,2	-1,0
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,5	55,7	50,1	51,1	51,0	-1,3	-1,3	-0,5	-1,0
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8	38,0	39,9	39,4	40,9	-0,8	-0,4	-0,8	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-2,6	38,8	40,6	40,9	41,5	-0,8	-0,4	-0,7	-1,5
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3	39,8	44,9	44,7	44,0	5,8	5,4	5,9	5,9
OECD	-1,4	-1,7	-1,1	-0,6	39,8	44,8	43,9	43,0	6,7	6,2	6,0	5,5
IWF	-1,4	-1,9	-1,4	-0,7	38,7	43,8	43,9	42,6	6,7	6,2	6,7	6,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	41,0	41,0	-1,1	-2,0	-2,5	-2,4
OECD	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	40,5	40,5	-0,5	0,6	0,7	0,2
IWF	-1,2	-2,0	-1,8	-1,1	45,1	42,6	40,6	40,0	-0,5	0,6	1,7	1,2
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1	76,8	76,2	75,8	74,5	3,9	2,2	4,3	5,5
OECD	-2,5	-2,5	-2,3	-1,9	76,8	76,2	76,3	74,6	4,0	2,3	4,3	5,5
IWF	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	77,3	77,0	75,3	74,2	4,0	4,0	5,0	4,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Verzeichnis der Berichte

# Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2015 ...

... nach Veröffentlichungsdatum .....	118
... nach Themenbereichen .....	120

## Register1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2015

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
Januar 2015	Haushaltabschluss 2014	6
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014	20
	Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit! Zur Debatte über Investitionen und Staatsverschuldung in Deutschland	24
	Zum Stand des Reformprozesses in Spanien	28
Februar 2015	Sollbericht 2015	6
	Finanz - und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015: Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft	21
	Zum Stand des Reformprozesses in Zypern	34
März 2015	Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 und die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019	6
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014	14
	Neuregelungen im Bereich der strafbefreienenden Selbstanzeige	19
	Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?	24
April 2015	Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen	6
	Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten	13
	Zollbilanz 2014	19
Mai 2015	Ergebnis der Steuerschätzung im Mai	6
	Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009	15
	Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Solvency II	26
	IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.	30
	Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion	6
Juni 2015	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	13
	Neue Regeln für eine bessere Einlagensicherung	23
	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden	29
	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019	6
Juli 2015	Die Finanzverfassungen von föderalistischen Staaten: ein internationaler Vergleich	18
	Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?	25
	Investieren in Europas Zukunft	28
	Mittelfristige Finanzprojektion: Positive Aussichten für die öffentlichen Haushalte	6
August 2015	Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer	18
	Kleinanlegerschutz sorgt für mehr Transparenz	24
	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	40

 Verzeichnis der Berichte

**noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2015**

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	Seite
September 2015	Einhaltung der Schuldenbremse 2014 durch "schwarze Null" abgesichert	6
	Subventionen auf dem Prüfstand	11
	Steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Alleinerziehende	18
	Stärkung des Verbraucherschutzes in Deutschland – Zahlungskonto für alle	24
	Finanzhilfen für die Stabilisierung und Reformen in Griechenland	32
Oktober 2015	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014	6
	Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion	11
	Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinationaler Unternehmen	18
November 2015	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015	6
	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014	20
	Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa	30
	IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru	39
Dezember 2015	Verhandlungen zum EU-Haushalt 2016	6
	Bund unterstützt Kommunen auf vielfältige Weise – Bundespolitik und kommunale Finanzen	9

 Verzeichnis der Berichte

**Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2015 nach Themenbereichen**

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	Januar 2015	Zum Stand des Reformprozesses in Spanien	28
	Februar 2015	Zum Stand des Reformprozesses in Zypern	34
	März 2015	Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?	24
	Juli 2015	Investieren in Europas Zukunft	28
	September 2015	Finanzhilfen für die Stabilisierung und Reformen in Griechenland	32
	Oktober 2015	Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion	11
	November 2015	Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa	30
	Dezember 2015	Verhandlungen zum EU-Haushalt 2016	30
Internationales/Finanzmarkt	Februar 2015	Finanz - und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015: Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft	21
	Mai 2015	Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009	15
	Mai 2015	Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Solvency II	26
	Mai 2015	IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.	30
	Juni 2015	Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion	6
	Juni 2015	Neue Regeln für eine bessere Einlagensicherung	23
	Juni 2015	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden	29
	Juli 2015	Die Finanzverfassungen von föderalistischen Staaten: ein internationaler Vergleich	18
	August 2015	Kleinanlegerschutz sorgt für mehr Transparenz	24
	August 2015	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	40
	September 2015	Stärkung des Verbraucherschutzes in Deutschland – Zahlungskonto für alle	24
	Oktober 2015	Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinationaler Unternehmen	18
	November 2015	IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru	39
Öffentliche Finanzen	Januar 2015	Haushaltabschluss 2014	6
	Januar 2015	Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit! Zur Debatte über Investitionen und Staatsverschuldung in Deutschland	24
	Februar 2015	Sollbericht 2015	6
	März 2015	Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 und die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019	6
	März 2015	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014	14
	April 2015	Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen	6
	Juli 2015	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019	6
	Juli 2015	Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?	25
	August 2015	Mittelfristige Finanzprojektion: Positive Aussichten für die öffentlichen Haushalte	6
	September 2015	Einhaltung der Schuldenbremse 2014 durch "schwarze Null" abgesichert	6
	September 2015	Subventionen auf dem Prüfstand	11
	Dezember 2015	Bund unterstützt Kommunen auf vielfältige Weise – Bundespolitik und kommunale Finanzen	6

 Verzeichnis der Berichte

**noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2015 nach Themenbereichen**

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Steuern	Januar 2015	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014	20
	März 2015	Neuregelungen im Bereich der strafbefreien Selbstanzeige	19
	April 2015	Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten	13
	Mai 2015	Ergebnis der Steuerschätzung im Mai	6
	Juni 2015	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	13
	August 2015	Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer	18
	September 2015	Steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Alleinerziehende	18
	Oktober 2015	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014	6
	November 2015	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015	6
	November 2015	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014	20
Zoll	April 2015	Zollbilanz 2014	19

# Impressum

**Herausgeber**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Redaktion**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

**Stand**

Dezember 2015

**Lektorat, Satz und Gestaltung**

heimbüchel pr  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Köln

**Bildnachweis**

BMF/ Jörg Rüger

**Publikationsbestellung**

Tel: 03018 272 2721  
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

**Weitere Informationen im Internet unter:**

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)  
[www.stabiler-euro.de](http://www.stabiler-euro.de)  
[www.bundesaushalt-info.de](http://www.bundesaushalt-info.de)  
[www.finanzforscher.de](http://www.finanzforscher.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de/APP](http://www.bundesfinanzministerium.de/APP)  
[www.youtube.com/finanzministeriumtv](http://www.youtube.com/finanzministeriumtv)  
[www.twitter.com/bmf\\_bund](http://www.twitter.com/bmf_bund)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.